

D 2835 E

elan

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M 1 März 3/70 1,— DM

elan-Porträt:

Die Conrads:
Sagen was ist

Nebenregierung:

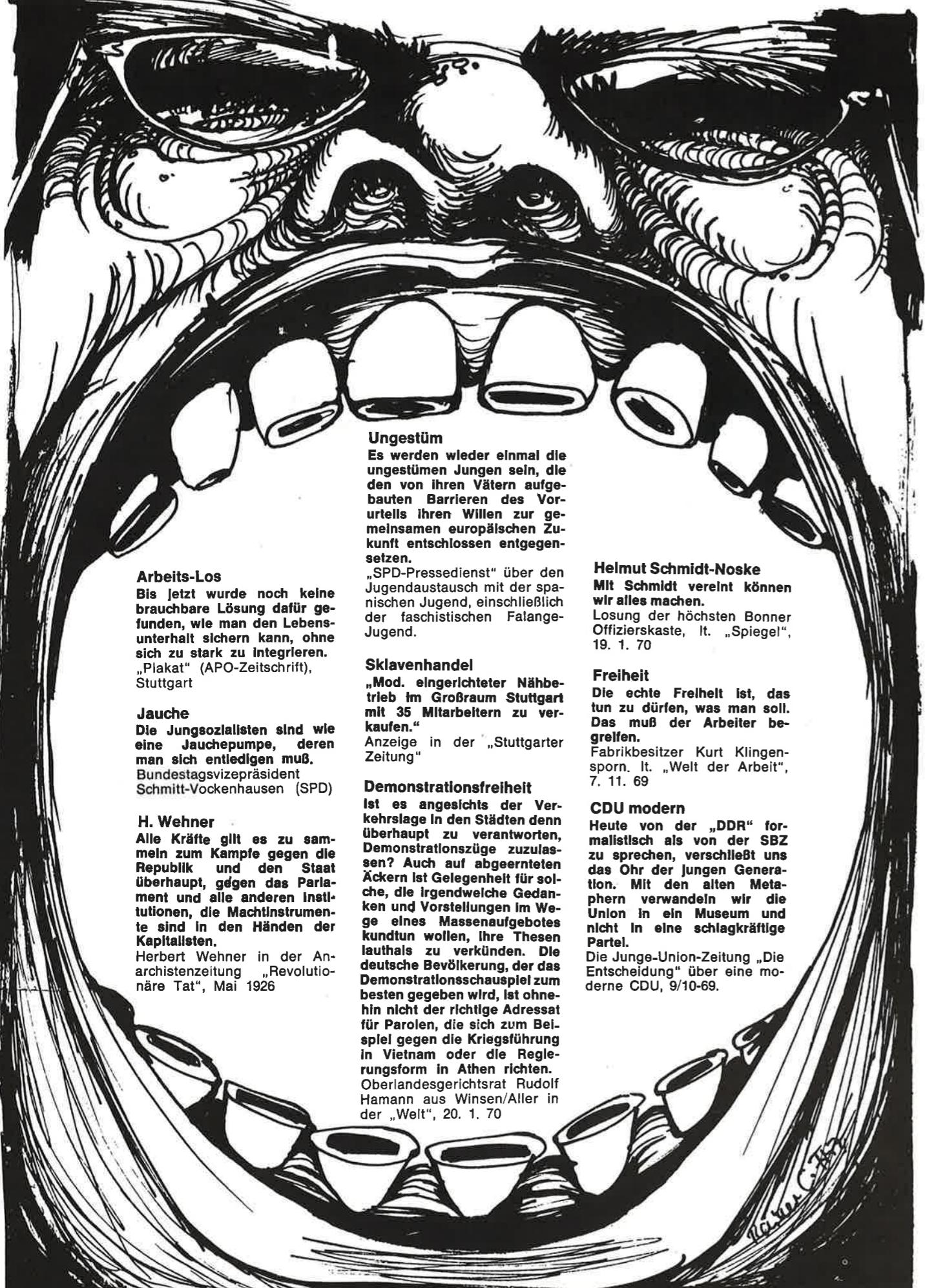
Springer muß
putt!

Schülerdemonstrationen: Sturm auf die
Rüstungskasse?

OPAS SCHULE FERTI!



... und
viel über
Lenin



(aus Mobil, Bad Harzburg)

Arbeits-Los

Bis jetzt wurde noch keine brauchbare Lösung dafür gefunden, wie man den Lebensunterhalt sichern kann, ohne sich zu stark zu integrieren. „Plakat“ (APO-Zeitschrift), Stuttgart

Jauche

Die Jungsozialisten sind wie eine Jauchepumpe, deren man sich entledigen muß. Bundestagsvizepräsident Schmitt-Vockenhausen (SPD)

H. Wehner

Alle Kräfte gilt es zu sammeln zum Kampfe gegen die Republik und den Staat überhaupt, gegen das Parlament und alle anderen Institutionen, die Machtinstrumente sind in den Händen der Kapitalisten.

Herbert Wehner in der Anarchistenzitung „Revolutionäre Tat“, Mai 1926

Ungestüm

Es werden wieder einmal die ungestümen Jungen sein, die den von ihren Vätern aufgebauten Barrieren des Vorurteils ihren Willen zur gemeinsamen europäischen Zukunft entschlossen entgegensetzen.

„SPD-Pressedienst“ über den Jugendaustausch mit der spanischen Jugend, einschließlich der faschistischen Falange-Jugend.

Sklavenhandel

„Mod. eingerichteter Nähbetrieb im Großraum Stuttgart mit 35 Mitarbeitern zu verkaufen.“

Anzeige in der „Stuttgarter Zeitung“

Demonstrationsfreiheit

Ist es angesichts der Verkehrslage in den Städten denn überhaupt zu verantworten, Demonstrationszüge zuzulassen? Auch auf abgeernteten Äckern ist Gelegenheit für solche, die irgendwelche Gedanken und Vorstellungen im Wege eines Massenaufgebotes kundtun wollen, ihre Thesen lauthals zu verkünden. Die deutsche Bevölkerung, der das Demonstrationsschauspiel zum besten gegeben wird, ist ohnehin nicht der richtige Adressat für Parolen, die sich zum Beispiel gegen die Kriegsführung in Vietnam oder die Regierungsform in Athen richten. Oberlandesgerichtsrat Rudolf Hamann aus Winsen/Aller in der „Welt“, 20. 1. 70

Helmut Schmidt-Noske

Mit Schmidt vereint können wir alles machen.

Lösung der höchsten Bonner Offizierskaste, lt. „Spiegel“, 19. 1. 70

Freiheit

Die echte Freiheit ist, das tun zu dürfen, was man soll. Das muß der Arbeiter begreifen.

Fabrikbesitzer Kurt Klingensporn, lt. „Welt der Arbeit“, 7. 11. 69

CDU modern

Heute von der „DDR“ formalistisch als von der SBZ zu sprechen, verschließt uns das Ohr der jungen Generation. Mit den alten Metaphern verwandeln wir die Union in ein Museum und nicht in eine schlagkräftige Partei.

Die Junge-Union-Zitung „Die Entscheidung“ über eine moderne CDU, 9/10-69.

elan

MAGAZIN
FÜR
JUNGE LEUTE



Lieber Leser,
unsere Jugendzeitschrift hat vor zwei Jahren alle ihre Leser befragt: Sollen direkte Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und dem DDR-Ministerpräsidenten stattfinden? Damals erklärten sich 96,5 Prozent der antwortenden Leser für solche Verhandlungen, nur 0,5 Prozent der Leser waren dagegen und 3 Prozent unentschieden.

Die Leser des elan sprachen sich im Herbst 1967 aber nicht nur dafür aus, daß die Forderung nach direkten Verhandlungen formal erfüllt wird, sie hatten schon damals konkrete inhaltliche Forde-

rungen für die Verhandlungen. 60,5 Prozent forderten einen Kernwaffenverzicht in beiden deutschen Staaten, 52,5 Prozent die Senkung der Rüstungslasten und 47 Prozent den Gewaltverzicht in den Beziehungen der beiden Staaten. Als Grundvoraussetzung für die Erfüllung dieser Forderungen sahen elan und seine Leser die völlige Gleichberechtigung der Verhandlungspartner an, das heißt die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der DDR. In dem erwünschten Gipfeltreffen sahen wir die Respektierung dieser Grundvoraussetzung.

Jetzt will Willy Brandt auf Einladung seines DDR-Kollegen Willi Stoph in die Hauptstadt der DDR, Berlin, reisen, um zu verhandeln. Endlich, möchte man sagen. Viel Erfolg, Willy und Willi, möchte man rufen.

Aber wir bemerken leider einen sehr bedenklichen Vorgang. Die reaktionärsten Kräfte in diesem Lande möchten Willy Brandt dazu bringen, zum Gipfeltreffen zu fahren, dabei aber ausdrücklich dem Gesprächspartner die völkerrechtliche Legitimität abzusprechen. Die CDU/CSU ist es, die die Bundesregierung davon „warnt“, die „Gespräche mit der Bedingung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR“ verquicken zu lassen“ (Welt, 19.2.70) Leider hat Willy Brandt nicht eindeutig klargestellt, was er mit Willi Stoph eigentlich verhandeln will. Indem er zu dem Inhalt des Vertragsentwurfes der DDR, der die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung beider deutscher Staaten vorsieht, hartnäckig schweigt, ermuntert er die Strauß, Thadden und Barzel, den Druck auf seine Regierung zu erhöhen und ihm ihre gefährliche Konzeption aufzunötigen. „Brandt

mit Zustimmung der CDU nach Ost-Berlin“, meldet die WAZ am 19.2.70, nachdem sich der Kanzler mit Kiesinger abgestimmt hatte. Sollte der Bundeskanzler sich nicht lieber um die Zustimmung seiner Wähler, um die Unterstützung seitens der jungen Generation in seiner Partei und anderer Jugendorganisationen bemühen? Diese Jugendorganisationen haben in Beschlüssen vielfach die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gefordert.

In seiner Regierungserklärung hat Brandt Kontinuität und Erneuerung in der Politik angekündigt. Abgesehen davon, daß Kontinuität der CDU-Politik und Erneuerung im Sinne von mehr Demokratie- und Friedenspolitik einander ausschließen, ist die Bundesregierung gegenwärtig in der Gefahr, sich ganz auf die Kontinuitätslinie festzuschwören zu lassen. Das sieht dann so aus: Außenminister Scheel sagt in Asien, die Hallstein-Doktrin – mit der selbständige Staaten gezwungen werden sollten, auf gute Beziehungen zur DDR zu verzichten – sei tot. Gleichzeitig fordert Scheel aber überall zu größtem Respekt vor der teuren Toten auf. Weiter: Wenn die DDR als Staat deutscher Nation für uns kein Ausland sein soll, wie Brandt es formuliert, dann soll sie offenbar weiterhin Inland sein und der Alleinvertretungsanspruch Bonns fortduern. Und schließlich: Über Gewaltverzicht will man verhandeln, ohne den Partner völkerrechtlich anzuerkennen. Strauß fragt in seinem „Bayernkurier“, ob man mit Gewaltverzicht „auch die Verfolgung unserer legitimen politischen Ziele meint“. In dem Münchener „Deutschland-Magazin“ bezeichnete der CSU-Vorsitzende die Anerkennung der Existenz (!) zweier deutscher Staaten und den Verzicht auf die „geraubten Ostgebiete“ als „eindeutig verfassungswidrig“. Die DDR und polnisches Territorium zu schlucken, sind demnach legitime politische Ziele für Strauß, die durch einen „Gewaltverzicht“ respektiert werden sollten.

Auf diese Art von Gewaltverzicht will die DDR-Regierung verzichten. Das sagte sie Willy Brandt, der sich nun erklären muß. In der Tat gleicht ein Gewaltverzicht ohne völkerrechtliche DDR-Anerkennung der Erklärung eines Räubers, der Anspruch auf eine fremde Kasse erhebt, aber auf Gewaltanwendung zur Erlangung seines Ziels großmütig „verzichtet“.

Ich meine, jetzt muß eine echte Wende in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erfolgen. Jetzt muß der Einfluß von Strauß und Springer zurückgedrängt werden. Üben wir selber Einfluß aus! Schreibe jeder Leser ein Telegramm an Willy Brandt:

„Erkennen Sie die DDR an, völkerrechtlich! Dann haben Sie die richtige Grundlage für Ihr Gespräch in Berlin.“

Herzlichst

Ulrich Sander

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR
Hans-Jörg Hennecke, Dortmund
(verantwortlich)

GESTALTUNG Jerken Diederich

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags GmbH.
6104 Jugendheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESELLSCHAFTSFÜHRER Werner Maletz

PREIS
elan erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,- einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,- einschl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt /
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 203290

FOTOS: APN, Deutschen-
sider, Heinz Hollmann, Gangolf
Dörr (2), dpa, Klaus Rose (5),
Teldec, Manfred Tripp (2).

TITELFOTO: Gangolf Dörr

ZEICHNUNGEN
Seite 31/32
Arno Ploog

Druck:
Hosch GmbH,
Frankfurt/M.





Demonstrationswelle gegen Bildungsnotstand

Unterricht auf der Straße

Sie sind 14 oder 15 Jahre alt und fast heiser von Sprechchören. Doch immer wieder vereinen sich Tausende von Stimmen zu dem Ruf „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!“

Flugblätter werden an Passanten gegeben. Diskussionstrauben bilden sich, wohin man sieht. Und immer wieder der leidenschaftliche Protest demonstrierender Schüler, Berufsschüler und Studenten gegen Schulraum- und Lehrermangel, gegen Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten (numerus clausus) und die Verweigerung des Mitbestimmungsrechtes für die Lernenden.

In Hanau waren es 800, die auf die Straße gingen. In Offenbach 1300, in Bochum 1500 und in Dortmund

Eine Stadt von vielen: Mülheim an der Ruhr. Im Neubau des Staatlichen Gymnasiums gibt es nur 32 Schulräume, obwohl jetzt schon 34 Klassen vorhanden sind. An der Luisenschule sind Jahr für Jahr vier bis sieben Klassen auf Wanderschaft, weil sie keinen eigenen Klassenraum haben. Im Broicher Gymnasium mußten vier Klassen ausquartiert werden

1 x 1 im Schulflur

Es ist keine Seltenheit mehr, daß ein Lehrer 50 Schüler unterrichten muß, daß sich das Klassenzimmer auf einem Schulflur, in einem Treppenhaus, in einer Pausenhalle oder in der Schulaula befindet. Man wartet auf den Sommer: falls es nicht regnet, kann man dann auf den Schulhof ausweichen.

Es gibt nicht nur zuwenig Räume, sondern auch zu wenig Lehrer. In Nordrhein-Westfalen fehlen allein 8332. Und in Niedersachsen sind 13 % der Lehrerstellen an Volksschulen unbesetzt, an Sonderschulen 22 %, an Realschulen 24 % und an Gymnasien 17 %.¹⁾ Etwa gleich hoch liegt der Prozentsatz der Unterrichtsstunden, die zwar vorgesehen sind, aber nicht gegeben werden können. In anderen Bundesländern ist die Situation ähnlich. Ergebnis: die Bundesrepublik gehört heute zu den bildungsschwächsten Staaten Europas.

Maßnahmen gegen den Lehrermangel bestehen nun nicht etwa in der Förderung des Pädagogikstudiums und in der Anhebung der Lehrerbewilligung, sondern in der Rekrutierung von Pensionären und Ex-Lehrerinnen, die ihren Beruf aus persönlichen Gründen aufgegeben hatten.

Wenn Schüler Alfred Wagner sich nun durch überfüllte Klassenräume und mangelhaftes Bildungsangebot doch zum Abitur durchkämpft hat, beginnt der Hürdenlauf erst richtig. Vorausgesetzt nun, daß sich Schüler Alfred die richtigen Eltern ausgesucht hat, die das nötige Geld haben, sein Studium zu finanzieren. Alfred bewirbt sich also an einer Universität um einen Studienplatz. Doch es ist fast unmöglich, auf Anhieb dort ein Fach eigener Wahl zu belegen. „Numerus clausus“ heißt die Ursache, das sind auf gut Deutsch die Zulassungsbeschränkungen an allen Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik.

Der Trick mit der verschlossenen Tür

Es gibt zu wenige Universitäten, also hat man sich einen besonderen Trick einfallen lassen. Um den Andrang zu bewältigen, baut man nicht etwa neue Universitäten, sondern schließt einfach die Türen der alten Unis.

Wie sind wir in diese Situation geraten? Ist die Bildungskatastrophe wie ein Unwetter über uns hereingebrochen? Keinesfalls! In den fettesten Jahren des sogenannten Wirtschaftswunders zwischen 1950 und 1965 stiegen die Bildungsausgaben nur um 40 Prozent; in Frankreich waren es in der sel-



3000 Schüler demonstrierten in Dortmund

ben Zeit 256 Prozent, in Belgien 196 Prozent und in Jugoslawien 104 Prozent.²⁾

Von hundert Jugoslawen, die 1967 19 Jahre alt wurden, gingen 30 auf eine Universität, von hundert gleichaltrigen Bundesdeutschen nur 13, von denen lediglich 6 Prozent Arbeiterkinder sind. ²⁾ In der DDR sind es ungefähr zehnmal mehr.

So ging man in der Bundesrepublik zielführend daran vorbei, die Grundlagen für das Jahr 2000 zu schaffen.

Wie kam es dázu? Bildungseinrichtungen kosten Geld, viel Geld. Aber ein Starfighter oder Schützenpanzer kostet ebenfalls viel Geld. Und die Rüstung hatte hierzulande noch stets Vorrang. So gab Bonn für die Entwicklung des amerikanisch-westdeutschen „Kampfpanzers 70“ 275 Millionen DM aus, genauso viel, wie es von 1966 bis 1969 für den Bau von neuen Universitäten aufbrachte.³⁾

Der Bundeshaushalt für 1970 sieht so aus:

Für die Bundeswehr sollen 20,35 Milliarden DM ausgegeben werden. Das sind 22,3 Prozent des Staatshaushaltes, also fast ein Viertel. Für Bildung und Wissenschaft dagegen stehen nur 3,006 Milliarden DM Bundesmittel oder 3,3 Prozent zur Verfügung. Während die Rüstungslasten gegenüber 1969 um 1,905 Milliarden DM wachsen, sind es beim Bildungs- und Wissenschaftsetat nur 880 Millionen DM, von denen auch noch 305 Millionen DM unter eine vorläufige Ausgabensperre fallen.⁴⁾

Schüler, Lehrlinge und Studenten: Den gemeinsamen Gegner erkannt



Da mit dem Geld des Wissenschaftsetats vorwiegend Großforschungsaufträge finanziert werden, die der Industrie zu kostspielig sind, bleibt für den Hochschulbau nicht viel übrig. Wissenschaftsminister Leussink rechnet kaum mit einer stärkeren Bautätigkeit. Deshalb also numerus clausus.

Mediziner nicht gefragt

Abiturienten, die sich im Wintersemester 1969/70 um einen Studienplatz für Humanmedizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Architektur oder Pharmazie bewarben, konnten keinen Platz bekommen. Für diese Fächer besteht in der ganzen Bundesrepublik eine totale Zulassungssperre. Allein in der Medizin wurden 67,6 Prozent aller Bewerber abgelehnt, d.h. nur jeder Dritte

Hosch
druckt von DIN A 6
bis DIN A 1
Bücher, Broschüren,
Prospekte,
Kataloge, Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen aller
Art

HOSCH GmbH
6 Frankfurt am Main
Heddernheimer
Landstraße 78 a

konnte sein Studium aufnehmen. In Biologie, Chemie, Psychologie, Elektrotechnik, Biochemie und Luftfahrttechnik unterliegen 50 bis 90 Prozent einer Zulassungssperre. Nur ganz wenige Fächer sind noch offen für alle Bewerber, z.B. Land- und Forstwissenschaften und Theologie.⁵⁾

Viele Schüler sind der Meinung, der numerus clausus verstoße gegen das im Grundgesetz verankerte Recht der freien Berufswahl und der Wahl der Ausbildungsstätte. Doch als einige Studenten sich an das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen wandten, wurde ihr Antrag abgelehnt. Dagegen hat der Verwaltungsgerichtshof von Baden-Württemberg in zweiter und letzter Instanz die Verfassungswidrigkeit des numerus clausus festgestellt.

Die Mehrzahl der jungen Menschen, die heute die Schule besuchen, werden zu angepaßten Untertanen und Opportunisten erzogen. Wer trotzdem kritisches Denken lernt, verdankt dies nicht etwa der Schule, sondern dem Protest gegen sie. Ganz abgesehen von den reaktionären Bildungsinhalten, die unsere Schüler eingebüllt bekommen, erleben sie die Demokratie auch nicht in der Praxis des Schullebens. Mitbestimmung gibt es für Schüler nicht. Zuerst versuchte man, den Protest der Schüler durch Einrichtung der „Schülermitverwaltung“ (SMV) zu dämpfen. Doch bald waren die Schüler die Sandkastenspiele in der SMV leid, weil sie merkten, daß sie nur Verwaltungsaufgaben wie den Verkauf von Theaterkarten oder die Einteilung des Tafeldienstes durchführen durften. Die Schüler verlangen wirkliches Mitbestimmungsrecht.

QUELLEN:

- 1) Nach amtlich bestätigten Angaben in der „Welt“, 20. 11. 69
- 2) Nach „Stern“, 15. 2. 70
- 3) UZ, 5. 2. 70
- 4) Bonner Korrespondenz Nr. 7/70, 29. 1. 70 A 017
- 5) Jugendinformationsdienst Nr. XI/4, 29. 1. 70; 15/0819

Geschlossene Gesellschaft



Frankfurter Schülerstreiks Jan. 70

Titelzeichnung von Arno Ploog für die Broschüre „Frankfurter Schülerstreiks Januar 1970“

Schüler, Eltern und Lehrer müssen entscheidende Mitspracherechte in den schulischen Angelegenheiten haben. Doch um das zu erreichen, ist der zur schulischen Demokratie fähige Lehrer eine wesentliche Voraussetzung. Auf einer Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wurde eine Untersuchung vorgelegt. Danach praktizieren 80 Prozent der untersuchten Lehrer bei alltäglichen Konflikten autoritäre, 16,8 Prozent sehr autoritäre Maßnahmen. Nur 3,2 Prozent sind um eine demokratische Konfliktlösung bemüht.

Der Lehrer ist jedoch selbst nur das vorletzte Glied in einer langen Kette der Hierarchie, in der die Befehlsgewalt streng von oben nach unten weitergeht. NRW-Kultus-

minister Holthoff stellt sich vor autoritäre Lehrer und Maßnahmen. Er meint, ein Lehrer könne nicht einfach „weggebrüllt“ werden. Wenn Schüler die Absetzung eines Lehrers oder Direktors fordern, weil er gegenüber den Schülern obrigkeitstaatliche Methoden anwandte, tröstet Holthoff diese Lehrer, niemand werde sein Amt verlieren, nur weil Demonstranten es verlangen.

Einen Erfolg erzielten die Schüler in Gelsenkirchen. Nachdem sie gestreikt hatten,

wurde ihnen eine Drittelpartizipation an der Schulkonferenz zugesagt. In Datteln erreichten die Schüler, daß sie im Schulausschuß der Stadt gehört werden.

Das sind die Forderungen

In Nordrhein-Westfalen sollen die Schüler durch einen Erlass des Kultusministers beruhigt werden. Vor dem mündlichen Abitur sollen die Schüler die Zensuren der schriftlichen Arbeiten und ihre Vorzensur erfahren, außerdem sollen ihnen die mündlichen Prüfungsfächer vorher genannt werden. Das sind zwar einige Erleichterungen für die Schüler, doch ihre Forderungen sind damit keineswegs erfüllt.

Denn diese Forderungen – auf einen Nenner gebracht – heißen: demokratische Kontrolle der Wissenschaft und ihrer Verwertung, Mitbestimmung der Lernenden und Mitwirkung der Arbeiterklasse in allen Fragen der Bildungs- und Forschungspolitik, Abbau des Bildungsprivilegs, das heute darin besteht, daß die Herrschenden die Bildungs- und Forschungsinhalte bestimmen und Arbeiterkinder von weiterführenden Bildungseinrichtungen fernhalten.

Schüler, Studenten und Berufsschüler treten gemeinsam zum gemeinsamen Kampf für bessere Bildung an. Damit kämpfen sie für die notwendigen Voraussetzungen, das alte Bildungssystem der Monopole zu überwinden.

Wolfgang Bartels

Martin Baethge

Ausbildung und Herrschaft

Unternehmerinteressen in der Berufsausbildung ca. 320 Seiten, Snolin-Broschur ca. 19,— DM
SOFI-Studien

Das Verhältnis von kapitalistischem Wirtschaftssystem und demokratischer Verfassung der Gesellschaft ist in den letzten Jahren zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik geworden. Die vorliegende Untersuchung analysiert für den begrenzten sozialen Bereich der Bildungspolitik Formen und Inhalte der Vermittlung privatwirtschaftlicher Interessen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Gegenstand der Analyse sind die bildungspolitischen Stellungnahmen und Einflüsse der unternehmerischen Spitzenverbände und ihrer bildungspolitischen Gremien.

Hannes Friedrich

Staatliche Verwaltung und Wissenschaft

Die wissenschaftliche Beratung aus der Sicht der Ministerialbürokratie ca. 352 Seiten, Snolin-Broschur ca. 19,— DM
SOFI-Studien

Ausgangspunkt der Analyse ist die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung in Gestalt von wissenschaftlichen Beiräten, Kommissionen, Einzelgutachten und Auftragsforschung. Der Verfasser konzentriert sich bei seiner Untersuchung auf die Bedürfnisse und Zielvorstellungen der höheren Ministerialbürokratie, denn die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik sind seit Beginn der wissenschaftlichen Beratung primär Beziehungen zwischen Wissenschaft und staatlicher Ministerialverwaltung.

Europäische Verlagsanstalt

Frankfurt/Main 70, Metzlerstraße 25

Lenin! Na und?

Lenin! Ja und? Ein großer Mann; ich hab nichts dagegen, daß ihr seinen Geburtstag feiert! Meinetwegen. Aber was hab ich davon, als einfacher Arbeiter? Das hilft mir nicht weiter!

Einen Augenblick, Kollege! Wenn du willst, daß die Arbeiter weiterkommen und was erreichen wollen, dann mußt du dich umgucken und überlegen: wie. Wie: das kannst du am besten da erkennen, wo die Arbeiter mal erreicht haben, was sie sich vorgenommen haben!

Einverstanden! Aber was hat das mit Lenin zu tun? Der war doch Politiker und bestimmt kein Arbeiter wie ich!

Ja und nein. Ein Studierter war Lenin, das stimmt, aber ein Arbeiter war er auch, in seinem Kopf und in dem, was er gemacht hat. Er hat die Arbeiter in Rußland an die Macht gebracht!

An die Macht? Du spinnst wohl! Arbeiter an der Macht? Da sind doch ganz andere am Drücker als wir, und unsereins steht da und spitzt die Ohren, wenn wer pfeift. Wir sind doch viel zu dumm für die Macht.

Dummgemacht! das werden wir, mit Pauken und Trompeten! Zeitung, Fernsehen, deine Schmöker, das kriegst du bloß in die Hand, damit du schön blöd bleibst und die da oben machen können, was sie wollen! Stell dir vor, Kollege, deine Alten hätten dich aufs Gymnasium geschickt. Du würdest jede Woche ein schlaues Buch lesen und gingst alle halbe Jahr auf Schule, dann wärst du doch oben dran!

Wenn, wenn ...

Wenn: das hat der Lenin auch gesagt. Aber er hat nicht bloß mit dem Kopf geschüttelt: wenn, wenn. Wenn das Wort Wenn nicht wär ... Nein, der Lenin hat gesagt: Wenn erstens die Arbeiter sich bilden; wenn zweitens die Arbeiter sich organisieren und wenn drittens die Arbeiter aufpassen, was

die andern tun, dann sind die Arbeiter viertens auch in der Lage, die Macht an sich zu reißen! Und das haben die Arbeiter in Rußland gemacht, als die da oben abgewirtschaftet hatten. Lenin, der brauchte dann nur noch das Startzeichen zu geben, als die Arbeiter so weit waren!

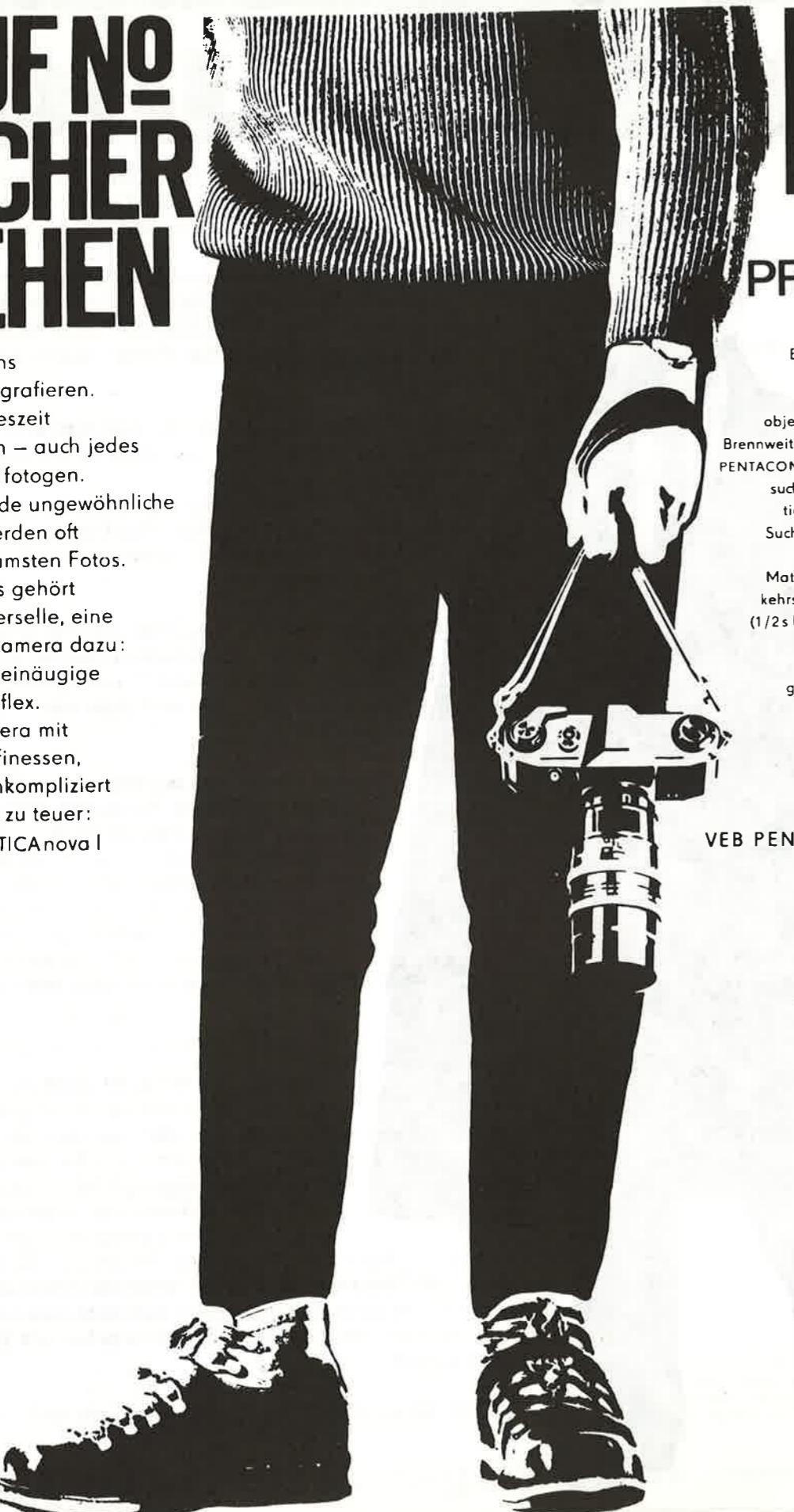
Ja, wenn das so ist, dann gib mir mal das Buch her!



Text: Peter Schütt, Foto: APN

AUF NO SICHER GEHEN

Wenigstens
beim Fotografieren.
Jede Jahreszeit
ist fotogen – auch jedes
Wetter ist fotogen.
Und gerade ungewöhnliche
Motive werden oft
die wirksamsten Fotos.
Allerdings gehört
eine universelle, eine
„sichere“ Kamera dazu:
die echte einäugige
Spiegelreflex.
Eine Kamera mit
allen Raffinessen,
jedoch unkompliziert
und nicht zu teuer:
die PRAKTICAnova I



PRAKTICA nova I

Echte einäugige Kleinbild-Spiegelreflexkamera
24 x 36 mm • Wechselobjektive 20 mm bis 1000 mm
Brennweite • Filmeinlegeautomatik
PENTACON-Loading (PL) • Prismensucher mit hellem, seitenrichtigem und parallaxenfreiem Sucherbild • Fresnellinse mit Mikroprismenraster und Mattscheibenringfeld • Rückkehrspiegel • Schlitzverschluß (1/2s bis 1/500s) • Universelles Zubehör • Modell PRAKTICAnova IB mit eingebautem fotoelektrischem Belichtungsmesser

VEB PENTACON DRESDEN

Lehrlinge



in Aktion

In Gelsenkirchen und Dortmund:

Wir lassen uns nicht länger trimmen, Jugendvertreter müssen mitbestimmen!

70% regelmäßig geschlagen

„Die Lehrlinge sollen merken, daß sie nicht alleine dastehen und daß man gemeinsam gegen Mißstände in der Lehre, wie berufsfremde Tätigkeiten und unbezahlte Überstunden, besser vorgehen kann.“ Das war die Meinung des Unabhängigen Lehrlingskomitees (ULK) und der SDAJ Gelsenkirchens. Und so rollten sie zehn Tage lang mit einem als Informationszentrum umgebauten Wohnwagen vor Betriebe und Berufsschulen. Großaufschrift am Wagen: „Wir lassen uns nicht länger trimmen, Jugendvertreter müssen mitbestimmen.“

In den Pausen und nach Schul- bzw. Betriebsschluß wurden die angesprochenen Lehrlinge per Megaphon aufgefordert, am Wagen Fragebogen auszufüllen, mit deren Hilfe die Situation in der Berufsausbildung analysiert werden soll-

te. 2 000 Bogen wurden ausgefüllt zurückgegeben. Tendenz: Klage über berufsfremde Arbeiten während der Ausbildungszeit.

Im einzelnen stellte sich heraus, daß z.B. ein Kochlehrling zwischen zwei Arbeitstagen nur drei bis vier Stunden Ruhezeit hatte; daß ein Kfz.-Elektriker-Lehrling pro Überstunde 90 Pfennig bezahlt bekommt; daß ein anderer Lehrling die Lehrwerkstatt nur sah, wenn er darin saubermachen mußte.

Sympathie fand die Aktion besonders bei Berufsschullehrern, die mit gezielten Informationen zur Unterstützung der Aktion beitragen („70 Prozent unserer Schüler aus der Gastronomie werden regelmäßig geschlagen!“). Unterstützung kam auch von Schülerräten. So ließ der Schülerrat der Metallberufsschule Gelsenkirchen in einer öffentlichen Erklärung wissen, er „unterstützt die Forde-

rungen des ULK und der SDAJ, Ortsverband Gelsenkirchen, zur Abschaffung der Mißstände in Berufsausbildung und Behandlung der Lehrlinge. Außerdem stellt der Schülerrat sich hinter die Alternativ-Vorstellungen dieser Aktionsgemeinschaft zur Berufsausbildung in Betrieb und Schule.“

Und für diese Alternativvorstellungen demonstrierten zum Abschluß der Fragebogenkampagne hunderte Gelsenkirchener Lehrlinge durch die Straßen ihrer Innenstadt:

„Wir verlangen die gleichberechtigte Mitbestimmung der Jugendvertretung in allen die Jugend betreffenden Fragen. Wir verlangen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. ... Die Entscheidungsbefugnis der Industrie - und Handelskammern über die Berufsausbildung ist abzuschaffen.“

Temperament „tranig“

„Einige tausend jugendliche Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge schaffen im Hoesch-Konzern große Werte. Sie sind aber von echter Mitbestimmung ausgeschlossen.“

Diese Feststellung brachte die Betriebsjugendvertretung der Dortmunder Hoesch-Westfalenhütte dazu, ein Forderungsprogramm auszuarbeiten und der Geschäftsleitung vorzulegen. Titel „Mitbestimmungsrecht der Jugendvertretung“.

In diesem Forderungskatalog treten die Jugendvertreter für ihr Mitbestimmungsrecht in allen Fragen ein, die jugendliche Beschäftigte betreffen.

Hans Günter Berger (20), Vorsitzender der Jugendvertretung, sieht das so: „Wir sind die gewählten Vertreter unserer jungen Kollegen. Aber ihre Interessen können wir nur dann erfolgreich wahrnehmen, wenn wir uns gemeinsam ein klar formuliertes Mitbestimmungsrecht erkämpfen.“

Und so fordern sie vor allem: Wirsamen Kündigungsschutz für Jugendvertreter; Erhöhung der Zahl der Jugendvertreter; Freistellung von Jugendvertretern; Freistellung der Jugendvertreter vom Wehr- bzw. Ersatzdienst während ihrer Amtszeit.

Das Kernstück wird so formuliert: Ohne umfangreiche Information über die betrieblichen Probleme von Seiten der Betriebsleitung ist die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmerschaft bzw. der Arbeiterjugend sehr erschwert. Deshalb verlangt das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates und der Jugendvertretung eine ständige Information über.

1. Umsatz-, Lohn- und Gewinnentwicklung,

Lehrlinge in Aktion

2. die herzustellenden Produkte,
3. die Fertigungstechnik des Betriebs,
4. geplante Umstellungs- oder Stilllegungspläne von Betriebsteilen,
5. die Auswirkungen geplanter Änderungen innerhalb des Produktionsprozesses auf die Qualifikationsanforderungen an die jugendlichen Beschäftigten.
Die Jugendvertretung unterliegt grundsätzlich keiner Schweigepflicht." Daß das Forderungsprogramm der Hoesch-Jugendvertreter inzwischen mächtigen Wirbel auslöste, liegt besonders an einer achtseitigen Zeitung, die im Kleinoffsetverfahren hergestellt wurde und sich „lehr-links-info“ nennt. Darin wurde das komplette Programm abgedruckt und im Betrieb verbreitet. (Wer sich für das Info mit dem kompletten Text des Mitbestimmungsprogramms interessiert, kann es bei der verantwortlichen Herausgeberin beziehen: Helga Scheerer, 46 Dortmund, Oesterholzstr. 27. Bitte 50 Pfennig in Briefmarken als Selbstkostenpreis plus Rückporto beifügen.)

Im zweiten Teil des „Lehr-links“-Blattes wurden Hoesch-Lehrlinge konkret. In kleinen Meldungen und Aufsätzen machten sie deutlich, wo ihnen der Schuh drückt, weil der Jugendvertretung ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht vorerhalten wird. Hier einige Kostproben:

■ Wie schon bekannt sein dürfte, ist das Rauchen der über 16jährigen Auszubildenden während der Pausen weiterhin verboten.

Die Begründung ist eindeutig: „Wir wollen nur das Beste... Gesundheit und so. Klar, das will die Jugendvertretung auch. So auch, als man den wöchentlichen Schwimmunterricht für das 1. Lehrjahr strich, und die Jugendvertretung in Opposition ging.

Da machten die Herren aber nicht mit. Das war wohl zuviel der Gesundheit! Oder konnte man für diese Zeit den Auszubildenden gewinnbringender einsetzen?“

■ „Auf Unfallverhütung wird in großen Werken viel Wert gelegt. So auch bei den Hoesch AG-Hüttenwerken. Leider traf das nur bis Mitte 1968 zu, denn von da an bekam kein Lehrling mehr den Kursus: Unterweisung in flurgesteuerten Kränen. Der Unfallmeister äußerte sich zu diesem Kursus positiv — und der muß es doch schließlich wissen! Aber es gibt Besserwisser, und die sitzen oben auf dem Thron und regieren über Geschick oder Mißgeschick in der Lehrwerkstatt. Auf daß die Unfallziffern steigen, Herr Langenkämper!“

■ „Ich möchte nun zu einer Sache Stellung nehmen, über die man nicht gern redet: Thema: Toiletten.

Wenn eine Besichtigungsgruppe durch die Lehrwerkstatt geführt wird, zeigt man ihr viel. Man zeigt ihr alles, was glänzt. Würde man ihr aber auch mal die Toiletten zeigen, müßte ihnen die ganze Lehrwerkstatt stinken.

Das liegt an der ausgezeichneten Entlüftung. Aber wohl vor allem daran, weil die Türen abgesägt sind.

Es sind schon viele Beschwerden von Lehrlingen gekommen, aber das überhöhte man bisher in einem „Mitbestimmungsbetrieb“.

Diesen Zuständen ist der Kampf ange sagt worden. Ebenso wie einem kursierenden „Beurteilungsbogen für den gewerblichen Lehrling“, der von den Ausbildern ausgefüllt werden muß. Darin interessiert sich die Geschäftsleitung nicht nur für die Leistungen der Lehrlinge, sondern stellt unter dem Stichwort „Persönlichkeitsbild“ tief schürfende Fragen (mögliche Antworten sind stichwortartig vorgegeben):

Temperament (z. B. „tranig“, „sprunghaft“, „stur“), Tempo (z. B. „überhastet“, „langsam“), Ordnung (z. B. „pedantisch“, „pfuscht“, „schlampig“), Verhalten zu Vorgesetzten (z. B. „widersetzlich“, „anmaßend“, „unterwürfig“). Dann folgen Fragen, bei deren Kenntnisnahme man sich fragt, warum Geschlechtskrankheiten ausgenommen sind: „Besondere Beobachtungen und Vorkommnisse: ... Hemmungen, Verhalten außer Dienst, außerberufliche Interessen, Familienverhältnisse usw.“)

Doch der Denunziationszwang erschöpft sich nicht in Beurteilungsbogen. Neuerdings wird jeder Ausbilder mit einem Päckchen Formblätter mit der Überschrift „Meldung“ ausgestattet. Darauf heißt es: „Der Auszubildende... Stamm Nr. ... Stammgruppe... ist heute von mir beim Rauchen innerhalb des Ausbildungsbereiches angetroffen worden. Er wurde von mir mündlich verwarnt mit dem Hinweis, daß dies aktenkundig gemacht wird.“

Aktionen Informationen

Augsburg. Die SDAJ Augsburg verteilte vor Berufsschulen Fragebogen. Dabei kam ans Tageslicht, daß 91% der befragten Lehrlinge regelmäßig Arbeiten verrichten, die mit ihrer Ausbildung nichts zu tun haben. 41% müssen pro Woche zwei bis zwölf unbezahlte Überstunden leisten. Alle Teilnehmer der Umfrage sprachen sich für das Streikrecht für Lehrlinge aus.

Düsseldorf. Die Rechtsabteilung des DGB hat die Frage geprüft, ob Lehrlinge ein Streikrecht haben. Sie kam zu der Auffassung, daß die Lehrlinge Streikrecht haben, wenn die Lehrlingsvergütung, die der Ausbildende nach § 10 des Berufsbildungsgesetzes zu zahlen hat, durch einen Tarifvertrag festgelegt ist.

Neuwied. Mit der klösterlichen Ruhe im Christkönigshaus, der Druckerei des Johannesbundordens in Leutesdorf am Rhein, ist es vorbei. Die von Neuwieder Lehrlingen herausgegebene Zeitung „Knacks“ deckte Mißstände in diesem frommen Haus auf. Als daraufhin die klösterlichen Lehrlinge und ein Redakteur von „Knacks“ unter Druck gesetzt wurden, kam es zu einer Lehrlingsdemonstration.

München. Die Lehrlinge der Buchhandlung Hueber diskutierten mit dem Geschäftsführer Noßke über Ausbildungsvorwürfe. Nach einigen Tagen erhielten drei Lehrlinge, die sich in der Probezeit befanden, Briefe, in denen ihnen die Geschäftsleitung lapidar mitteilt, daß sie sich gezwungen sieht, vom Kündigungsrecht in der Probezeit Gebrauch zu machen. Der Betriebsrat setzte sich daraufhin für die Weiterbeschäftigung der Lehrlinge ein. Doch Noßke blieb hart. Betriebsratsvorsitzender v. Klinkowström machte nun das Angebot, daß er kündigen wolle, wenn dafür die drei Lehrlinge weiter beschäftigt werden. Noßke witterte sofort die Chance, den unliebsamen Betriebsrat loszuwerden und nahm an. Auf einer Versammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft HBV, setzten sich ungefähr 70 Kollegen für die Wiedereinstellung des Betriebsrates ein. Außerdem hielten sie eine Änderung der Ausbildungsverhältnisse bei Hueber für dringend notwendig.

Kaiserslautern. Mit einem Schweigmarsch zum Rathaus demonstrierten 500 Schüler der kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Abteilung der Berufs-

schule gegen die nicht mehr vertretbaren Unterrichtsverhältnisse in ihrer Schule. Der Oberbürgermeister empfing eine Abordnung der Schüler.

Ludwigshafen. Die BASF scheint sich noch einmal an das reaktionäre Berufsausbildungsgesetz zu halten. Immer wieder wird den Lehrlingen vorgehalten, das Berichtsheftschreiben sei eine Ausbildungsmaßnahme. Doch nach dem Berufsbildungsgesetz müssen die Lehrlinge für Ausbildungsmaßnahmen freigestellt werden. Also haben die Lehrlinge ein Recht darauf, die Berichte während der Arbeitszeit zu schreiben. Doch das lehnt die Unternehmensleitung ab. Selbst die Ausbildungsmittel, wie Bücher und Berichtshefte, müssen die Lehrlinge kaufen, obwohl der Ausbilder dazu verpflichtet ist.

Delدهheim. Selbstherrlich hat die Handwerkskammer Rheinland-Pfalz verfügt, daß ein Teil der Lehrlinge in verschiedenen gewerblichen Berufen ihre Gesellenprüfung nicht zum vorgeschriebenen Termin machen dürfen. Die Prüfung soll um ein halbes Jahr verschoben werden. Die SDAJ stellt in einem Flugblatt die Frage, wer die Differenz bezahlt, die den Prüflingen dadurch entsteht, daß sie ein halbes Jahr Facharbeit leisten müssen, jedoch wie Hilfsarbeiter entlohnt werden.

Außerdem können die Prüflinge keine weiterführenden Schulen besuchen, wenn ihre Lehre nicht abgeschlossen ist. Die SDAJ fordert Mitbestimmung der Lehrlinge bei der Festlegung des Terms und der Durchführung der Prüfung. Die Gesellenprüfung soll sofort durchgeführt werden.

Oberaden. „Opas Bergbau ist tot“, verkündet der Unternehmensverband Ruhrbergbau. Doch die 82 Lehrlinge, die an einer Bildungsveranstaltung der IG BE in Oberaden teilnahmen, kamen zu einem anderen Ergebnis: Opas Bergbau lebt, wenn er auch schwerkrank ist. Sie fordern moderne Ausbildungsverhältnisse. Außerdem meinen sie, ihnen stehe die gleiche Treueprämie zu wie den Erwachsenen. Solange diese Forderungen noch nicht verwirklicht sind, ist Opas Bergbau nicht tot.

Hagen. Erstmals gelang es der IG Metall, in den Landesinnungsverbänden im Metall-Bereich einen Tarifvertrag für Lehrlinge abzuschließen. Für die Schlosserhandwerkslehrlinge gelten ab 1. Januar die gleichen Tarifsätze wie in der metallverarbeitenden Industrie. Im ersten Lehrjahr werden monatlich 140 DM, im zweiten 170 DM und im dritten 205 DM gezahlt. Außerdem gibt es ein Urlaubsgeld in Höhe von 30% eines Monatseinkommens.



Hamburg. Auf der Mönckebergstraße zeigten Lehrlinge im „Blaumann“, welche Art „Berufsausbildung“ ihnen auch nach Verabschiedung des Berufsbil-

Ich arbeite in der Partei mit, die für mich arbeitet:

DKP



Wende Dich, um Mitglied zu werden, an die Betriebsgruppen.
Oder: an die Wohngebietsgruppen.
Oder: an die Kreisbüros der DKP.
Oder: an die Büros der Länder und Bezirke der Deutschen Kommunistischen Partei.

Als Martin Schmedl (38), Schlosser bei MAN in Augsburg, am frühen Nachmittag des 14. Januar 1977 von der Schicht nach Hause kommt, hat er bereits in die „Augsburger Allgemeine“ hineingeschaut. Schon seit über zehn Jahren ist das die einzige örtliche Tageszeitung. Außer in die „Allgemeine“ hat Schmedl bei einem Arbeitskollegen in die „Bild“-Zeitung gesehen, jenes obligatorische überregionale Blatt aus dem Hamburger Springer-Konzern. Nun will Schmedl sich näher informieren, schließlich ist er politisch interessiert. Ihm reichen die örtlichen Meldungen und jene ca. 15 politischen Nachrichten nicht aus, die „Bild“ täglich seinen Lesern verabreicht. Schmedl ist ein moderner Mensch.

1977: Zeitungen ohne Drucker und Zeitungsböten

Schmedl hält sich einen jener Tele-Newspaper-Apparate, mit denen heutzutage die Zeitungen – Fotos und Nachrichten – aufgezeichnet werden. Man braucht nicht mehr die einmal täglich erscheinenden gedruckten Zeitungen zu kaufen, nein, dieser Apparat ist per Draht mit der Redaktion verbunden und wenn immer man Lust und Zeit hat, kann man ihm die neusten Wort- und Bildnachrichten entnehmen. Schmedl reißt die so aufgespeicherte Zeitungsausgabe von der Rolle in dem Tele-Newspaper-Apparat ab und beginnt zu lesen. Es handelt sich um die „Welt“ vom Hamburger Springer-Konzern. Dieser finanzstarke Konzern hat bisher als einziger jenes japanische Patent übernommen und die Speichergeräte gegen eine vergleichsweise geringe Abonnementgebühr in westdeutschen Haushalten aufgestellt, um Zeitungen zu „liefern“.

Abends schaltet Schmedl seinen Fernschapparat ein. Das ist nicht mehr der Fernsehapparat des Jahres 1970. Er hat neben Schwarz-Weiß- und Farbvorrichtung einige Zusatzergeräte. Schmedl bedient ein Zusatzergerät, das zu einem Netzsystem gehört. Dieses Draht-Netz – ähnlich den Telefonleitungen – ermöglicht den Empfang eines TV-Senders aus Hamburg, der dem Axel-Springer-Konzern gehört. Nachdem Springer nicht im drahtlosen öffentlichen Fernsehen landen konnte, macht er so – per Draht – sein „4. Programm“, die Bundespost hat es erlaubt.

Springer und Strauß in jeder TV-Röhre

Das „4. Programm“ bringt eine Filmaufzeichnung über die Krönung des spanischen Thronerben. Gelangweilt schaltet Schmedl nun ins 1. Programm um. Wie das Dritte Programm ist dieser Sender fest in bayerischer Hand. Auf Betreiben der CSU hatte sich nämlich vor einigen Jahren der Bayerische Rundfunk aus der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) gelöst, weil die ARD-Mitgliedschaft auch den Empfang von Sendungen vorsah, die nicht ins Konzept der CSU passten.

Das 1. und 3. Programm, wie auch das ZDF enttäuschen Schmedl. Alle „öffentliche-rechtlichen“ Sender bringen einen live-Bericht über die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung an den Historiker Prof. Hoggan aus den USA. Der Bundeskanzler selbst hat es sich nicht nehmen lassen, die Laudatio für jenen Historiker zu halten, der „so mutig gegen die Lüge von der Kriegsschuld des Deutschen Reiches“ getreten ist. Bundeskanzler Dr. Franz-Josef Strauß (CDU/CSU), neben ihm Vizekanzler Adolf von Thadden von der Koalitionspartei, strahlte tiefstes Wohlwollen aus, als er den Preis überreicht. Vor

15 Jahren, als Prof. Hoggan erstmals in die Bundesrepublik gekommen war, schien eine solche Ehrung noch nicht möglich. Außer einigen rechtsextremen Gruppen hörte niemand den Amerikaner an. Doch die Zeiten wandeln sich

Als Springer und Strauß Willy Brandt stürzten

Schmedl denkt an jene dramatischen Wochen zurück, als die Strauß-Springer-Fronte das kurze Zwischenspiel einer SPD-geführten Bundesregierung beendete. Die SPD und ihr kleiner Koalitionspartner, die FDP, hatten sich zwar im Sinne des herrschenden Kapitalismus nichts zuschulden kommen lassen. Weder erkannten sie die DDR völkerrechtlich verbindlich an, noch führten sie die Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben ein. Es wuchs auch der Rüstungsetat weiter an, und Verteidigungsminister Schmidt ließ die machtbesessenen Generale Schnell und de Maizière gern gewähren. Aber Sorgen bereitete den Springers und Strauß die Aussicht, daß es durch Verhandlungen der Regierung mit Moskau, Warschau und Ostberlin doch zu einer Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze kommen könnte. Schließlich waren die „politischen Eierköpfe“ (Bild) des Herrn Brandt immerhin jenem Druck ausgesetzt, der darin bestand, daß 74 % der Bürger laut Meinungsumfragen eine friedliche Regelung mit der DDR-Regierung durch Verhandlungen forderten. „Bild“ beschwore die Regierung: „So nötig wie heute war eine gemeinsame Plattform aller demokratischen Parteien in der Deutschlandpolitik noch nie“; jedoch: „Wie Kaninchen auf die Schlange starren die Männer in Bonn auf den Postboten aus Pankow“ (Bild am Sonntag). Es kündigte sich ein „politischer Winterschlüsselverkauf zu Schleuderpreisen“ (Bild) und „feiger Opportunismus“ (Bild am Sonntag) an.

Schließlich sah sich Springer, der so gern öffentlich von der Wiedervereinigung träumte und diese Träume auch der Regierung anempfahl, genötigt, in Klartext durch einen Kommentator sagen zu lassen, „daß es Ulbricht schon gar nicht um menschliche Erleichterungen, nicht einmal so sehr um die Anerkennung seines Regimes, sondern darum geht, unsere Gesellschaftsordnung umzustürzen“ (Bild). Und „Bild“ fragte weiter: „Gibt es etwa schon

wieder im Bundestag Sozialisten, die Herrn Ulbricht dabei helfen wollen?“ Es ging also um heiligste Güter des Kapitalismus, erinnerte sich Schmedl.

Alles für die Erhaltung des Kapitalismus

Und gegen das Unternehmertum machten auch die Gewerkschaften Front, wenn auch oft, mit Rück-sichtnahme auf die SPD, sehr zögernd. Sie wollten Mitbestimmung und aktive Lohnpolitik zulassen der Unternehmergevinne. „Bild“ mußte deutlich werden: „Was soll das? Was soll dieser verstaubte Klassenkampf?“ Denn: „Wer heute gegen den Gewinn polemisiert tritt dem Fortschritt morgen in die Kniekehlen“, und „Bild“ erinnerte: „Teilungsfachmann Ulbricht will uns noch einmal teilen. In die Krups und in die Krauses. Obwohl es den Krauses bei uns nur gutgeht, weil es all die Krups, Nordhoffs und Grundigs gab ... Wenn tatsächlich eines Tages die Krups und die Krauses Feinde werden, dann hat Ulbricht gesiegt.“ Unternehmer-Freund und Arbeiter-Feind Springer wußte nur zu gut, daß die Krups und Krauses auch in der sonst so harmonischen BRD bisweilen unfreundschaftlich miteinander verkehrten. Daher die beschwörenden Springer-Worte: Weil bei den September-Streiks die Arbeiter (die Krauses) deutlich werden ließen, daß sie zwar ohne die Harders, Thyssen und Krups auskommen konnten, diese aber nicht ohne Arbeiter.

Kurz gesagt: Es war für Strauß und Springer nicht ausgeschlossen, daß sich der Druck auf die Bundesregierung von Seiten der Arbeiter vervielfachen könnte. Und daß dann diese SPD-FDP-Regierung nicht stark genug sein könnte, dem zu widerstehen. Arzeichen gab es für die äußerste Rechte viele. Kündigte doch die Gewerkschaftszeitung METALL die Möglichkeit an, daß „sich eines Tages“ der Ruf breitmache „Enteignet Springer!“ METALL: „Diesmal aber käme er nicht von einer kleinen radikalen Minderheit“! Die Regierung, man stelle es sich vor!, unternahm nichts gegen derartige Äußerungen, sondern ließ sogar den SPD-Geschäftsführer Wischniewski gewähren, der erklärte: „Man muß jetzt sehr sorgsam beobachten und analysieren, was sich im Hause Sprin-

ger tut.“ Und gar der Regierungssprecher Ahlers, wer hätte das von ihm gedacht!, erklärte, daß der studentische Protest gegen Springer zwei Jahre zuvor „heute gerechtfertigt wird durch das Verhalten des Springer-Konzerns“.

Mückt die SPD gegen Springer auf?

Derartiges hatte sich bisher noch keine Bundesregierung gegen die Nebenregierung in Hamburg her-augenommen. Wenn man da an die Zeiten dachte, da Adenauer noch freier Mitarbeiter der „Bild“-Zeitung war und die Umbruchzeiten genau im Kopf hatte. Bild-Chefredakteur Boenisch: „Der rief abends um halb zehn an und sagte: Ich habe noch 'ne Meldung für Sie!“ (Spiegel) Diese Mitarbeit des alten Kanzlers Adenauer setzte sich auch noch nach seinem Tod fort: die Bild-Redaktion berief sich am 16. Februar 1970 auf seine weisen Anordnungen und zitierte aus einer Mahnung Adenauers: „Der linke Flügel der SPD wird zur Macht kommen. Die Gefahr, daß eine Bundesregierung unter solcher Führung mit der SED, der DDR und der Sowjetunion zusammengehen wird, ist groß.“ (Aus einem Brief vom 10.9.66) „Bild am Sonntag“ plappert dem Alten pflichtbewußt nach: „In vielen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen besteht die Gefahr, daß der linke Flügel immer mächtiger wird.“ (15.2.70) Und von diesem Flügel erwartete Springer die Opposition gegen seine Macht.

Ziemlich sicher konnte er sich seiner Sache ein Jahr zuvor sein:

Am 20. Februar 1969 hatte die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung zaghafte Mahnungen einer von ihr eingesetzten Pressekommision in den Wind geschlagen und die Auffassung vertreten, der Zeitpunkt für Anti-Konzentrationsmaßnahmen sei noch nicht gekommen. Die Pressekommision hatte festgestellt: ein Anteil von 20 % am Markt entweder der Tages- und Sonntagszeitungen oder der Publikumszeitschriften bewirkt die Gefährdung, ein Anteil von 40 % die Beeinträchtigung der Pressefreiheit. Wenn ein Unternehmen diese Grenzen auf einem der beiden Märkte erreicht, sollte – so die Pressekommision – bereits ein Anteil von 10 % bzw. 15 % auf dem anderen Markt als Gefährdung bzw. Beeinträchtigung gelten. Nun, Springer war seinerzeit nahe der „Beeinträchtigungsgrenze“ (siehe Elan Nr. 7/8-68). Daher stieß er einige Publikumszeitschriften ab, um die Große Koalition zu beruhigen und Kapital für weitere Expansionen bereit zu haben.

Anfang 1970 faßte Springer dann seine Verlage und Betriebe in einer Aktiengesellschaft zusammen, deren „Allein-Reaktionär“ (Wolfgang Neuß) er wurde. Die „Zeit“ schrieb dazu: „... hat er sich den Zugang zum Kapitalmarkt eröffnet, um riesige Investitionen für moderne Drucktechnik und den Einstieg ins private Fernsehen finanziieren zu können.“ Zu diesem Zeitpunkt gab Springer über ein privates Pressemonopol wie kein zweites dieser Größenordnung auf dem europäischen Kontinent. Mit 12.000 Beschäftigten, einem Jahresumsatz von 900 Mio. DM und einem Jahresgewinn von 120 Mio. DM übertraf sein Konzern die nächst ihm größten Presseverlage um ein Mehrfaches. Springer verfügte auf dem Markt der veröffentlichten Meinungen über eine absolute Vormachtstellung. Seine neun Zeitungen und Zeitschriften – darunter das vierinhalbmillionenfach verbreitete Massenblatt „Bild“ – erreichten rund 20 Millionen Leser, mithin mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung.

Springer holt zum letzten Schlag aus

Dies alles genügte Springer nicht. Er wollte mehr. Er wollte mehr Macht und die Herrschaft der

reaktionärsten Kräfte der CDU/CSU. Während ein intimer Kenner der politischen Szene, der Staatssekretär im hessischen Innenministerium, Hemler, seinem Ministerpräsidenten in einem Gutachten meldete konnte: „Gegenwärtig besteht Anlaß zu der Annahme, daß die Mehrheit des neuen Bundestages zur Sicherung einer freiheitlichen Struktur des Pressewesens die Schaffung eines Rahmengesetzes in Angriff nehmen wird.“ kündigte Axel Springer am 3. Oktober 1969 in einer Rede an: „Wir halten nichts davon, kleinere Zeitungen und Zeitschriften aufzukaufen. Vielmehr wollen wir unsere guten Produkte verbessern, sie krisenfest machen, viel Geld investieren, um ganz vital zu bleiben.“ Vital, so betonte Springer, das bedeutet „an der elektronischen Nachrichtenübermittlung (TV!) mitbeteiligt zu werden“. Gemeinsam machen sich Springer und CDU/CSU-Politiker ans Werk. Springer wollte ins Fernsehen, der NDR-Skandal begann. Jede Widerstandshandlung der SPD belegten CDU-Politiker mit Redensarten wie „massive Einschüchterungsversuche“ und „bösertige SPD-Angriffe auf die Meinungsfreiheit“. Der „Spiegel“ berichtete damals: „Die erkennbaren Hoffnungen Springers, mit seinen gleichgestimmten Blättern eines Tages eine Ablösung des Bonner Linkskabinetts erreichen zu können, scheinen nicht völlig aussichtslos.“

An diese Vorgänge erinnert sich Martin Schmedl, während er sein Programm zwischen spanischer Thronfolge und Adenauer-Preisverleihung „auswählt“. Er erinnert sich auch, daß es dann in der Auseinandersetzung Schlag auf Schlag ging. Die Strauß-Springer-Fronte brach in einer publizistischen und politischen konzentrierten Aktion einige rechte FDP-Leute aus der Regierungsmehrheit der SPD und FDP heraus und kämpfte bei den Landtagswahlen die FDP nieder. Die SPD-geführte Bundesregierung mußte zurücktreten. Bei Neuwahlen sicherte man sich die geheime Zustimmung der NPD, der dann die offene Koalition folgte.

„Enteignet Springer“ – bevor es zu spät ist

Schmedl will heute abend nicht ganz aufs Fernsehen verzichten. Er betätigt ein weiteres TV-Zusatzergerät, in das er eine Kassette einlegt. Die Kassette enthält ein Band, ähnlich einem Tonband, nur mit dem Unterschied, daß dieses „Tonband“ Bild- und Tonröhre des Fernsehers betätigt. Die Fernseh-Konserve wird bisher nur hergestellt von der finanziell starken „Studio-Hamburg Atelier-Gesellschaft mbH“, deren Hauptgesellschafter bis 1970 der Norddeutsche Rundfunk war und jetzt Axel Springer ist. Schmedl hat sich einen TV-Kursus per Kassette kommen lassen, um sich beruflich weiterzubilden. Er seufzt: Springer und Strauß als politische Aufklärer, Alleinunterhalter und Lehrmeister des ganzen Volkes. Das System ist perfekt. Das Volk darf nur konsumieren, was ihm Strauß und Springer vorsetzen. Mitbestimmen über den Inhalt der Bildung, der TV-Sendungen und der Presse darf es nicht.

Schmedl greift sich ein altes Buch aus dem Bücherschrank. Hundert Jahre alt sind die Worte des Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht, die er darin findet: „Die Presse ist eines der wirksamsten Mittel unserer Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und sie wird eine der wichtigsten Waffen unserer Befreiung sein.“ Aber ist es dafür nicht schon zu spät? fragt sich Schmedl. Vor einigen Jahren, 1970, ja da hätte man noch was machen können Wenn man Springer enteignet hätte!

Uwe Sommer



Aus „Vorwärts“, 29. Januar 1970

Als Springer und Strauß Willy Brandt stürzten

Political - Fiction

„Bild ist Ihre Waffe!“

BILD ruft seine Leser auf: „Kämpft gegen Ungerechtigkeit! Kämpft gegen Herzlosigkeit! Kämpft gegen Gleichgültigkeit!“ (BILD, 27.10.69). Wieder hat Axel Cäsar Springer sein Herz entdeckt. Er holte eine Neuauflage seines „Seid nett zueinander!“ aus der Rumpelkammer, in der er die verschiedenen Mittel zur Ablenkung, ja zur Verdummung der Bevölkerung bereithält. Das Herz ist dann auch gleich das Symbol der „BILD-Kampagne 70“.

BILD ruft seine Leser auf, sogleich alle Fälle zu melden, die nach BILD-Lesart alle Ungerechtigkeit, Herzlosigkeit und Gleichgültigkeit dieser Welt ausmachen. Drei Beispiele, quasi als Gebrauchsanweisung, hat BILD parat: „3 Fälle von vielen – und immer konnte BILD helfen“. Wer Sorgen hat, soll wissen: sein Fall ist gut bei der BILD-Zeitung aufgehoben. „BILD ist Ihre Waffe im Kampf gegen Herzlosigkeit, Ungerechtigkeit und Gleichgültigkeit.“ (BILD, 27.10.69)

Und viele schreiben, um ihre Sorgen loszuwerden. Der Schiffsoffizier, der nicht die Bowling-Bahn betreten durfte, weil er Gesundheitsschule tragen muß, und das junge Ehepaar, das keine Wohnung bekommt, und viele andere mehr. Mit dieser Kampagne erweichte BILD sogar das Herz eines Kapitalisten. BILD jubelt: „Ein BILD-Leser will in der Kampagne 70 mitmachen – mit 100 000 DM!“ (BILD, 29.10.69). Die Kapitalisten sind wohl doch nicht so schlamm, zumindest wenn sie zur großen BILD-Gemeinde gehören. Zwar sind sie furchtbar wütend, wenn die Arbeiter mehr Lohn haben wollen, aber wenn es mal drauf kommt, haben sie doch die Spendierhosen an.

Die BILD-Leser drückt der Schuh natürlich an der gleichen Stelle, wie uns alle. Es läßt sich daher nicht ganz vermeiden, daß sich diese Sorgen in den Schreiben der Leser niederschlagen. So beschwert sich ein Leser in BILD vom 10.11.69 über seinen Hausbesitzer, der über Nacht die Miete vervierfacht hat. Drei Tage vorher wurde über einen anderen Hausbesitzer berichtet, der seine Miete nicht erhöhte, jedoch die Männer aufforderte, ihren Ehefrauen für das eingesparte Geld ein Geschenk zu kaufen. Auch hier gibt es gute und schlechte; der gute Hauswirt heißt Karl Meier aus Kiel, den Namen des bösen erfährt man nicht. Warum? Es soll scheinen, als ob BILD die Mieterhöhungen angreift. Aber BILD achtet genau darauf, daß der Angegriffene nicht mit Namen und Hausnummer genannt wird. Ein Angriff ins Leere.

Wie BILD das Problem der Preiserhöhungen wirklich anpackt, wird spätestens am 20.11.69 klar. BMW und Mercedes haben Preiserhöhungen bekanntgegeben. Die IG Metall verurteilt die Automobilpreiserhöhungen. Sie weist nach, daß die Autoindustrie bereits 1968 überhöhte Gewinne gemacht hat. Den Lohn- und Gehaltserhöhungen seien die beachtlichen Rationalisierungsfortschritte gegenüberzustellen. Doch gegen solche Worte, die die Arbeiter über ihre Lage im kapitalistischen System aufklären könnten, schießt BILD scharf. BILD schießt auf die Gewerkschaften, die plötzlich die „Profitparolen des vorigen Jahrhunderts aus der Schublade der Sozialkonflikte“ hervorkramen und von überdurchschnittlichen Gewinnen „faseln“. Und dann sagt BILD, wie es wirklich ist: „Wer heute gegen den Gewinn polemi-

siert“ und somit auch gegen den Preiswucher auftritt, „tritt dem Fortschritt von morgen in die Kniekehlen“, ist also ein Verbrecher an unserer Zukunft. So einfach ist das: je höher die Preise sind, je weniger wir uns leisten können, desto sicherer wird die Zukunft sein. Leider aber nur für die Profitjäger.

Keiner der veröffentlichten Briefe dreht sich um die Probleme des Arbeiters im Betrieb. Obwohl es bestimmt Briefe gab, die dieses Thema behandelten. Ein Lehrling, Helmut Hemmert aus Oberhausen, wandte sich an die BILD-Zeitung, um zu schildern, wie die Berufsausbildung bei ihm im Betrieb aussieht. Zugegeben, sie unterscheidet sich nicht sehr von der in anderen Betrieben. Aber BILD hält es überhaupt nicht für nötig, die Sorgen der Lehrlinge und jungen Arbeiter aufzugreifen, noch weniger, die Mißstände anzuprangern. Nachdem ihm BILD noch nicht einmal antwortete, wandte sich Helmut an elan: „Kämpft gegen die Ungerechtigkeit in der Handwerksausbildung!“

Für BILD wird es schon zu gefährlich, wenn Arbeiter im Betrieb über ihre Verhältnisse sprechen. Mit der Überschrift „Betriebsfeind Nr. 1: Kollegentratsch“ versucht BILD am 6.12.69 die Arbeiter zu warnen, über Weihnachtsgeld oder Lohnhöhungen zu sprechen. „Solches Kollegengetuschel ist der schlimmste Feind für Betriebsklima und Betriebserfolg“. Die Arbeiter, die weder darüber informiert werden, was die Betriebsleitung mit ihnen vorhat, noch darüber mitbestimmen können, sind eben oft nur auf Gerüchte angewiesen. Ein Mittel gegen „Kollegentratsch“ wäre die Mitbestimmung. Doch da sieht BILD rot.

Apropos Betriebe: Um gegen Ungerechtigkeit, Herzlosigkeit und Gleichgültigkeit zu Felde zu ziehen, könnte Springer gleich im eigenen Haus anfangen. Zum Beispiel in seiner Westberliner Druckerei. Den Rotationsdruckern wird immer noch die 5-Tage-Woche verweigert. Sie müssen in viel zu engen Räumen arbeiten, so daß die Sicherheit am Arbeitsplatz nicht mehr gewährleistet ist. Durch willkürlich festgelegte Lohnunterschiede wird Zwietracht und „Kollegentratsch“ gesät. Die Forderung nach der Freistellung eines weiteren Betriebsratsmitglieds wegen der Größe des Betriebes und des Mehrschichtensystems stößt immer noch auf den erbitterten Widerstand der Direktion. Hier, in seinem eigenen Betrieb, hätte Springer die besten Möglichkeiten, seine angeblichen Ideale zu verwirklichen. Daß er es dennoch nicht tut, macht die Heuchelei der ganzen Kampagne deutlich.

Im Dezember 1969 berichtete elan über das Lehrlingsheim Don Bosco. Der Betriebsrat, der uns informiert hatte, wandte sich auch an die BILD-Zeitung. Und kurze Zeit darauf kam auch ein BILD-Reporter und sah sich alles an. Doch bis heute hat er noch nicht über dieses Lehrlingsheim berichtet. War es seinen Chefs zu gefährlich, dieses Problem aufzugreifen? Wurde der Reporter zurückgepfiffen?

Was beweckt Springer mit solchen Kampagnen? Jedem BILD-Leser soll das Gefühl vermittelt werden, er gehöre zur großen BILD-Familie. Im Dutzendjährigen Reich nannte man das Volksgemeinschaft. Der Leser soll meinen, BILD sei „seine“ Zeitung, die sich seiner Sorgen annimmt.

Die BILD-Kampagne 70

Analyse einer



Wir rufen Millionen Leser:

Kämpft gegen Ungerechtigkeit!

Kämpft gegen Herzlosigkeit!

Kämpft gegen Gleichgültigkeit!



Eröffnung der BILD-Kampagne 70: 27. Oktober 1969

Axel Springer gibt vor BILD-Redakteuren die Gründung der Axel-Springer-AG bekannt und erläutert die Präambel der AG-Satzung: Richtschnur seiner Blätter sind 1. „Unbedingtes Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit“ (also Nichtanerkennung der DDR und Kapitalismus in ganz Deutschland), 2. „Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden; hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes“ (sprich israelischer Imperialismus), 3. „Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus“ (sprich Erhaltung des Antikommunismus) und 4. „Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft“ (also der Alleinherrschaft der Monopole).

Herzlosigkeit und Gleichgültigkeit ihrer Regierung gegenüber anderen Völkern demonstrieren, indem BILD ihnen den Ausspruch „Wir wollen nicht nach Vietnam – und im übrigen machen wir die Augen zu!“ unterschiebt (BILD, 17.10.69). Dazu rechtfertigt BILD auch noch das US-Massaker von My Lai, indem es einen alten Fremdenlegionär Frankreichs, der schon 1953 in Vietnam sein Unwesen trieb – was hatte er dort überhaupt zu suchen? – unkommentiert zu Wort kommen läßt: „Wenn ihnen (den US-Soldaten) die Nerven durchgegangen sind, dann nicht ohne Grund.“ (BILD, 18.12.69).

BILD ist gegen „Ungerechtigkeit, Herzlosigkeit, Gleichgültigkeit“. Und so ist es BILD auch nicht gleichgültig, wenn einige Leute so ungerecht und herzlos sind, BILD der Lüge und Fälschung zu bezichtigen. In solchen Fällen empören sich 80 BILD-Redakteure lauthals wie ein Mann auf Seite 2 ihrer Gazette (5. Februar 1970): „Niemand von uns hat Nachrichten verfälscht. Niemand von uns hat die Meinungsfreiheit mißbraucht!“ Sachte, sachte. Auf derselben Seite wird eine Äußerung des Regierungssprechers Ahlers zitiert, der im Zusammenhang mit seiner Kritik an der Springer-Presse gesagt haben soll: „Die APO-Gewaltakte des Jahres 1967 fänden im Nachhinein seine Billigung“, Fälschung! Hier soll nicht untersucht werden, wer wo 1967/68 Gewalt angewandt hat. Jedoch hat Ahlers gesagt: „Interessant sei, daß der studentische Protest von vor zwei Jahren (also nicht einmal die Jahreszahl stimmt – Red.) gegen den Springer-Konzern, mit dem er seinerzeit nicht voll einverstanden gewesen sei, weil die Formen nicht dem Zweck angemessen gewesen seien, heute gerechtfertigt wird durch das Verhalten des Springer-Konzerns“. (Radio Bremen, zitiert nach „Bonner Korrespondenz“ vom 9.2.70)

Am 23. Januar berichtet BILD über die Bespitzelung kranker Arbeiter durch private Detektivunternehmen im Auftrag der Unternehmer. BILD mißbraucht den DGB: „Und der DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf erklärt: Laßt euch das nicht gefallen. Die Spitzel zerstören nur das Vertrauensverhältnis zwischen Euch und den Chefs. Deshalb halte beim Krankenfeind Selbstdisziplin. Dann werden die Schnüffler überflüssig.“ Lüge! Der DGB hatte das Gegenteil erklärt: „Die Appelle an die Arbeitnehmer, Fehlzeiten möglichst zu vermeiden und Krankenlohn nur in notwendigen Fällen in Anspruch zu nehmen, erwecken den Eindruck, daß hier aus Produktions- und Rentabilitätsüberwägungen die Gesundheit der Arbeitnehmer aufs Spiel gesetzt werden soll. Das gleiche gilt für die ebenfalls zunehmende Zahlung von Anwesenheitsprämien für gesunde Arbeitnehmer bzw. die Bestrafung der Kranken durch Kürzung von Gratifikationen und ähnlichen freiwilligen Leistungen.“ (DGB-Nachrichtendienst, 20.1.70) (Übrigens beim Springer-Verlag erfolgt eine solche Bestrafung der Kranken durch Entzug von Prämien – Red.)

Am 21. Januar kommt in BILD ein anonyme alter Mann, der angeblich aus der DDR stammt, zu Wort. Ganzzeitig wird die Bundesregierung ermahnt: „Laßt uns nicht im Stich. Bei uns gibt es zwar Schokolade, aber nicht das, was alle in Westdeutschland haben: FREIHEIT.“ Neben allerlei Ungereimtheiten, die die Autorenschaft auch eines alten DDR-Bürgers mit leichten Schäden am Denkvermögen in Frage stellen lassen, heißt es über die Intershop-Läden, in denen man in der DDR für D-Mark einkaufen kann: „Wir dürfen uns nicht mal die Läden ansehen, sie werden von Geheimpolizei bewacht.“ Gelogen!

Es gibt keine Ausweiskontrollen in den Intershop-Läden. Es gibt aber eine BILD-Redaktion, die Nachrichten fälscht! Die 4,5-millionenfach liegt. Wie ungerecht, wie herzlos! Wolfgang Bartels

Geheimtip: Deutschland- sender- Jugendfunk

Jugendsender
made in DDR



„Gesucht: Aktmodelle für Rundfunksendung“. Es ist nicht bekannt, wieviele diese Anzeige in der Berliner Zeitung ernstgenommen haben. Aber hier ist eine, die sich gemeldet hat. Die Jugendfunk-Redakteure dachten sich, warum nur Magazine nackte Tatsachen bringen. So kam der erste „hautnahe“ Bericht über den Sender. Hier das Modell, interviewt von Martin Wagner. Wir fragen uns auch, warum nur Bauarbeiter und Schlosser in Arbeitskleidung abgebildet werden sollen.

Du schaltest Dein Kofferradio ein, drehst kurz an der Senderstellung und schon sind die „fröhlichen Wellen von Radio Luxemburg“ in deiner Bude. Zwischendurch ein paar Tropfen Werbung und nun rollt die aktuellste Hitparade. Hinterher ist klar: die Beatles sind nicht mehr die Größten, und wenn morgen Petrus grollt, erledigst du das mit einem Edelmetall in der Mundhöhle („Rachengold“ heißt das, glaube ich). Natürlich zum Sonderpreis in der Vorzugspackung. Vielleicht gelingt es dir auch, einen noch nicht geäscherten Piratensender aufzutun, von wegen Abwechselung.

Doch lassen wir das, das kennst du alles. Was viele noch nicht kennen, haben wir auf unseren Wellenlängen gefunden: den Deutschlandsender-Jugendfunk. Made in DDR, ausgestrahlt für junge Leute in der Bundesrepublik. Natürlich haben wir auch da die aktuellsten Scheiben gehört. Trotzdem, es war etwas ganz anderes. Musik und kurze Texte wechseln. Die Texte sind oft Minireports aus dem Leben der Jugend. Und das spielt sich ja nun trotz Radio Luxemburg nicht ausschließlich im blauen Dunst von „Lord Wellington's“ Diskothek unter roten 15 Watt-Lampen ab.

Da haben in Hamburg Jugendliche auf den Putz gehauen, wegen schlechter Berufsausbildung. Der DS-Jugendfunk war da – und sagt dir in drei Minuten, was dort Sache war. Oder in Karl-Marx-Stadt wurde der Jugend die Produktion elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in eigener Regie übergeben. Als Jugendobjekt. Der DS-Jugendfunk war da. Und nach einigen Minuten wird dir vielleicht klar, wieviel Vertrauen dir dein Lehrherr entgegenbringt, indem er dich ständig persönliche Botengänge erledigen lässt. Während zur selben Minute Kumpel Fritz, der haargenau so alt ist wie du und den gleichen Beruf erlernt – bloß eben östlich der Elbe – seine Finger an einen Computer legt.

Natürlich gehts nicht nur um die Maloche, wenn der Jugendfunk unterwegs ist. Es geht praktisch um alles: um Gabi Seyfert und ihre Schlittschuhe, um Manfred Krug und die Hitparade, um den Studenten und die Hochschulreform, um den Arbeiter und die Mitbestimmung, um den Schüler und das Abitur und auch mal um die Frage, ob Schafe rechteckige Pupillen haben (glaubt mir, die haben tatsächlich). Rundherum: ein Jugendsender mit eigenem Programm für junge Leute!

Völlig klar, bei denen mußte einmal die Antenne testen. Und zwar an Ort und Stelle: Berlin, Hauptstadt der DDR, Nalepastraße. Hier im DDR-Rundfunk-Zentrum hat auch der Jugendfunk sein Domizil. Eine Mannschaft von zehn Redakteuren, die unter Leitung von Alfred Fleischhacker (46) ebenso selbstständig wie selbstbewußt an neuen Ideen knobeln. Für einen Rundfunksender eine junge Truppe – für einen Jugendsender genau die richtige Truppe.

Für den Fall, daß ihr ihre Namen im DS-Jugendfunk hört, hier eine kurze Vorstellung mit ihren Redaktionsbereichen: Monika Röbsteck (27), Musik; Gudrun Kieser (28), Literatur, Theater, Kunst; Heiner Noske (29), Wissenschaft; Martin Wagner (35), Recht, Politik, Hochschulen in der Bundesrepublik; Bärbel Ruden (31), Hochschulen in der DDR; Dagmar Förster (26), Bildung; Klaus Lange (44), Arbeiterjugend; Christel Seiffert (32), Hörerfragen; Monika Freyer (28), Redaktionsassistentin. Und als Sprecher gehört dazu Hans-Joachim Thieme.

Vielfalt der Beiträge, Vielfalt der Formen – das ist ihr Erfolgsrezept. Jugendfunk-Chef Alfred Fleischhacker: „Wir wenden uns besonders an Lehrlinge und junge Arbeiter, an Schüler und Studenten, an die Arbeiterjugendorganisationen und jungen Gewerkschafter in der Bundesrepublik. Nicht um uns in ihre Angelegenheiten einzumischen. Unsere Absicht ist es, den jungen Leuten in der Bundesrepublik

ein wahres Bild über die sozialistische Gesellschaftsordnung der DDR zu vermitteln. Gleichzeitig möchten wir ihnen ein Forum des Meinungsaustausches bieten für den Kampf um eine sichere Zukunft gegen die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung. Wir wollen mit unseren Sendungen den Hörern in der Bundesrepublik auch zeigen, welche umfassenden Möglichkeiten die junge Generation in der DDR zur allseitigen Entwicklung ihrer Persönlichkeit hat. Daß unsere Sendungen in der Bundesrepublik gehört werden, beweist die große Zahl von Briefen, die wir erhalten.“

Wann hört man was im DS-Jugendfunk? Top-Sendung ist das Hörmagazin „Junge Leute heute“, jeden Samstag von 14 bis 17 Uhr (Wiederholung montags 12 – 14 Uhr). 180 Minuten. Davon zwei Stunden Musik. Die restliche Stunde besteht aus 12 bis 14 kurzen Textbeiträgen aus dem Jugendleben. Das ganze gut vermischt ergibt ein duftes Hörmagazin.

Mittwochs regelmäßig von 16.05 Uhr bis 16.30 Uhr läuft „P 14“. Eine Sendung mit Antworten auf Hörerbriefe und aktuelle Beiträge (Wiederholung freitags 11 Uhr). Und bereits morgens zum Frühstück läuft der erste Jugendbeitrag: werktäglich um 6.15 Uhr.

Außerdem bietet der Jugendfunk eine breite Skala unregelmäßiger Beiträge. So Porträtsendungen über den Sportler Wolfgang Nortwig und den Schriftsteller Hermann Kant.

Die Redaktionskonzeption sieht für die kommenden Monate folgende Schwerpunkte vor: Recht auf Mitbestimmung (März), Recht auf Bildung (April), Recht auf Erholung (Mai), Mitbestimmung nur auf dem Papier? (Juni), Freizeit zum Totschlagen? (August), Berufe mit Zukunft (September). Na, wie wäre es mit einer Entdeckungsreise auf den Wellenlängen des DS-Jugendfunks? Vielleicht schon am nächsten Samstag um 14 Uhr?

Hans-Jörg Hennecke



Alle: Immer mal wieder und überall eine Redaktionssitzung

Sprecher Hans-Joachim Thieme: Drei Stunden Samstag-Klausur.



Auf diesen Wellenlängen ist der DS-Jugendfunk zu hören:
Langwelle: 185 kHz; Mittelwelle: 728 kHz, 782 kHz, 692 kHz;
UKW: 94,2 MHz, 95,25 MHz, 96,6 MHz, 96,9 MHz, 97,05 MHz,
97,15 MHz, 97,4 MHz, 97,65 MHz, 96,65 MHz, 97,25 MHz, Kurzwelle: 6115 kHz, 7185 kHz.



5 MZ-Siege bei den Six Days, der schwersten Motorradgeländeprüfung der Welt, sprechen eine eindeutige Sprache. Dieser sechsfache MZ-Triumph beim Kampf der internationalen Elite des Motorradgeländesports um die F.I.M.-Welttrophäe, errungen in ununterbrochener Folge von 1963 bis 1967, ist ein überzeugender Beweis für das hohe technische Niveau und die Zuverlässigkeit der MZ-Maschinen.

MZ

**VEB
MOTORRADWERKE
ZSCHOPAU**



blätter

FÜR DEN JUGENDLEITER

WBDJ im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt

Ein Porträt des größten internationalen Zusammenschlusses der Jugend / Von Gennadi Janajew, Vorsitzender des Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR

„Wir werden für die Einheit der Jugend aller Rassen, aller Hautfarben, aller Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse kämpfen... Wir werden für die tiefgreifende und aufrichtige Freundschaft der Völker für einen gerechten und dauerhaften Frieden, für die Ausmerzung von Not und Arbeitslosigkeit kämpfen.“

Diese Worte wurden vor 24 Jahren in dem riesigen Saal der Londoner Albert Hall ausgesprochen, als 437 Delegierte aus 64 Ländern den Beschuß faßten, den Weltbund der demokratischen Jugend zu gründen.

Es war nicht einfach, diesen internationalen Jugendverband organisatorisch zu festigen. Das gelang nicht sofort. Vor dem zweiten Weltkrieg waren alle Versuche der Friedenskräfte, die Jugend zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Gefahr zusammenzuschließen, erfolglos geblieben. Erst während des Krieges begann sich endlich eine Einheitsfront der demokratischen Jugend herauszubilden.

Heute vereint der WBDJ etwa 200 Jugendorganisationen aus 96 Ländern aller Kontinente. Derzeit ist der WBDJ die repräsentativste internationale Massenorganisation der Jugend.

Der WBDJ nimmt zu allen aktuellen Problemen in der Welt Stellung. 1967 fand auf Cypern ein internationales Seminar zu dem Thema „Über den Kampf der Jugend gegen die Militärpakte und die Stützpunkte im Raum des Nahen und Mittleren Ostens“ statt. Eine Sondersitzung des Exekutivkomitees des WBDJ, die im Zusammenhang mit der israelischen Aggression gegen die arabischen Länder einberufen wur-

de, und eine internationale Konferenz in Conakry für Solidarität mit der Jugend der portugiesischen Kolonien sind weitere Beispiele.

1968 wurde in Ulan-Bator ein internationales Seminar über die Beseitigung des Analphabetentums abgehalten; in Montevideo fand ein Treffen der Jungarbeiter Lateinamerikas statt.

Eines der aktuellsten Probleme unserer Zeit ist die Gewährleistung der europäischen Sicherheit. Dieses Problem berührt nicht nur die Lebensinteressen der Völker des europäischen Kontinents, sondern die der ganzen Welt. Der WBDJ zeigt für eine raschste Lösung des Problems ständiges Interesse. Im September 1967 führte er ein Treffen der europäischen Jugendorganisationen durch, dessen Teilnehmer das faschistische Regime in Griechenland verurteilten und sich für die Liquidierung der Militärblöcke in Europa aussprachen.

In diesem Jahr verkündete der Weltbund eine Kampagne der Jugend gegen die NATO. Der zwanzigjährige Bestand dieser Organisation hat nicht nur das politische Klima und die Perspektiven einer Festigung des Friedens in Europa verschlechtert, sondern auch die Last der Rüstungsausgaben, die sich auf die Schultern der Werktätigen legte, wesentlich vergrößert. Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen die NATO, Maßnahmen für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Organisierung einer Jugendkonferenz zu den Problemen der europäischen Sicherheit, Vorbereitung zur Durchführung von Manifestationen anlässlich des 25. Jahrestages des Sieges über

meinen Zügen das Programm der untausend Kampagne, die vom WBDJ heute durchgeführt wird.

Die Jugendbewegung unserer Tage widerspiegelt die in der Welt vor sich gehenden gesellschaftlichen Prozesse in ihrer ganzen Tiefe, Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit. Die scharfen politischen Krisen um die Mitte unseres Jahrhunderts ließen keine Passivität der jungen Generation zu. In der Aktivität der Jugend zeigt sich immer klarer die sozialpolitische Richtung. Von verrückten Tänzen der Teenager und den nihilistischen Protesten der Hippies geht die Jugend zum ernsten Kampf gegen die Grundfesten des Imperialismus über. „Vor weniger als einem Jahrzehnt sprachen alle von einem Schweigen der Studenten angesichts der akuten nationalen und internationalen Probleme.“ schreibt der amerikanische Soziologe K. Keniston. „Selten wurde sie so rasch von einer demonstrativen Aktivität, von einem so scharfen Protest abgelöst.“

Besondere Aufmerksamkeit schenkt der WBDJ der Festigung der Jugendsolidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes. Zu diesem Zweck organisierte er die internationale „Solidaritätskarawane“ – eine Kampagne zum Sammeln von materiellen Mitteln als Hilfe für Vietnam. Im Oktober 1967 wurde in Chile ein internationales Meeting der Solidarität mit Vietnam abgehalten. 1968 trat der WBDJ mit der Initiative auf den Plan, eine Weltkampagne von Jugendaktionen für den Sieg des vietnamesischen Volkes, für Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden durchzuführen. Der Weltbund veranstaltete einen internationalen Monat „1000 Manifestationen zur Unterstützung Vietnams“, sammelte Geldmittel und entsandte den „Solidaritätszug“ mit Waren nach Vietnam, die Jugendorganisationen auf Biten der vietnamesischen Genossen gekauft hatten. An dieser Kampagne beteiligten sich 141 Jugendorganisationen aus 62 Ländern.

Das Hauptziel des WBDJ besteht darin, die ihrem Charakter und der Form nach unterschiedlichen Beweise der Solidarität mit Vietnam in den verschiedensten Schichten der Jugend zu koordinieren und zu vereinen. Heute beteiligen sich an dieser Bewegung mehr als 190 Organisationen aus 84

Es gibt viele Möglichkeiten

Gute Ideen

12. Febr. 70

Ländern. Etwa 30 Prozent davon sind keine Mitglieder des WBDJ. Das bestätigt ein weiteres Mal, daß in der fortschrittlichen Jugendbewegung, ungeachtet der Mannigfaltigkeit der von der Jugend aufgeworfenen Forderungen, einer Mannigfaltigkeit, die durch ihre soziale Ungleichartigkeit und Beeinflussung durch verschiedene ideologische Strömungen hervorgerufen wird, immer eine Basis besteht für Solidarität, für den gemeinsamen Kampf der Jugend aller Länder und Kontinente.

Der WBDJ zieht nicht nur die Jugend zur Lösung der wichtigsten politischen Gegenwartsprobleme heran, sondern verstärkt auch seine Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen und ökonomischen Rechte der Jugend. Berufsausbildung, Bildungswesen, Arbeitslosigkeit der Jugend, Automatisierung, Probleme der Freizeitgestaltung und kulturellen Betätigung, Probleme der Bekämpfung von Analphabetentum und Elend – alle diese Fragen stehen, abhängig von Ländern und Kontinenten, in verschiedener Schärfe auf der Tagesordnung.

Es naht die 100. Wiederkehr von W. I. Lenins Geburtstag. Dieses Datum wird von der ganzen fortschrittlichen Menschheit gewürdigt, denn mit Lenins Namen hängen die wichtigsten Ereignisse zusammen, die in unserem Jahrhundert ihre Spuren hinterließen, in der Menschengeschichte ihren Platz einnehmen. Im theoretischen Erbe Lenins und in seinen Taten aber findet die fortschrittliche Jugend der Welt die Antwort auf die aktuellen und komplizierten Fragen der Gegenwart.

Ein Komplott der Militaristen in Uniform

Schnez & Co. wollen alles militarisieren / Von Wilhelm Schwettmann

Sie machen immer mehr von sich reden: Die eingefleischten Militaristen in Uniform! Vor Monaten forderte der bisherige Vizeinspekteur des Heeres, Grashey, der Bundeswehr endlich die „Maske“ vom Gesicht zu nehmen, die man zeitweilig zur Täuschung von Wiederbewaffnungsgegnern zu tragen gezwungen gewesen sei, bzw. um vor der damals wenig bundeswehrfreundlichen SPD schön zu tun.

Jetzt aber meldet sich der Chefmilitär des Heeres, Inspekteur Schnez, selbst zu Wort. Gleich zweimal. Und unter „Streng geheim“.

Das eine als „Geheimdokument mit Sprengsätzen“ bekanntgewordene Generalswerk

Nachbemerkung der Redaktion:

Nachdem wir in elan 1/2-1970 über die Kommunistische Jugendinternationale berichtet haben, die mit dem Zweiten Weltkrieg zu bestehen aufhörte, informieren wir mit dem WBDJ-Portrait von Gennadi Janjaw über den größten Zusammenschluß der Jugend, der jemals bestand. Der WBDJ setzt sich aus kommunistischen, sozialistischen und radikaldemokratischen Jugend- und Kinderorganisationen zusammen. Nachdem sich Zusammenschlüsse wie Weltjugendversammlung (WAY, Sitz Brüssel) und Internationale Union der Sozialistischen Jugendorganisationen (IUSY, Sitz in Wien) von ihren Krisen im Gefolge von engen Kontaktten mit dem US-Geheimdienst CIA nie so recht erholten, wächst das Ansehen des WBDJ. Anfang Januar fanden erstmals offizielle Verhandlungen der Europa-Kommission des WBDJ mit dem Europäischen Jugendrat (CENYC, Sitz Brüssel), eines Zusammenschlusses zahlreicher Jugendorganisationen aus der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern, statt.

Aus der Bundesrepublik gehört gegenwärtig keine Jugendorganisation dem WBDJ an, jedoch unterhält die SDAJ gute Kontakte zum Weltbund. Eine Delegation des WBDJ nahm am 2. Bundeskongress der SDAJ im Dezember 1969 in Dortmund teil. Wer sich über den WBDJ näher informieren will, kann die Zeitschrift „Weltjugend“ (per Adresse: Weltbund der Demokratischen Jugend, Budapest II., Ady Endre utca 19, Ungarn) anfordern, die auch in deutscher Sprache erscheint.

tierter Aktion auf die Griechenland-Tour spekuliert.

Die Bonner Militärkaste peilt eine „Reform an Haupt und Gliedern, an Bundeswehr und Gesellschaft“ an, die vorab nicht weniger als 30 (dreißig) Änderungen an Grundgesetz, Gesetzen und Verordnungen zur beschleunigten und radikaleren Militarisierung der BRD verlangt, mit dem „Ziel, die Übel an der Wurzel zu packen“. (Zitate aus der „Studie“)

Schnez – Lieferant für Kanonenfutter

Schnez – das ist jener Mann, der als ehemaliger Hitleroffizier in den letzten Kriegsjahren andere Offiziere bespitzelte oder bespitzeln ließ und einen Offizierskollegen bei den Nazis deshalb denunzierte, weil er sich zum Widerstand des 20. Juli 1944 bekannte. „Panorama“ bewies dies.

Dieser Edelmann entwickelt als eine Erziehungsleitlinie für die Jugend folgendes: „Der Geist der Kameradschaft, der in den guten Kampfbataillonen und Kompanien des letzten Krieges herrschte, ist mir immer noch Vorbild“.

Der „Geist des letzten Krieges“ beherrscht diesen Militaristen und seine Schreibe. Ist das nicht jener aggressive Kampfgeist, mit dem die Nazis halb Europa überfielen, es unterjochten und damit begannen, ganze Völker „auszuradieren“, wie es Hitler wünschte? Der Geist, auf dessen Konto auch die Liquidierung von Lidice und Oradour geht? Oder ist der Durchhaltegeist der Hitlergeneralität vergessen, der Hundertausende von Jungen verbluten ließ in Stalingrad, in den Ardennen oder vor den Toren Berlins? Den Geist der Nazizeit anzurufen heißt, die Schandtaten des Schnez-Kameraden Bundeswehr-General Molinari auch noch nachträglich gutzuheißen, der wie erst vor kurzem bekannt wurde, beim Rückzug seiner Truppe Hunderte französischer und belgischer Zivilisten im Ort Vivier-au-Court umbringen ließ. Man muß schon sagen: Die nazistische Überzeugung bei Schnez und seinesgleichen sitzt tief!

Die reaktionäre Tradition – Bestandteil der militaristischen Formierung

Die politische und militärische Führung der BRD habe „sich klar und deutlich zur deutschen Soldatentradiiton“ zu bekennen, schreibt Schnez, fordert das Generalkorps. Darin ist inbegriffen die militärische Überlegung: „Die Tradition einer Armee entsteht im Felde oder gar nicht.“ (So Axel Springer's Militärfachmann von Studnitz.) Sie schließt in erster Linie die Tradition gesellschaftlicher Reaktion ein.

Die „damalige soldatische Erziehung“ im Nazireich sei „nach wie vor sachgemäß und erfolgreich“. Der dies sage ist kein geringerer als der für das Erziehungs- und Bildungs-



Abonnenten-Werbung

Springer
zu bekämpfen...

... ja lieber Leser,
und eine Möglichkeit ist, die linke Jugendpresse stark zu machen. Genaugesagt: elan zu helfen!
Wir meinen, eine demokratische Gegenpresse, die sich als ständige Aktion gegen die herrschenden Meinungsmanipulatoren versteht, kann eine wirksame Waffe sein. Dazu ist es erforderlich, daß der einzelne Leser nicht nur sein Exemplar des „elan“ liest — konsumiert! — und dann das Gelesene für sich behält. Was wir brauchen ist die Mitarbeit der Leser — Mitarbeit in jeder Hinsicht. Denn in der linken Gegenpresse müssen Nachrichtenbeschaffung, die Enthüllung empörender Tatsachenbestände und auch die Verbreitung der Zeitschrift das gemeinsame Werk der Redakteure und der Leser sein.

So wird aus der linken Pressearbeit ein Stück Selbsttätigkeit der Jugend und ein Stück Kampf gegen Springer!
Für diese Selbstständigkeit junger Arbeiter, Lehrlinge und Schüler könnten wir mit dem elan zahlreiche Beispiele aufzeigen. Dafür danken wir unseren Lehrern.

Wir danken für die vielen Informationen und Artikel, die Ihr uns gesandt habt. Eine kleine Redaktion hat nur dann einen guten Überblick, wenn tausende Leser mithelfen.

Wir danken für die vielen Spenden und für die Geschenkabonnements, die ältere Freunde finanziert haben. Und wir danken den zahlreichen Jugendgruppen und einzelnen Freunden, die elan offensiv verbreiten, d.h. ständig Abonnements werben und den Weiterverkauf in ihren Städten und Betrieben organisieren.

Wir möchten alle Leser bitten, gleichfalls für ihre Zeitschrift aktiv zu werden. Sagt uns Eure Meinung zum elan und helft mit Kritik. Schreibt uns die Informationen, die uns fehlen. Werbt neue Leser und verkauft Einzelexemplare. Und geht Eure Onkel und Tanten um eine Spende für die weitere Entwicklung Eurer Zeitschrift an. Das Postscheckkonto: Weltkreis-Verlags GmbH, Sonderkonto elan PSchk. Frankfurt/M. 774 36.

Kölner Freunde haben sich einen Kampfauftrag für die elan-Verbreitung gestellt (siehe nebenstehenden Brief). Sie rufen zum Wettbewerb auf. Macht alle mit.

Herzlichst
Euer

(Ulrich Sander)
Redaktion elan

Das gute Beispiel: Aufruf zum Wettbewerb!

Liebe „elan“-Kollegen!

In diesem Jahr ist die 100. Wiederkehr des Geburtstages von W. I. Lenin.

Ein Datum, ein Gedenktag wie andere? Eine Pflichtübung für Sozialisten? Wohl kaum!

Dann wäre auch die Sowjetunion ein Staat wie jeder andere auch, und nicht das erste Land der Erde, in dem Ausbeutermacht durch Arbeiter- und Bauernmacht endgültig abgelöst wurde und mit dessen Existenz eine neue historische Epoche eingeleitet wurde.

Und daß W. I. Lenin daran nicht ganz unbeteiligt war, hat sich mittlerweile bis in den letzten Winkel herumgesprochen.

Dies ist der wichtigste (wenn auch längst nicht der einzige) Grund, warum das Datum des 100. Geburtstages Lenins für uns junge Sozialisten ein besonderes ist.

Lenin ist gerade in diesem Jahr Auftrag für uns!

So wird unsere Gruppe während des ganzen Jahres 1970 u. a. einen Lenin-Arbeitskreis durchführen, in dessen Rahmen wir verschiedene Aktivitäten vorgesehen haben, um die Bedeutung Lenins für Sozialismus, Demokratie und Frieden vor allem unter der Arbeiterjugend bekannt zu machen. Darüber hinaus haben wir uns im Lenin-Jahr zur Aufgabe gemacht, die Zeitschrift, welche unsere Interessen am ehrlichsten und konsequentesten vertritt, nämlich „elan“ dadurch zu stärken, daß wir ihren Abonnentenkreis vergrößern.

Unser Ziel: 100 Jahre Lenin 1970 = 100 neue Abonnenten 1970 für „elan“.

Zum Schluß noch einen Tip: wie wäre es mit einem kleinen Wettbewerb zur „elan“-Werbung, den Ihr mit einem Preis für die Gruppe (Gewerkschaften, SDAJ, Naturfreunde, Clubs, usw.) mit den meisten Neuabonnementen anregen könntet?

Eure SDAJ-KÖLN
i. A. Eva-Maria Bubenberger

So sieht der Wettbewerb um die Verbreitung des elan aus:

Für die Werbung neuer Abonnenten werden folgende Prämien ausgeschrieben:

1 Abo: Liederheft „Vorwärts und nicht vergessen“ und „Trotz alledem“ — ein Liebknecht-Luxemburg-Report

2 Abos: K. H. Reichels „Wie macht man Kriege“, oder ein anderes interessantes Buch

5 Abos: 1 Langspielplatte aus dem Angebot der Firmen „Le Chant du Monde“, Amiga, Litera oder Aurora

10 Abos: Ausgewählte Werke in 3 Bänden von W. I. Lenin bzw. Marx/Engels

20 Abos: Bertolt Brecht — Gesammelte Werke in 20 Bänden

Den besten Einzelverkäufern (und Gruppen von Einzelverkäufern) winken selbstverständlich neben dem Rabatt von 30 v. H. wertvolle Preise, die am Jahresende ausgegeben werden. Wir werden darüber berichten.

Benutzt den nebenstehenden Bestellschein. Schickt ihn an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Bestellschein

An die
Weltkreis-Verlags-GmbH.
46 Dortmund
Brüderweg 16

Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch mindestens für ein Jahr, das Magazin für junge Leute „elan“ (Jahresabonnement einschl. Zustellgebühr DM 13,—*)

Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, _____ Exemplare des „elan“, mindestens jedoch 3 Stück, zum Weiterverkauf (Preis DM 0,70 je Exemplar *)

Name: _____ Vorname: _____

Wohnort: _____ Straße: _____

Alter: _____ Unterschrift: _____

Name und Wohnort des Werbers:

* Nichtzutreffendes bitte streichen.

Wir testen elan! elan testet seine Leser!

Bitte diesen Testbogen ausfüllen und an die Redaktion elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16, senden!

Die Redaktion wird den elan-Test gründlich auswerten, das Ergebnis veröffentlichen und es selbstverständlich der künftigen Redaktionsarbeit mit zu Grunde legen.

Bestimme mit beim elan! Nimm teil am Test!

Absenderangaben:
(brauchen nicht unbedingt ausgefüllt zu werden)

Name: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

1. Dieses Exemplar habe ich am Kiosk / in der Buchhandlung gekauft
 ich bin Abonnent
 als Werbeeexemplar erhalten
 bei Freunden gelesen
 bei einem elan-Wiederverkäufer gekauft

6. Von den ständigen Einrichtungen des elan gefallen mir besonders gut schlech
Fundsachen
Lieber Leser
Unternehmer-Sündenregister / Lehrlinge in Aktion
Blätter für den Jugendleiter
Monats-Magazin
Songmagazin
Film
Letzte Seite
Titelbild
die graphische Gestaltung des elan

2. Ich finde, elan bringt zuviel Politik
 zuwenig Politik
 die richtige Mischung

7. Dieser Artikel hat mir in der letzten Zeit besonders gut gefallen:

3. Von den Titelseiten des elan gefiel mir am besten
a) Nr. Jahrgang
b) Nr. Jahrgang
c) Nr. Jahrgang

4. Ich finde elan ist
 interessant
 angriffslustig
 objektiv
 frech
 gründlich
 informativ
 modern
 engagiert
 langweilig
 ängstlich
 einseitig
 trocken
 oberflächlich
 nicht informativ
 unmodern
 zu objektiv

Dieser Artikel gefiel mir nicht

8. Ich bin Mitglied der
 Gewerkschaftsjugend
 Naturfreundejugend
 SDAJ
 SJD — Die Falken
 DAG-Jugend
 CAJ

9. Wie alt bist Du?
 unter 16 Jahre
 16–18 Jahre
 19–21 Jahre
 22–25 Jahre
 26–30 Jahre
 über 30 Jahre

10. männlich weiblich

11. verheiratet ledig

12. Mein Beruf:
 Lehrling
 Facharbeiter
 angelernter Arbeiter
 ungelernter Arbeiter
 Angestellter
 Beamter
 selbständig
 Landarbeiter
 Bauer
 Schüler
 Student
 Hausfrau
 o. z. arbeitslos

13. Weitere Bemerkungen zum elan siehe nächste Seite.

Meine Meinung: elan müßte doch mal berichten über....

An die Redaktion des
elan
Magazin für junge Leute
46 Dortmund
Brüderweg 16

Liebe Redaktion!

Ich bin _____ Jahre alt, von Beruf _____ ich arbeite in dem Betrieb _____ und bin Mitglied der Organisation _____ *)

Darüber müßte elan einmal berichten:

*) Mit dieser Briefvorlage kann jeder Leser eine Information, einen Themenvorschlag oder einen Artikel bzw. einen Leserbrief an die Redaktion senden. Angaben über Alter, Beruf, Betrieb und Organisation können selbstverständlich entfallen. Es kommt auf die Mitarbeit an der Zeitschrift an. Benutzt dazu diesen Bogen. Wer den Test auf der Rückseite anonym mitmachen möchte, benutze bitte einen neutralen Bogen für seinen Brief an den **elan**. Danke — Die Redaktion.

(Unterschrift)

Absender:

wesen der Bundeswehr verantwortliche General Karst.

Für das Offizierskorps fordern die Kreise um Schnez in der Studie den „Esprit de Corps“, den militärischen Korpsgeist, wie er für die reaktionären Armeen des kaiserlichen Preußens und der Nazis typisch war, mit der traditionellen Überheblichkeit und Abenteuerlichkeit des deutschen Militarismus, mit der Traditionspflege, die sich auf „Helden“ imperialistischer Raubkriege orientiert.

Die Tradition des Kadavergehorsams

Die militärischen Hoheiten sprechen sich klar für Verschärfung des Kommissdrills, für die Überwindung jeder Gewissensregung bei dem Soldaten aus und streben die Disziplinierung der Jugend im militaristischen Sinne an. In der Studie steht: „Die Erziehung zur Disziplin wird schwerpunktmäßig durch Steigerung des Gefechtsdrills und durch eine stärkere Betonung der soldatischen Ordnung verbessert“ („Spiegel“, 5.1.1970)

Als „Hilfsmittel der Disziplinierung“ sollen die Kasernierungsschikanen erweitert werden, mittels Urlaubssperre, Nacht- und Sonnagsdienst, „verschärftem Arrest“ usw. Andersdenkenden, die von ihren Rechten Gebrauch machen, soll „entschlossenes und hartes Durchgreifen“ entgegengesetzt werden. Jede politische Betätigung der Gezogenen, die nicht dem Willen der Militaristen entspricht, soll unterbunden werden können. „Antiautoritäre“ oder, böswillig renitente“ Soldaten gehören nach Schnez in Strafbataillone – Sondereinheiten nennt er sie – um sie Mores zu lehren und zu besseren Einsichten zu zwiebeln.

Die abschreckende Wirkung solcher „Sondereinheiten“ richtet sich wohlweislich gegen jedermann. „Schon die Tatsache ihres Bestehens könnte der Disziplin allgemein dienen.“ (Schnez)

Die sogenannte Studie der Bundeswehr-Generalität entpuppt sich als ein Reglement der Ewiggestrigen, den Kadavergehorsam wie einst den Truppen einzubleuen. Kein Wunder: Dr. E. Klepsch, CDU/CSU-Sprecher, die „Deutschen Nachrichten“ der NPD, die „National-Zeitung“ klatschen freundlich Beifall für Schnez. Und „Bild“? „Bild“ am 6.1.1970: „Eine Studie, in der sehr viel Vernünftiges steht.“

Generalität drängt nach oben

Die in beiden geheimen Dokumenten entwickelten Forderungen und Zielvorstellungen laufen auf eine stärkere Verselbständigung der Bonner Militärmacht sowie auf größere Einflußnahme der Militärs auf staatliche und gesellschaftliche Entwicklungen hinaus. Wesentliche Ziele der „Reform“ der Militaristen in Uniform bestehen darin:

- * Die BRD soll stärker vom „Ordnungsfaktor Bundeswehr“ geprägt werden.

- * Die Wehrbereitschaft des ganzen Volkes wird angestrebt. Ein vom Antikommunismus strotzendes, „in allen Ebenen verständliches Kriegsbild“ soll verbreitet werden.

- * Beseitigung ziviler Einflüsse auf die Bundeswehr. Entscheidende Erhöhung der Befehls-, Kommando- und Disziplinargewalt der Militärs, Ausweitung der Militärgerichtsbarkeit, Kriegsgerichte für Bundeswehrangehörige.

- * Reaktionäre Formierung der Soldaten. Eindeutige Bekenntnisse „zur deutschen Soldatentradition“, Heroisierung von Mördern in Uniform, Konservierung nazistischen Gedankengutes. Forcierte Vorbereitung der Soldaten auf die Rolle als Kanonenfutter.

- * Ausbau von Gesinnungsschnüffelei, geistigen und physischen Terrors.

Logisch: Von der Bundesregierung fordert Schnez schneilstens den Erlaß von Durchführungsbestimmungen zu den Notstandsdiktaturgesetzen.

Helmut Schmidt-Schneze gegen die Wählererwartungen

Der neue zuständige Minister, Helmut Schmidt, der ebenfalls eine „Modernisierung und Reform der Bundeswehr“ betreibt, stellt sich schützend vor Schnez, dessen Geheimunterlagen er für diskussionswürdig hält. Außerdem ist Helmut Schmidt auf dem besten Wege, auch offen darzustellen, was das sogenannte Verteidigungsministerium dem Wesen nach ist, nämlich: Ministerium zur Verteidigung der Interessen des Rüstungskapitals! Helmut Schmidt hat sich bekanntlich Ernst Wolf Mommsen ins Ministerium geholt und damit einen der ent-

scheidenden industriellen Rüstungsprogrammierer gesichert, der schon unter Hitler, wie er der „Welt“ selbst erzählte, „in den letzten Kriegsjahren die ganze eisenverarbeitende Industrie zu steuern hatte.“

Das Treiben der Militaristen in Uniform ist die permanente Verschwörung gegen demokratische Entwicklungen, gegen gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die psychologische Kriegsführung in der Truppe richtet sich gegen den Leitgedanken „für Frieden und Sicherheit“.

Es ist an der Zeit, im fortschrittlichen Sinne Bestandsaufnahme bei der Bundeswehr zu machen, Überprüft und geändert werden muß das ganze Konzept der Bundeswehr. Auf einem Jugendforum in Hamburg wurde gefordert, Gedanken einer wirklichen demokratischen Wehrpolitik öffentlich zu diskutieren. Die Jungsozialisten, SDAJ und andere fordern die Entlassung solcher Militaristen wie Schnez. Es gibt aus verschiedenen Kreisen Vorschläge für konkrete Abrüstungsschritte, für die sofortige Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages, für die Teilnahme an einer europäischen Sicherheitskonferenz ohne Vorbedingungen. Weitere Grundgedanken einer demokratischen Wehrauffassung sind u.a.:

- Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa
- Völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der DDR
- Verzicht auf Massenvernichtungsmittel
- Unterbindung jeglicher nazistischer und Revanchepropaganda.

Eine den Wählererwartungen dienende Wehrpolitik muß also demokratischen Überlegungen und somit auch dem Abbau aller Erscheinungen und Folgen der Militarisierung des öffentlichen Lebens verpflichtet sein.



Informationen

EIN "BUND JUNGER ARBEITER FÜR DIE BEFREIUNG" wurde Anfang Februar in Chicago gegründet. An die Spitze des der KP der USA nahestehenden Jugendverbandes wurde der 27-jährige farbige Arbeiter Jarvis Tyner gewählt.

MIT DDR-MINISTERPRÄSIDENT WILLI STOPH soll Bundeskanzler Willy Brandt verhandeln. Das fordern Jugendverbände der BRD, nachdem der Stoph-Brief an Brandt bekannt wurde. Der Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten betonte zu diesen Verhandlungen: "Die totale Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik und die Respektierung des völkerrechtlichen Selbstvertretungsrechts der DDR ist Voraussetzung aller Verhandlungen." Der Bundesvorsitzende der SDAJ, Priemer, telegraфиerte an Brandt: "Lassen Sie sich nicht von Strauß und Springer unter Druck setzen." Verlag und Redaktion des elan schrieben in einem Telegramm an die Bundesregierung: "Willy soll mal mit Willi reden! Über den Vertragstext der DDR. Über völkerrechtliche Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Über Frieden in Europa. Zu oft wurden von westdeutschen Kanzlern Chancen vertan. Nun heißt es zupacken."

DIE BAYERISCHE CSU WILL DEN VOLKSENTSCHEID VERZÖGERN, der zur Herabsetzung des Wahlalters in diesem Bundesland führen soll. Erst mit den Landtagswahlen am 22. November 1970 soll der Volksentscheid erfolgen, so daß die Jugendlichen ab 18 Jahren zu diesen Wahlen noch kein Wahlrecht erhalten. Gegen diese Pläne der Strauß-Partei protestierten die bayerischen "Falken", nach deren Ansicht die Haltung der CSU erneut deutlich mache, daß diese Partei nicht bereit sei, die junge Generation an wichtigen politischen Entscheidungen mitzuwirken zu lassen. In der Erklärung der SJD — Die Falken wird die Frage aufgeworfen, ob die CSU einen Volksentscheid vor den Landtagswahlen verhindern wolle, weil sie befürchte, daß durch die Stimmen der jungen Wähler ihre Machtstellung entscheidend beeinträchtigt werden könnte.

AUS ANLASS DES 25. JAHRESTAGES DER BEFREIUNG vom NS-Regime will die Gewerkschaftsjugend am 8. Mai 1970 eine Kundgebung mit internationalen Rednern veranstalten. Diese zentrale Veranstaltung der DGB-Jugend findet im Ruhrestspielhaus in Recklinghausen statt. Die Kundgebung schließt sich ein zweitägiges internationales Jugendseminar an.

GEGEN DIE LAGERUNG UND ENTWICKLUNG von bakteriologischen und chemischen Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik hat sich der Bundesjugendvorstand der DAG-Jugend ausgesprochen.

DIE IG-METALL-JUGEND und das "junge forum" Recklinghausen haben einen Plakatwettbewerb zum 8. Mai, dem 25. Jahrestag der Kapitulation Hitlers Deutschlands, ausgeschrieben. Junge Menschen bis 30 Jahre werden aufgerufen, ihren Kampf gegen Krieg und Faschismus plakativ auszudrücken und deutlich zu machen, daß nur Frieden und Demokratie die Existenz der Menschheit sichern. Teilnahmebedingungen und Wettbewerbsunterlagen können bei der Stadt. Kunsthalle Recklinghausen, Franz-Große-Perdekamp-Straße, angefordert werden.

IHRE VI. BUNDESSPIELE will die revanchistische Deutsche Jugend des Ostens vom 13. bis 17. Juni in Westberlin veranstalten. Die DJO-Spiele sehen sportliche und musicale Wettkämpfe sowie eine Überprüfung des Standes der verschiedenartigen revanchistischen Agitationsarbeit der DJO-Einheiten vor.

DIE ZAHL DER WEHRDIENSTVERWEIGERER STEIGT. Wie das Bundesverteidigungsministerium mitteilte, wurden 1969 insgesamt 14 374 Anträge gestellt. 1968 waren es 11 952. Die Zahl der Wehrdienstverweigerer, die während der Dienstzeit ihren Antrag auf Anerkennung stellten, ist von 3 495 im Jahre 1968 auf 2 507 im vergangenen Jahr zurückgegangen.

NACH DEN ERFOLGEN der linken Gruppen bei den Studentenschaftswahlen in Mainz, Bonn, Karlsruhe und Münster ist das Ende der als Gegenverband zum VDS entstandenen "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften" (ADS) beziehungsweise ein Aufgehen der ADS im VDS abzusehen.

EIN "EUROPAISCHES JUGENDWERK" wollen 14 Staaten der Kulturkonvention des Europa-Rates schaffen. Dadurch bleibt die Jugend der sozialistischen Länder von der Gründung ausgeschlossen. Einbezogen werden soll jedoch — das seien Pläne der Bundesregierung vor — das faschistische Franco-Regime Spaniens. Gegen die Teilnahme von Faschisten an einer Einrichtung, die der Demokratie und der Friedenssicherung dienen soll, haben die Gewerkschaftsjugend und die SDAJ scharf protestiert. Die SDAJ legte in einem Brief an den Deutschen Bundesjugendring, an deutsche und internationale Jugendverbände ihre Vorschläge für ein Europäisches Jugendwerk dar, "das ein Beitrag sein muß zur Europäischen Sicherheit". Die demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik werden aufgefordert, ihre Beschlüsse für die Friedenssicherung in Europa und gegen den Faschismus zur Grundlage einer jetzt dringend notwendigen inhaltlichen Diskussion über ein Europäisches Jugendwerk zu machen.

EIN VEBOTSANTRAG GEGEN DIE NPD IST GEGENWARTIG NICHT BEABSICHTIGT. Dies erklärte Bundesinnenminister H. D. Genscher namens der Bundesregierung.

DIE ZAHLUNGEN AN DEN VERBAND DEUTSCHER STUDENTENSHAFTEN, die von der alten Bundesregierung aus politischen Gründen verweigert wurden, müssen wieder aufgenommen werden! Diese Forderung erhoben die Jungsozialisten, der Sozialdemokratische Hochschulbund, der Liberale Studentenbund und die SDAJ.

PREISERHÖHUNGEN IN DEN JUGENDHERBERGEN sind ab 1. Januar in Kraft. Die Gebühren für Schülerübernachtungen wurden von DM 1,20 auf DM 1,50 und für Übernachtungen der Erwachsenen von 2,— auf 2,50 DM angehoben. In einigen Großstadttjugendherbergen liegen die Preise um weitere 50 Pfennige höher.

DIE DGB-JUGEND HAT ERNEUT DIE FORDERUNG nach einem gesetzlichen Anspruch auf jährlich 15 Tage bezahlten Bildungsurlaub erhoben. Der Bildungsurlaub soll nach den Vorstellungen des DGB-Bundesjugendausschusses sowohl für politische als auch berufliche Bildung gewährt werden.

DIE GRUNDUNG VON SCHULERGRUPPEN will die Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken verstärkt in Angriff nehmen. Die Schülerarbeit, so erklärt die Verbandszentrale, solle nicht auf die Gymnasien beschränkt bleiben, sondern auch auf Berufs- und Hauptschulen ausgedehnt werden. Die Kontakte zu den Lehrern sollen intensiviert werden.

Personalien

DER SDAJ-BUNDESVOORSTAND (37 Mitglieder) wählte auf seiner ersten Tagung einen geschäftsführenden Vorstand, dem angehören: Rolf Jürgen Priemer (Dortmund) als Vorsitzender, Wolfgang Gehrk (Hamburg), Dieter Keller (Mannheim), Walter Möbius (Mülheim/Ruhr) und Erwin Seel (St. Ingbert/Saar) als stellvertretende Vorsitzende sowie Harwart Prudlo (Bütten bei Peine) und Ulrich Sanders (Dortmund).

DER BUNDESAUSSCHUSS FÜR BERUFAUSBILDUNG, der entsprechend dem Berufsbildungsgesetz eingerichtet wurde, hat Maria Weber (50), Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, zu seiner Vorsitzenden gewählt.

KLAUS FLEGEL, Bundesvorsitzender der SJD — Die Falken, ist aus der Hauptamtlichen Tätigkeit für diesen Verband ausgeschieden, um die Leitung der neu geschaffenen Abteilung "Jugend und Bildung" beim Parteivorstand der SPD zu übernehmen. Den Falken-Vorsitz hält Flegel noch bis zum 24. Mai, der nächsten Bundesausschusssitzung seines Verbandes, inne.

Termine

- 16. März 1970
2. Jahrestag des US-Massakers von Son My. Tag des internationalen Protestes gegen die US-Kriegsverbrechen in Vietnam.
- 21./22. März 1970
Bezirkskonferenz Hessen-Süd der Jungsozialisten, Erbach/Odw.
- 22. März 1970
Wahlen zur Bürgerschaft (Landesparlament) in Hamburg
- 28. — 30. März 1970
Weltmobilisierungs-Konferenz zur Beendigung des Vietnam-Krieges, Stockholm
- 1. — 4. April 1970
Konferenz der Internationalen Falken-Bewegung (IFM), Düsseldorf
- 15. April 1970
Zentraler Vietnam-Tag unter dem Motto: "Amis raus aus Vietnam!"
- 22. April 1970
100. Geburtstag von W. I. Lenin
- 30. April 1970
Zentrale Mai-Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend/DGB, Hamburg
- 1. Mai 1970
Zentrales Treffen der DAG-Jugend, Bonn-Bad Godesberg. Thema: "Aspekte des Jahres 2000 — junge Angestellte in Europa"
- 8. Mai 1970
25. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation von NS-Deutschland: Tag der Befreiung — Veranstaltungen der DGB-Gewerkschaftsjugend, der SDAJ, der VVN u. a.
- 10. — 13. Mai 1970
4. Deutscher Jugendhilfetag, Nürnberg, Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge (AGJJ). Thema: "Kindheit und Jugend in der Gesellschaft"
- 11. — 14. Mai 1970
SPD-Bundesparteitag in Saarbrücken
- 23./24. Mai 1970
Bundesausschütttagung der SJD — Die Falken in Dietzenbach, Neuwahl des Bundesvorsitzenden
- 23./24. Mai 1970
Hungermärsche der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands (Hilfe für Entwicklungshilfe)
- 26. — 30. Mai 1970
Kongress des Leninschen Jugendverbandes der Sowjetunion KOMSOMOL, Moskau
- 26./27. Mai 1970
37. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes, Altenberg/Köln, Thema: Sexualpädagogik
- 1. — 14. Juni 1970
Internationales Lenin-Seminar der Jugend, Moskau
- 14. Juni 1970
Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland
- 15. — 17. Juli 1970
13. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock, während der Osiseewoche vom 12. — 19. 7. 1970
- 18./19. September 1970
10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie, Saarbrücken
- 23. — 25. Oktober 1970
Bielefelder Konferenz der SJD — Die Falken (Grundsatzdebatte zur Fortsetzung des Bundeskongresses von Dortmund 1969, Teilnehmer: erweiterter Bundesausschuß)
- 26./27. November 1970
38. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes

Ami go home!

Vor neuen Aktionen für Vietnam

Von Wolfgang Bartels

Der internationale Kampf für den Frieden in Vietnam geht weiter. Neue große Aktionen stehen bevor. In der Bundesrepublik ruft die Kampagne für Demokratie und Abrüstung auf, die Woche vom 16. März (dem Jahrestag des Massakers von My Lai) bis zum 22. März zu einer Vietnam-Aktionswoche zu machen. In allen Städten soll die Bevölkerung durch Informationsstände, Mahnwachen, Kranzniederlegungen, Fackelmärsche und Solidaritätsammlungen auf den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes aufmerksam gemacht werden.

Der 15. April wird in aller Welt ein Vietnamtag unter dem Motto "Amis raus aus Vietnam" sein.

Die Revolutionäre Provisorische Regierung der Republik Südvietnam hat eine Liste von den Artikeln zusammengestellt, die das Volk und die Kämpfer der FNL dringend brauchen. (elan erteilt darüber gern nähere Auskunft.)

Die SDAJ hat ihre Mitglieder und alle anderen Jugendlichen aufgerufen, einen Stundenlohn für die Nationale Befreiungsfront zu spenden.

Die Friedenskräfte in der Bundesrepublik verzeichneten jetzt einen Erfolg. Es ist gelungen, der Stimme des kämpfenden Vietnam auch in unserem Land Gehör zu verschaffen. Nachdem in den letzten Wochen mehrere Besuche von Delegationen der FNL und der Provisorischen Regierung am Widerstand des Außenministeriums gescheitert waren, hatte die "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" (sie wird von 18 Jugend-, Studenten-

und Friedensorganisationen, von 13 führenden JuSo- und Gewerkschaftsjugendfunktionären, von 14 Redaktionen und einer Reihe bekannter Persönlichkeiten getragen) erneut eine Delegation eingeladen.

Aus Vietnam war die Nachricht gekommen: Ein Mädchen hat das Massaker von My Lai überlebt. Die amerikanischen Soldaten haben meine 18 Familienangehörigen ermordet. Unter den Opfern waren auch meine Lehrer und Mitschüler."

Die Schilderungen der kleinen Vo Thi Lien werden zu einer Anklage gegen die grausame US-Soldateska, die selbst vor der Ermordung von Säuglingen nicht zurückgeschrecken. In My Lai sind 567 Menschen umgekommen, unter ihnen Mütter und 170 Kinder. Damals lautete die offizielle Version der US-Armee: Bei einer militärischen Operation im Gebiet von Quang Ngai konnten 128 Vietcong unschädlich gemacht werden.

Vo Thi Lien rufen zum weiteren Engagement für den Frieden in Vietnam auf: "Mein einziger Wunsch an Sie ist, daß kein weiterer US-Soldat nach Vietnam geschickt wird, damit in unserem Land wieder Frieden ist."

Ich bitte die Redaktion des "elan", den Lesern meine herzlichsten Grüße zu übermitteln. Ich bedanke mich bei Ihnen, liebe Freunde, für Ihre von Herzen kommende Unterstützung des Volkes und der Kinder in Südvietnam und wünsche Ihnen viele Erfolge in der Arbeit und im Kampf. Mit herzlichsten Grüßen! Vo Thi Lien

Chau nhì loc soan bao
"Flan" chuyen den eac ban
Sai chao tham hieu nhat
roi rat cam eac ban
da bit long ung hon han
dan va chiu nhi din nam
va cuoi cung xin chuc eac
ban co nhieu thanh tich
trong long lai va dai grand

Sai chao tham di guyet lam
vo chi dieu
vo chien
vo chien

AMIS RAUS AUS VIETNAM STOPPT DIE UNTERSTÜTZUNG DES US-KRIEGES IN VIETNAM DURCH DIE BUNDESREGIERUNG



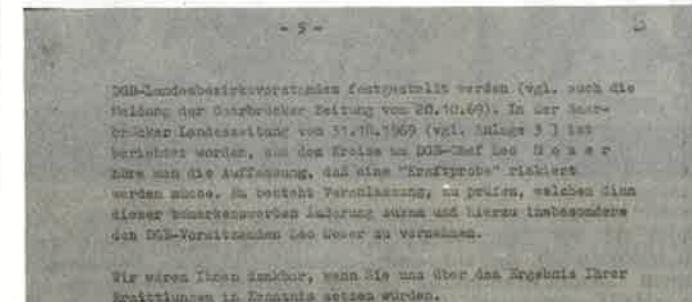
Eine braune Kumpanei

NPD-„Bürgeraktion“ im Saarland will Demokraten ans Leder

Von Werner Winter

Die Neonazis sind auf einen neuen Trick verfallen. Nachdem ja auch der letzte von ihnen bemerken mußte, welch gutes Ansehen die verschiedenen Bürgeraktionen gegen den Neonazismus in der ganzen Bundesrepublik genießen, fragten sich die NPD-Führer des Saarlandes: Warum soll man diesen guten Namen nicht zweckentfremden? Also grün-

Anzeige gegen Nazi-Gegner: Die letzte Seite der Anzeige mit den Unterschriften der Nazifreunde.



Wertheim/Bayern. 5000 Demokraten folgten dem Aufruf des DGB zur Demonstration gegen die Durchführung des NPD-Parteitages. Die Neonazis ließen sich in der Main-Tauber-Halle durch Stacheldrahtverhüte schützen. Während die Polizei gegen die Demonstration der Gewerkschafter vorsorglich Hubschrauber einsetzte und Wasserwerfer aufführte, wählten die Neonazis Adolf II. wieder zum „Führer“. Um auch nach dieser Demonstration eine Basis zum gemeinsamen Kampf gegen den Neonazismus zu haben, stellte sich noch am gleichen Abend ein „Aktionskomitee gegen NPD und Neonazismus“ vor.

deten sie ebenfalls eine „Bürgeraktion“, und zwar „zum Schutz des demokratischen Rechtsstaates“.

Diese braune Bürgeraktion ist, kaum daß sie besteht, bereits aktiv geworden. Sie hat beim Landgericht Saarbrücken Strafanzeige gegen den Landesvorsitzenden der IG Metall, Albrecht Herold, den Landesvorsitzenden der DKP, Heinz Merkel, die Vorsitzende des ASTA der Universität des Saarlandes, Elke Mattenkott, den Landesvorsitzenden der SDAJ, Arthur Moses, und den Vorsitzenden des Republikanischen Clubs Saarbrücken gestellt. Sie sollen sich der „Verabredung zur Begehung des Verbrechens des Landfriedensbruchs und des Aufruhrs“ schuldig gemacht haben.

Die Vorgeschichte reicht einige Monate zurück. Im November bliesen die Neonazis zum Parteitag in Saarbrücken. Unter dem Druck der demokratischen Kräfte sah sich Saar-

lands Innenminister Schnur (CDU) gezwungen, den Parteitag zu verbieten, verbot aber auch gleichzeitig eine geplante Gegenkundgebung (siehe elan 12/69).

Weil die von der braunen „Bürgeraktion“ Beschuldigten zu jenen gehörten, die sich für das Verbot des Parteitages einsetzen, wurden sie nun angezeigt.

Zu dieser „Bürgeraktion“ gehören etwa nicht nur eingeschriebene NPD-Mitglieder. Es handelt sich um ein Sammelbecken, in dem sich auch Saarlands Brauhemden aus anderen Parteien und Gruppen zusammengefunden haben.

Wie der SDAJ-Landesverband Saar in einer Erklärung nachweist, gehört zu den Aktivisten dieser von der NPD gesteuerten „Bürgeraktion“ Regierungsrat Otto Jänisch, stellvertretender Leiter des Landesjugendamtes. Während seiner Studienzeit war er noch Mitglied des als verfassungsfeindlich verbotenen „Bundes Nationaler Studenten“. Als eifri-

ger Förderer und Freund Jänischs ist der frühere CDU-Justizminister Julius von Lautz, ehemaliger Mitarbeiter einer Dienststelle der Gestapo bekannt.

Ein anderes Mitglied der „Bürgeraktion“ ist der frühere CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Erwin Albrecht, in der Nazi-zeit Landgerichtsrat in Prag und von daher laut SDAJ als „Henker von Prag“ berühmtberüchtigt:

Oberster Dienstherr von Otto Jänisch sowie von Oberregierungsrat Gerhard Kropf und Gerichtsreferendar J. Rautenberg, zwei weiteren Mitgliedern im illustren Kreis der „Bürgeraktion“, ist Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Dr. Röder, der, so fand die SDAJ heraus, Nazi-Beauftragter für den Schuldienst in Holland war.

Die SDAJ fordert, daß Regierungsrat Otto Jänisch sofort sein Amt als stellvertretender Leiter des Landesjugendamtes verläßt.



Wertheim/Bayern. 5000 Demokraten folgten dem Aufruf des DGB zur Demonstration gegen die Durchführung des NPD-Parteitages. Die Neonazis ließen sich in der Main-Tauber-Halle durch Stacheldrahtverhüte schützen. Während die Polizei gegen die Demonstration der Gewerkschafter vorsorglich Hubschrauber einsetzte und Wasserwerfer aufführten, wählten die Neonazis Adolf II. wieder zum „Führer“. Um auch nach dieser Demonstration eine Basis zum gemeinsamen Kampf gegen den Neonazismus zu haben, stellte sich noch am gleichen Abend ein „Aktionskomitee gegen NPD und Neonazismus“ vor.

Kapital aus dem „Kapital“

Über eine geklaute, leicht revidierte Marx-Einführung

Von Martin Buchholz

Es gilt zu berichten vom revolutionären Mehrwert, von dem Versuch, Marxs „Kapital“ massenhaft lesbar zu machen: Wer will bestreiten, daß es da Schwierigkeiten gibt. Schwierigkeiten, die auch linke Theoretiker kennen.

Immerhin — es gibt Versuche, das „Kapital“ auch für „nicht-revisionistische“ Zwecke nutzbar zu machen. So reiste der Westberliner Alt-SDSler Günter de Voigt durch die Lande, um in allen Universitätsstädten ein Empfehlungsschreiben des Westberliner SDS vorzuweisen und eine „Studieneinführung in das Kapital von Karl Marx“ zu offerieren.

Kaum eine linke Buchhandlung in Westberlin und in der Bundesrepublik, die dieses Standardwerk nicht inzwischen führt: „Herausgegeben von Studiengemeinschaft für Marxismus-Leninismus beim Verlag für Gesellschaftswissenschaft Berlin“. Die 2. Auflage ist inzwischen fast vergriffen.

Ein kurzer Vorspruch kündigt an: „Die neue Studieneinführung in das Kapital“ wurde unter der besonderen Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Verhältnisse der Bundesrepublik und für die unmittelbare Anwendung in der Praxis erarbeitet. Sie ist besonders geeignet für: Schüler, Schülerarbeitskreise, Arbeiter und Studenten!“

Ein weites Verbreitungspotential also. Verständlich, daß eine solche Arbeit auch honoriert werden muß, wenn da schon unter der „besonderen Berücksichtigung“ bundesrepublikanischer Verhältnisse und für die „Anwendung in der Praxis“ Studienhilfen „erarbeitet“ werden. 7,50 DM kostet denn auch das Buch, eingebunden in Pappe. Roter Pappe, versteht sich.

Nun gibt es auch Billigeres: Beispielsweise den „Grundkurs

zum Kapital“ für den schlichten Preis von 1,80 DM. Aber, das ist nichts für wahre Revolutionäre. Klare Indizien: Der „Grundkurs“ ist im Ostberliner Dietz-Verlag erschienen, von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED herausgegeben und verfaßt von Prof. Walter Schellenberg, stellvertretender Leiter des Lehrstuhls Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Parteihochschule „Karl Marx“. Revisionistisches Babba also!

Ein elan-Leser, der offenbar vor nichts zurückschreckt, kaufte sich kürzlich, wissenschaftshaber, den revisionistischen „Grundkurs“ und gleichzeitig die anti-revisionistische „Studieneinführung“. Wir wollen zu seiner Ehre unterstellen, daß er mit den notwendigen Gesten des Abscheus zum SED-„Grundkurs“ griff, die SDS-Einführung hingegen als äußerst freudige Mitteilung aufnahm.

Doch siehe: Das 7,50 Mark-Werk war von dem 1,80-Mark-Machwerk eigentlich nur durch die rote Pappe zu unterscheiden. Das DDR-Buch ist — typisch für die revisionistische Hoffnung, sich beim Kapitalismus anbiedern zu können — in Grün eingebunden. Ansonsten: Jede Zeile, jede Zwischenüberschrift, jede Fußnote die gleiche — buchstabengetreuer kann nicht abgeschrieben werden.

Allerdings: Die 1968 erschienene „Studieneinführung“ läßt zahlreiche Sätze des 1967er „Grundkurses“ aus: All jene nämlich, die sich auf die Anwendung des Marxismus in der DDR beziehen oder eine Kurz-Analyse der Klassensituation in der Bundesrepublik leisten. Ebenfalls ersetztlos gestrichen ist jeder Hinweis darauf, daß es eine Oktoberrevolution gegeben hat.

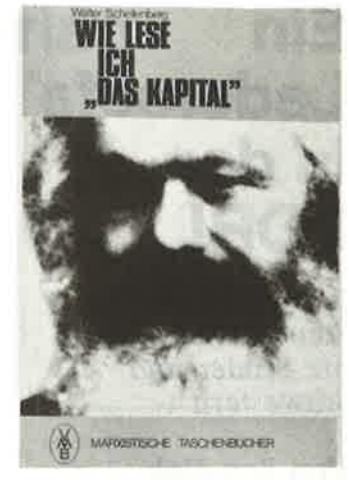
Am unbarmherzigsten wütete der revolutionäre Rotstift im ersten und letzten Kapitel des „Grundkurses“, die in der „Einführung“ der Einfachheit halber zum Vor- und Nachwort des Nicht-Verfassers vom SDS avancierten. In den anderen Kapiteln muß man schon aufmerksamer suchen, um fehlende Absätze zu finden. Nicht ins superlinke Weltbild passen beispielsweise Sätze wie diese: „Eben weil in der DDR die kapitalistischen Produktionsverhältnisse beseitigt wurden, sind hier die Wurzeln des Krieges endgültig ausgerottet.“ Die ominösen drei Buchstaben DDR wurden überall so

gründlich getilgt, als hätte Peter Boenisch von der „BILD“-Zeitung Korrektur gelesen.

Der Abschnitt mit der Überschrift „Die Arbeiterklasse muß den Grundwiderspruch des Kapitalismus beseitigen“ endet in der Schrift des SDS-Mannes mit dem Satz: „Bekanntlich tun die bürgerlichen Ökonomen alles, um diese notwendige Erkenntnis zu verhindern.“ Im Original geht es weiter: „... zu verhindern, nicht zuletzt durch ihre Hetze gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die sozialistische Welt und gegen die kommunistischen Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse zu verbreiten.“ Warum wurde wohl diese erklärende Fortsetzung des Satzes in der „Studieneinführung“ gestrichen?

Dagegen im Originaltext: „Das Bewußtsein über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Konsequenzen kann sich in der Arbeiterklasse nicht spontan herausbilden. Dazu bedarf es der Tätigkeit ihres Vortrupps, der revolutionären Studenten, der ehrlichen nicht revisionistischen Mitglieder der kommunistischen und anderen Arbeiterparteien, die gewillt sind, einig und standhaft diese Aufgaben zu erfüllen.“

So also revidiert man Revisionisten und macht noch ein Geschäft daraus, aus der Arbeit eines SED-Mannes saftigen Mehrwert, lies: Profit zu schlagen. Wenn diese Revisionisten so dämlich sind und ihre marxistischen Bücher zum Produktpreis liefern, müssen wir ihnen eben zeigen, was eine kapitalistische Siebenmarkfuzzig-Harke ist. Das ganze wird noch gegen böse Raubdrucker mit einem braven Copyright versehen: „Copyright 1969 by Verlag für Gesellschaftswissenschaft, Berlin — Alle Rechte vorbehalten.“



in das Hauptwerk von Karl Marx veröffentlichte Prof. Walter Schellenberg im Frankfurter Verlag Marxistische Blätter (156 S., DM 3,—)

So liest man also zum Schluß beim SDS: „Das Bewußtsein über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Konsequenzen kann sich in den revolutionären Klassen nicht spontan herausbilden. Dazu bedarf es der Tätigkeit ihres Vortrupps, der revolutionären Studenten, der ehrlichen nicht revisionistischen Mitglieder der kommunistischen und anderen Arbeiterparteien, die gewillt sind, einig und standhaft diese Aufgaben zu erfüllen.“

So also revidiert man Revisionisten und macht noch ein Geschäft daraus, aus der Arbeit eines SED-Mannes saftigen Mehrwert, lies: Profit zu schlagen. Wenn diese Revisionisten so dämlich sind und ihre marxistischen Bücher zum Produktpreis liefern, müssen wir ihnen eben zeigen, was eine kapitalistische Siebenmarkfuzzig-Harke ist. Das ganze wird noch gegen böse Raubdrucker mit einem braven Copyright versehen: „Copyright 1969 by Verlag für Gesellschaftswissenschaft, Berlin — Alle Rechte vorbehalten.“

Ein Ledersofa in der DDR!

Gedanken für die Steuererklärung und die Brüder und Schwestern

Von Bert Holt

Die große Zeit der Riesenformulare ist angebrochen: Die Zeit der Steuer-Erklärungen. Denn nur der bekommt zuviel gezahltes Geld zurück, der sich durch Anträge kämpft, Punkt für Punkt. Vergeßliche merken es spätestens beim Ausfüllen. Der letzte Anlaß, dem Finanzamt noch für 1969 ein paar „außergewöhnliche Belastungen“ unterzuschieben, ist mit Glanz und Gloria ungenutzt verstrichen: Weihnachten, das liebliche Fest. Alljährlich vielgeworbener Grund, „Dein Päckchen nach drüber“ an verwandte und nicht verwandte Brüder und Schwestern zu schicken. Alle Jahre wieder ein Päckchen Streuselzucker, 100 g Tchibo-Kaffee, gemahlen, ein halbes Pfund Butterfett, ein Paar Nylonstrümpfe, eine Tüte Backobst — was immer die Fantasie einem als Entwicklungshilfe für ausgemergelte Sozialisten eingibt. Und der Herr Hauptlehrer animiert einmal mehr ganze Zwergschulen zu blindwütigen Sammelaktionen: Von Dr. Oetkers Backpulver bis zum längst vergessenen Tütchen Gries im hinteren Regal. Man muß die armen Verwandten, die in ihrem Phänomen vegetieren, ja unterstützen.

Diesmal allerdings drohte unser Bild vom Gebilde noch vor dem Tag des Herrn zerstört zu werden. Wurde doch vor einigen Monaten das zöjährige Bestehen des „anderen Teil Deutschlands“ gefeiert. Anlaß genug, noch einmal zu rekapitulieren, was Bundesrepublikaner in diesen 20 Jahren über den Gänsefuß-Staat gelernt haben: Daß dort nämlich augenscheinlich richtige Menschen leben mit zwei Armen und zwei Beinen und einem Kopf. Eben Brüder und

Schwestern. Da hört's dann auch schon fast auf: 1966, erforschten Demoskopen, wußte fast die Hälfte aller Bundesbürger noch nicht, daß 5 Jahre zuvor eine Mauer errichtet worden war an der Grenze der Terra incognita. Und zwei Drittel hörten zum erstenmal etwas von Karl-Marx-Stadt. Noch drei Jahre später schufen 19- und 20jährige, recht erzogen, beim Eintritt in die erste Klasse der Schule der Nation nicht nur den auswendig gelernten Spruch, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, sondern auch, daß es in der DDR nur „ein Partei“ gebe, „die man wählen muß“. Und daß drüber jeder ins Gefängnis wandere, der statt Schnitzer den Heiger über die Mattscheibe flimmern sähe.

QUICK erkannte die Bildungslücke, die der staatsbürgerliche Unterricht da gelassen hatte, und versprach Aufklärung: „So ist die DDR.“ Zum 20. Geburtstag reisten Illustrierten-Reporter „durchs andere Deutschland“. Nicht nur für QUICK. Neben anderen bewiesen die drei bunten Riesen STERN, SPIEGEL und QUICK [von links nach rechts] wieder einmal, daß sie nicht allein — wie ihre Konkurrenz — Sex and crime oder bonbonfarbene Heile-Welt-Idylle liefern. Und sie machten sich daran, in schonungsloser Offenheit dem staunenden Leser unerhörtes zu offenbaren.

Der SPIEGEL, der alte Tabubrecher, entdeckte forscht „Keime von Bürgersinn“ in der DDR, „Stolz auf das Vollbrachte“ und Allergie „gegen westdeutsche Großmannssucht“. Trotz solcher Aufgeschlossenheit der Redaktion vermochte Hermann Schreiber, den das west-deutsche Nachrichtenmagazin als Augenzeugen über die Grenze geschickt hatte, ein leises Erstaunen nicht zu unterdrücken. Als er zum Beispiel berichtete, eine Broschüre mit Liedertexten, betitelt „Let's sing together“, sei „ohne weiteres“ erhältlich. Und daß auf dem Alexanderplatz „wahrhaftig ein Wolkenkratzer steht“.

Der aufgeschlossene SPIEGEL-Leser, ist zu hoffen, wird solche Ungeheuerlichkeiten seelisch verkraftet haben. Wie aber teilt sich QUICK-Reporter Martin Virchow — der gleich eine ganze Geburtstagsserie zu schreiben hatte — seinem Leser mit? So: „Der Alexanderplatz . . . ist nicht wiederzuerkennen“. Dabei war Vir-

chow — wie aus einer anderen Stelle seines Reports hervorgeht — nur 20 Jahre nicht mehr drüber! Sollten 20 Jahre nicht spurlos an der DDR vorübergegangen sein? Es scheint so, denn auch Henry Kolarz, der für den STERN berichtete, spürt Ver fremdung: „Draußen in der Wuhlheide“, gesteht er, „finde ich mich nicht mehr zu recht“. Dabei war er schon einmal dort, er kann's schwören: „Das ist jetzt 26 Jahre her.“

Vanillezucker und Backobst — sinnlos verpulvert? Da bleibt nur eine Hoffnung: Daß die Menschen alle verhinderte Bundesbürger sind. Stern-Fotograf Robert Lebeck, dem wider eigenes Erwarten keine Sympathie entgegenschlug, als er sich als westdeutscher Journalist zu erkennen gibt, hält auch in diesem Punkt keinen gesamtdeutschen Trost bereit.

Er findet gar nichts brüderliches mehr an den Umstehenden: „Ich hab' mal am Mississippi gesehen, wie sie einen Neger in die Mangel nehmen wollten. Die sahen genauso aus — genauso verhetzt.“

Bundesrepublikaner — die Neger der DDR! Trotz allem, beteuert Henry Kolarz, gibt es „Bilder wie bei uns auch“. QUICKs Virchow sind solche besänftigenden Wendungen nicht genug. Er macht sich auf die Jagd nach dem Detail. Und poltert durch die DDR mit Fragen wie: „Sehen Sie Westfernsehen?“, „Kennen Sie Günter Grass?“

Man wird schließlich noch erwarten dürfen, daß die Errungenchaften der BRD gebührend gewürdigter werden! Sie werden: Einen traf Martin auf seiner Suche, der „wa sau“, weil „neulich vierzig Jerry Cotton“ auf dem Postweg von West nach Ost nicht angekommen sind.

Und damit sich der Leser von einem solchen neuerlichen Schock schneller erholt, spielt Henry Kolarz im STERN Schulmeister und läßt einen DDR-Gesprächspartner die Namen aller BRD-Minister (der großen Koalition) aufsagen. Und siehe da: „Er kennt sie tatsächlich alle, nur Dollinger ist ihm gerade entfallen.“ Ob Kolarz rückgefragt wurde, er könne doch sicher die Kabinettsmitglieder der DDR aufsagen, ist nicht überliefert. Vielleicht war der DDR-Bürger zu höflich, eine solche Frage zu stellen.

(Eingesandt von Wolfgang Gehrke, Hamburg. — Jeder veröffentlichte Witz wird mit 10,— DM prämiert.)

Witz des Monats

Im Wald herrscht fürchterliche Unordnung. Häufchen verunziert Unterholz und Wege. Der Förster appelliert an die Tiere, eine Vollversammlung aller Waldbewohner durchzuführen, um das zu verändern. Die Tiere sind einverstanden und beschließen auf der Vollversammlung, ihre Notdurft nur noch in einem vom Förster eingerichteten Gatter zu verrichten. Zwei Tage geht die Sache gut. Am dritten Tag entdeckt der Förster außerhalb des Gatters wieder ein Häufchen. Den Urheber, einen Hasen, stellt er kurz darauf.

„Du bist auch bei der Vollversammlung gewesen und hast mitbeschlossen, daß Geschäfte nur noch im Gatter verrichtet werden!“ Der Hase windet sich: „Ja, aber ich fühle mich an den Besluß nicht mehr gebunden.“ „Warum denn das nicht?“

„Gestern traf ich den Bären im Gatter. Als er sein Geschäft beendet hatte fragte er mich: „Fusselst Du? Ich habe geantwortet: „Nein, ich fessel nie.“ Da hat mich der Bär genommen, und sich mit mir den Hintern abgewischt!“



Neuerscheinungen im Dietz-Verlag

W. I. Lenin Werke - Ergänzungsband 1896 – Oktober 1917

Etwa 500 Seiten. Kunstleder
Die im ersten Ergänzungsband aufgenommenen Reden und Schriften W. I. Lenins sind nicht in den 40bändigen Werksausgabe enthalten und bedeuten eine wesentliche Bereicherung des in den Bänden 1 bis 26 enthaltenen Materials.
Ergänzungsband 1917–1922 erscheint 1970

W. I. Lenin Briefe - Band VI Juli 1919 — November 1920

Etwa 525 Seiten. Mit 2 Bildern und 4 Karten. Kunstleder
Die Briefe widerspiegeln die großen Anstrengungen, die Völker Sowjetrußlands unter Führung der Partei der Bolschewiki unternahmen, um das sozialistische Vaterland zu verteidigen, die innere und äußere Konterrevolution zu zerschlagen und die Voraussetzungen für den friedlichen Aufbau des Sozialismus zu schaffen.



Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR

Etwa 800 Seiten. Mit 16 Grafiken, 22 Tabellen und Sachregister
Das Buch gibt eine umfassende theoretische Darstellung der Elemente und Zusammenhänge des ökonomischen Systems des Sozialismus. Neu bestimmt werden Funktionen und Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse werden als Bewegungsformen der Produktivkräfte behandelt, und es erfolgt die ökonomische Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Systems der modernen Produktivkräfte. Ferner werden die ökonomischen Gesetze als System mit ihrem Wirkungsmechanismus untersucht. Breiter Raum wird dem volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, seiner qualitativen Gliederung und quantitativen Proportionalität und seiner Planung gewidmet. Weitere Kapitel befassen sich mit dem Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit, der materiellen Stimulierung der Wirtschaftstätigkeit und mit den Außenwirtschaftsbeziehungen als Wachstumsfaktor.

Karl Marx / Friedrich Engels Manifest der Kommunistischen Partei

Mit Bildern von Lea Grundig
Etwa 96 Seiten. Mit zehn ganzseitigen farbigen Bildern. Leinen im Schuber.

Professor Lea Grundig, Präsidentin des Verbandes bildender Künstler, hat markante Sätze des „Manifests“ in eindrucksvollen farbigen Bildern lebendig gemacht. Sie gestaltet ihre Illustrationen nicht historisierend, sondern mit den Augen des Menschen von heute. Bedeutungsvolle Ereignisse rücken in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Karl Marx Wie ich meinen Schwiegersohn erzog

Eingeleitet und zusammengestellt von Ruth Stolz
Die Texte wurden vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED autorisiert.
Etwa 200 Seiten. Mit 10 Fotos, 2 Illustrationen nach zeitgenössischen Vorlagen und 4 Faksimiles. Leinen.

Erich Hahn Ideologie

Zur Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologietheorie
Etwa 150 Seiten. Broschiert
Marxistische und bürgerliche Philosophen streiten gegenwärtig besonders erbittert um den Begriff „Ideologie“, seinen Inhalt, seine Merkmale, seine sozialen Quellen, um Wahrheit und Falschheit der Ideologie oder das Verhältnis von Ideologie und Wissenschaft. Erich Hahn geht es in seiner neuen Schrift um einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung und um Grundzüge zu einer marxistisch-leninistischen Ideologietheorie. Er erläutert Marx' und Engels' Kritik der bürgerlichen und Begründung der sozialistischen Ideologie und behandelt solche Fragen wie Marxismus-Leninismus und Ideologie, ökonomische, politische u. a. Bewußtseinsformen und Ideologie, staatsmonopolistisches Bewußtsein als falsches Bewußtsein, Manipulation und Ideologie, Positivismus als ungeeignete Grundlage der Ideologiekritik, Struktur und Funktion der Ideologie.

Dietz-Verlag Berlin

DDR-102 Berlin, Wallstraße 76-79

Wie Lenin das Dekret über Grund und Boden schrieb

Deutsch von Hilde Angarowa

Wladimir Bontsch-Brujewitsch

Petrograd, 7. November 1917



Ich machte es mir im Nebenzimmer auf dem Sofa bequem, fest entschlossen, wach zu bleiben, bis ich mich vergewissert hatte, daß Wladimir Iljitsch schlief. Für alle Fälle legte ich an der Eingangstür alle Ketten, Riegel und Haken vor, schloß ab, entsicherte auch meinen Revolver, denn es war ja nicht ausgeschlossen, daß jemand mit Gewalt in meine Wohnung eindringen würde, um Lenin zu verhaften oder zu ermorden. Die erste Nacht nach dem Umsturz – da mußte man auf vieles gefaßt sein. Ich schrieb mir für alle Fälle die Telefonnummern von Genossen, die mir einfießen, und die Nummer des Smolny, der Arbeiterkomitees und Gewerkschaften in den Bezirken auf, um sie, wenn etwas passieren sollte, nicht zu vergessen.

Wladimir Iljitsch hatte bereits das Licht im Zimmer ausgemacht. Ich horchte, ob er schlief. Nichts rührte sich. Ich war schon im Einschlummern, doch an der Grenze von Schlaf und Wachen schreckte ich hoch, weil

plötzlich helles Licht aus Wladimir Iljitschs Zimmer fiel. Ich hörte, wie er sich leise erhob, sah die Tür öffnete, und als er sah, daß ich „schlief“ – natürlich war das Verstellung – ging er auf den Zehenspitzen zum Schreibtisch, setzte sich, öffnete das Tintenfaß und vertiefte sich in seine Arbeit, nachdem er verschiedene Papiere vor sich hingelegt hatte.

Er schrieb, strich aus, las nach, machte irgendwelche Auszüge, schrieb wieder; endlich schien es mir, daß er alles ins reine schrieb. Schon dämmerte der späte Petrograder Herbstmorgen, als Wladimir Iljitsch das Licht ausknipste und sich schlafen legte. Morgens, als man in der Wohnung aufstand, machte ich meine Hausgenossen darauf aufmerksam, sie sollten leise sein, weil Wladimir Iljitsch die ganze Nacht durchgearbeitet hat und jetzt schläft. Doch plötzlich kam er ganz unerwartet aus seinem Zimmer, völlig angekleidet, energisch, frisch, munter, vorzüglich aufgelegt, in scherhafter Stimmung. „Ich gratuliere zum ersten Tag der sozialistischen Revolution“, begrüßte er uns. Sein Gesicht zeigte nicht die geringsten Spuren von Abspaltung, als ob er sich herrlich ausgeruht hätte, dabei hatte er doch nach dem furchtbar anstrengenden zwanzigstündigen Arbeitstag gestern höchstens zwei, drei Stunden geschlafen. Als alle am Frühstückstisch versammelt waren, auch Nadescha Konstantinowna, die gleichfalls bei uns übernachtet hatte, zog Lenin die säuberlich abgeschriebenen Blätter aus der Tasche und las uns sein „Dekret über den Grund und Boden“ vor.

„Jetzt geht es darum, es zu verkünden, überall bekanntzumachen und zu verbreiten!

Dann soll mal jemand versuchen, das rückgängig zu machen! Nein, damit ist's aus, keine Macht der Welt wird dies Dekret den Bauern entreißen und den Boden den Gutsbesitzern zurückgeben können. Das ist eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Oktoberrevolution. Die Agrarrevolution wird bereits heute vollzogen und gesetzlich verankert werden.“

Und auf den Einwand, daß es im Lande noch eine Menge Unordnung und Kampf mit der Landverteilung geben würde, erwiderte er ohne Zögern, das seien bereits Kleinigkeiten, die sich regeln werden, wenn nur die Hauptsache allgemein verstanden wird und tief in das Bewußtsein eindringt. Und er setzte uns auseinander, daß die Bauern dieses Dekret mit großer Freude und Genugtuung aufnehmen werden, denn er habe die in allen Baueraufträgen an ihre Deputierten enthaltenen Forderungen, die in den allgemeinen Aufträgen an den Sowjetkongress zusammengefaßt waren, dem Dekret zugrunde gelegt.

„Das waren alles Sozialrevolutionäre. Man wird noch sagen, wir übernehmen ihre Forderungen“, äußerte jemand.

Wladimir Iljitsch lachte:
„Soll man es sagen. Die Bauern begreifen sehr gut, daß wir ihre berechtigten Forderungen immer unterstützen werden. Wir müssen uns intensiv mit den Bauern, ihrem Leben und ihren Wünschen befassen. Wenn irgendwelche Dummköpfe darüber lachen sollen sie! Wir waren nie gewillt, das Monopol auf die Bauern den Sozialrevolutionären zu überlassen. Wir sind die ausschlaggebende Regierungspartei, und die Bauernfrage ist, abgesehen von der Diktatur des Proletariats, das wichtigste Problem.“

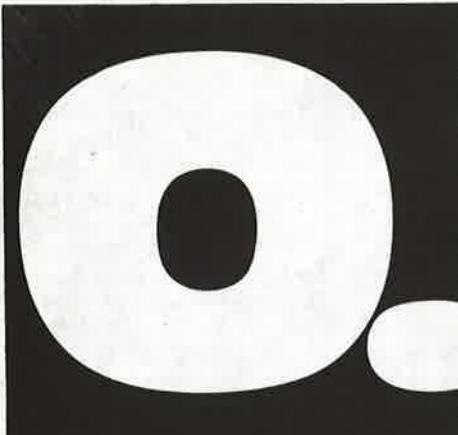
Das Dekret über den Grund und Boden sollte am selben Abend auf dem Kongreß verkündet werden. Wir beschlossen, es sofort abzuschreiben und in Satz zu geben, damit es anderntags in der Zeitung erschien. Doch da kam Wladimir Iljitsch auf einen ausgezeichneten Gedanken: Daß alle Regierungsmitteilungen, darunter also auch das Dekret, von sämtlichen Zeitungen veröffentlicht werden müssen.

Es wurde ferner beschlossen, das Dekret über den Grund und Boden sofort in fünfzigtausend Exemplaren als Broschüre herauszugeben und es vor allem an die ins Dorf heimkehrenden Soldaten zu verteilen, weil es auf diese Weise am raschesten zu den breitesten Bauermassen gelangt. In den nächsten Tagen geschah das, und es klappte vorzüglich. Bald machten wir uns auf den Weg zum Smolny. Anfangs gingen wir zu Fuß, dann benutzten wir die Straßenbahn. Wladimir Iljitsch strahlte übers ganze Gesicht, weil auf den Straßen mustergültige Ordnung herrschte. Er wartete voll Ungeduld auf den Abend. Und nachdem der Zweite Allrussische Sowjetkongreß das Dekret über den Frieden angenommen hatte, verlas Lenin mit besonders eindringlicher, deutlicher Stimme das Dekret über den Grund und Boden. Es wurde ebenfalls einmütig und begeistert vom Kongreß angenommen.

Sofort darauf schickte ich das Dekret durch Boten an alle Petrograder Zeitungsredaktionen. Per Post und Telegraf wurde es in

Lenin und Bontsch-Brujewitsch im Hof des Kreml, Oktober 1918 (Foto S. 28)

W.D. Bontsch-Brujewitsch (1873–1955), eines der ältesten Mitglieder der Kommunistischen Partei, war aktiver Teilnehmer der Februar- und der Oktoberrevolution 1917. Er kannte Lenin gut und hatte viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet. Von der Oktoberrevolution an bis 1920 versah er den Posten eines Geschäftsführers im Rat der Volkskommissare. Später wurde er Chefredakteur des Verlages „Leben und Wissen“, sodann Direktor des von ihm begründeten Literaturmuseums. Von ihm stammen zahlreiche Schriften über die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland, über Literatur und Ethnographie.



**Die UZ ist
eine
Zeitung**

**Die UZ ist
eine
kritische
Zeitung**

**Die UZ ist
eine
Arbeiter-
zeitung**

**Die UZ
ist eine
kommunistische
Zeitung**

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

andere Städte übermittelten. Unsere Zeitungen hatten es bereits im voraus umbrochen. Am nächsten Morgen lasen es Hunderttausende und Millionen, das ganze werktätige Volk nahm freudig und begeistert das Dekret auf. Und die Bourgeoisie wütete und kläffte in ihren Blättern. Aber wer achtete damals auf die Bourgeoisie? Wladimir Iljitsch triumphierte.

„Das allein hinterläßt in unserer Geschichte für lange, lange Jahre Spuren“, sagte er. Es war ein ausgezeichneter Beginn der Epoche stürmischer revolutionärer Umgestaltung. Wladimir Iljitsch interessierte sich noch lange nachher dafür und fragte häufig,

wie viele Exemplare der Broschüre mit dem Dekret über den Grund und Boden unter den Soldaten und Bauern verteilt worden sind. Das Dekret wurde oftmals neu verlegt und in großer Anzahl unentgeltlich in die Gouvernements- und Bezirksstädte und auch in alle Landkreise Rußlands verschickt. Das Dekret über den Grund und Boden war im wörtlichen Sinne allbekannt. Kein anderes Gesetz wurde in unserem Land so umfassend veröffentlicht und verbreitet wie dieses Dekret, eines der Grundgesetze unserer neuen, sozialistischen Gesetzgebung, der Wladimir Iljitsch soviel Energie gewidmet hat und der er eine so gewaltige Bedeutung beimaß.

Das Staatswappen des Sowjetlandes

Dem Sowjetland ein Staatswappen zu geben, war eine Aufgabe von enormer Wichtigkeit, denn seinem Sinn und Charakter nach mußte es sich radikal von allen bisherigen Wappen der kapitalistischen Länder unterscheiden.

In der Verwaltung des Rates der Volkskommissare wurde ein in Aquarell ausgeführter Entwurf für das Wappen eingereicht. Er war von runder Form und wies die gleichen Wahrzeichen wie das jetzige Wappen auf, nur trug er in der Mitte ein langes entblößtes Schwert, hinter dem gleichsam alles übrige verschwand. Der Griff wurde teilweise von den Ährengarben an der unteren Seite des Wappens bedeckt, während seine sich verjüngende Spitze in die Sonnenstrahlen hineinreichte, die den oberen Teil des Gesamtornamentes ausfüllten.

Wladimir Iljitsch befand sich in seinem Arbeitszimmer und sprach gerade mit Sewardlow, Dershinski und einigen anderen Ge nossen, als die Zeichnung auf seinen Schreibtisch gelegt wurde.

„Was ist das, ein Wappen? ... Interessant.“ Er beugte sich über den Tisch und heftete seinen Blick auf die Zeichnung. Wir anderen umstanden ihn und betrachteten ebenfalls neugierig den Entwurf, der von einem Künstler aus dem Studio der Münze stammte.

Das Wappen war gut ausgeführt. Auf rotem Grund leuchteten die Strahlen der aufgehenden Sonne, von der einen Seite von Weizen garben umkränzt, in deren Halbrund deutlich Hammer und Sichel sichtbar waren. Über allem aber dominierte wie eine Abschreckung das scharfe nackte Schwert, das senkrecht das ganze Wappenbild durch schnitt.

„Interessant“, äußerte Wladimir Iljitsch. „Eine Idee ist da. Aber warum denn das Schwert?“ Er warf einen fragenden Blick auf uns.

„Wir wehren uns, wir kämpfen und werden kämpfen, solange die Diktatur des Proletariats nicht gefestigt ist und wir die Weißgar disten samt den Interventen nicht aus unserem Lande vertrieben haben. Aber das heißt doch nicht, daß der Krieg, das Militärische, die bewaffnete Gewalt jemals bei uns vor

herrschen werden. Wir brauchen keine Eroberungen. Jede Eroberungspolitik ist uns wesensfremd. Wir greifen niemand an, sondern wehren uns gegen die inneren und äußeren Feinde. Unser Krieg ist ein Verteidigungskrieg, deshalb ist das Schwert nicht unser Wahrzeichen. Wir müssen es nur fest in den Händen halten, um unseren proletarischen Staat zu schützen, solange es Feinde gibt, solange man uns angreift und bedroht. Aber das heißt keineswegs, daß es immer so bleiben wird...“

Der Sozialismus siegt in allen Ländern, das steht außer Zweifel. Der Bruderbund der Völker wird in der ganzen Welt begründet und verwirklicht, so daß wir das Schwert nicht brauchen. Es ist nicht unser Wahrzeichen“, wiederholte Lenin.

„Wir müssen das Schwert aus unserem Wappen entfernen“, fuhr Wladimir Iljitsch fort. Er nahm einen scharf angespitzten Blei, strich mit einem Korrekturzeichen das Schwert aus und wiederholte das Zeichen rechts am Rand.

„Aber sonst ist das Wappen gut. Ich denke, wir bestätigen den Entwurf vorläufig. Dann sprechen wir noch mal im Rat der Volks kommissare darüber, aber das muß möglichst rasch geschehn...“

Und er unterzeichnete das Blatt.

Ich gab den Entwurf dem Künstler aus der Münze zurück und bat ihn, das Wappen umzuarbeiten.

Als die Zeichnung zum zweitenmal vorlag, bereits ohne Schwert, zeigten wir sie dem Bildhauer Andrejew. Er fand an der technischen Ausführung einiges auszusetzen und zeichnete das Wappen um, wobei er die Garben mehr herausarbeitete und die Sonnenstrahlen verstärkte, kurz, er machte das Ganze plastischer und wirkungsvoller.

Das Staatswappen der RSFSR wurde Anfang 1918 bestätigt.

Es wurde ebenso wie der Rote Stern zu einem Sinnbild aller Proletarier, aller Werk tätigen der Welt.

Beide Erzählungen entnahmen wir dem Sammelband „Lenin – erzählt von vielen“, der im Progress-Verlag, Moskau, erschienen ist.



**elan-krimi
von Wenzell Brown**

Und bevor der Malerfritz weiß, wie ihm geschieht, hat sie ihm Palette und Pinsel aus der Hand genommen und selber ein bißchen auf dem Kunstwerk herumgeföhrt. Bingham ist hoch gesprungen wie eine Rakete. Er kam zu mir und verlangte, ich sollte Susie einsperren. Als ich ihm erklärte, daß wir überhaupt kein Gefängnis am Ort haben und daß Susie es ja auch nicht so gemeint haben wird, rauschte er wütend ab und sagte, ich sei ein armseliger, vertrottelter Dorfsheriff. Daß ich der Polizeipräsident persönlich bin, hatte ich ja auch nie behauptet!

Na, schließlich habe ich mir dann doch einmal Susie vorgeknöpft und ihr ins Gewissen geredet. Aber mit Susie vernünftig zu reden, ist verlorene Liebesmühs! Inzwischen werden Sie schon gemerkt haben, daß Miß Susie Sloane bei mir einen Deut geändert.

Susies schallende Stimme konnte Tote aufwecken, und wenn sie lachte, hörte man es kilometerweit, und ich kann mir nicht helfen: Ich mag sie. Es gab allerdings Leute in Criples Bend – so heißt unser kleines Nest –, denen Susie schwer im Magen lag. Ich kann es ihnen nicht einmal verdenken.

Susie war das neugierigste Frauenzimmer weit und breit. Seit dem Tode ihres Vaters bewirtschaftete sie mit zwei wortkargen Helfern die Farm in den Bergen; und wenn sie mal unter Menschen kam, wollte sie einen Vorrat an Klatsch einheimsen. Die meisten Einheimischen nahmen Miß Susie ihren Vorwitz nicht übel. Aber es gab auch welche, die wurden fuchsteufelswild. Da war zum Beispiel die Sache mit Bingham, einem dieser Farbenkleckser. Der sitzt eines Tages ganz gemütlich vor seiner Staffelei und malt unseren Leuchtturm, als Susie vorbeikommt. Sie bleibt hinter ihm stehen, stemmt die Hände in die Hüften, legt den Kopf schief und erklärt: „Da stimmt was nicht!“

Die Burschen halten sich auch nicht lange bei der Vorrede auf. Sie wissen, daß sie sich keine Fehler leisten können. Hoppy richtet eine Kanone auf Tom Nash und befiehlt ihm, hinter seinem Schalter vorzukommen. Dort nimmt ihn Jenks in Empfang und gibt ihm mit dem Revolverkolben eins über den Schädel. Tom sackt zu Boden.

Lucie hat versteinert vor Angst zugesehen. Als sie endlich anfangt will zu schreien, legt ihr Jenks unsanft eine Hand über den Mund, schiebt sie in einen Garderobenschrank und knallt die Tür zu, nicht ohne dem armen Mädchen nachdrücklich zu versichern, daß er keine Hemmungen hätte, die Schranktür zu durchlöchern.

Dann schleppen sie den leblosen Tom beiseite, lassen die Jalouisen herunter und schließen die Tür zur Straße ab. Die Hintertür lassen sie einen Spalt breit offen – entweder um schneller weg zu kommen, oder – das halte ich für wahrscheinlicher – weil sie sie glatt vergessen hatten. Die ganze Aktion läuft so schnell und geräuschlos ab, daß die paar Leute, die inzwischen draußen vorbeispazieren, überhaupt nicht merken, daß irgendwas nicht stimmt.

Mert Simon sitzt ahnungslos an seinem Schreibtisch, als die beiden Burschen sein Büro stürmen und mit ihren großen Kanonen herumfucheln. Hoppy hält die Waffe Mert dicht vor die Nase, und Jenks führt die Verhandlungen.

„Schließ den Tresor auf“, knarrt er. „Aber'n bißchen fix. Wenn du irgendwelche faulen Tricks versuchst, machen wir dich kalt!“

Mert erklärte ungerührt, er habe gar keinen Tresor, nur einen kleinen Wandsafe. „Hör auf zu quasseln“, raunt Jenks. Aber Mert verliert nicht die Nerven. Er gehorcht.

Er nimmt sich Zeit dazu. Er weiß genau, daß es den Burschen ernst ist mit ihrer Drohung, aber daß sie ihm nichts tun werden, ehe sie das Geld in den Händen haben. Was sie danach mit ihm anstellen, steht in den Sternen. Seine beste Chance besteht darin, ein bißchen Zeit herauszuhalten.

Und tatsächlich – da hat doch jemand die offenstehende Hintertür bemerkt! Und da dieser Jemand Miß Susie Sloane ist, läßt sie es sich natürlich nicht nehmen, ihre neugierige Nase durch den Türspalt zu stecken. Zuerst glaubt sie, daß die Sparkasse leer ist, und sieht sich höchst interessiert um. Es dauert aber gar nicht lange, bis sie Tom Nash entdeckt hat. Er sieht aus, als hielte er seinen Büroschlaf auf dem Fußboden. Inzwischen hat Lucy Dohm auch genug Mut gefaßt, um zaghaft an die Wand ihres Schrankkäfigs zu klopfen.

Miß Susie legt nachdenklich den Kopf schief. Dann hört sie Stimmen in Mert Simons Büro und schleicht auf Zehenspitzen den Gang entlang, um zu horchen.

Inzwischen hat Mert schweren Herzens den Safe aufgeschlossen, und Hoppy stopft eilig alle Banknoten, die er bekommen kann, in einen großen Beutel, während Jenks eisern seine Pistole auf Mert gerichtet hält. Dabei streiten sie sich hitzig darüber, was sie nun mit Mert anfangen sollen.

Hoppy sagt: „Wenn wir ihm 'ne Kugel in den Kopf ballern, kann er uns doch nicht mehr verpfeifen. Ganz einfach, was?“

„Red nicht so dummkopfisch“, fertigt ihn Jenks ab. „Schießen darf man nur, wenn's gar nicht mehr anders geht. Schnür ihn zusammen, Hoppy, und dann wollen wir machen, daß wir hier wegkommen.“

Mert hat inzwischen überlegt, ob er versuchen soll, den Alarmknopf an seinem Schreibtisch zu erreichen. Dieser Alarmknopf ist mit einer Sirene auf dem Dach verbunden, und wenn sie erst mal anfängt zu heulen, ist Sekunden später die ganze Stadt – einschließlich meiner Wenigkeit, dem Sheriff – auf den Beinen. Aber als Mert hört, daß sie ihn fesseln wollen, beschließt er, auf den Versuch zu verzichten. Es ist zu riskant. Die beiden können ihn niederknallen, bevor er den Knopf erreicht hat! Er legt sich also gehorsam auf den Boden. Hoppy bindet ihm ein Seil ein paarmal um den Leib und ist gerade dabei, Merts Hände zu fesseln, als Miß Susie angetanzt kommt.

Wenn sie zurückgewichen wäre und angefangen hätte zu schreien, wäre ihr Leben keinen Pfifferling wert gewesen. Aber sie hat nicht die Spur von Angst. Sie brennt darauf zu erfahren, was hier vorgeht. Sie bleibt also stehen, dreht den roten Regenschirm hin und her und beobachtet Hoppy, der gerade die Knoten festzieht. Plötzlich kniet sich Susie neben ihn, verzieht mißbilligend das Gesicht und sagt: „So bindet man doch keinen Kreuzknoten, Mann! Auf diese Art kommt er ja im Handumdrehen wieder frei. Warten Sie – ich zeig's Ihnen!“



Hoppy ist so verdornt, daß er ihr widerspruchslos den Strick überläßt. „Sehen Sie mal her“, erklärt Susie freundlich, „Sie legen die Schlinge nach rechts herüber und schieben das Ende hier unten durch. So, jetzt ist er verschürt wie ein Postpaket. Nun versuchen Sie's mal selber. Wenn's falsch wird, sag' ich Ihnen schon Bescheid.“

„Hände weg, Tantchen!“ raunzt Jenks. „Das ist gesünder für dich.“ Susie faßt den Schirm fester. Bis jetzt hat sie überhaupt noch nicht gemerkt, daß irgend etwas an der Sache faul ist. Sie ist nicht dumm, aber da oben auf ihrem Berg hat sie wohl ein bißchen den Kontakt mit der rauen Wirklichkeit verloren. Bankraub – so was gab's bisher nicht mal in ihrer Phantasie. Daß diese Männer gefährlich sein könnten, kommt ihr auch jetzt noch nicht ein.

„Werden Sie bloß nicht frech, junger Mann“, gibt sie zurück. „Ich bin nicht Ihre Tante und habe auch nicht die geringste Lust, es zu werden.“

„Mund halten!“ schnauzt Jenks und fuchtelt ihr mit dem Revolver vor der Nase herum.

„Brüllen Sie mich nicht an! Und nehmen Sie gefälligst das Ding da weg!“ keift sie.

Jenks startet sie an. „Weißt du nicht, was das ist, Alte!“ staunt er. „Eine 32er Automatik, die dir ein Loch in den Kopf schießen kann, so groß wie 'ne Pampelmuse.“

Susie hört gar nicht zu. Ihr Blick ist auf den Beutel gefallen, und ihre Augen glitzern vor unbeherrschbarer Neugier. „Was habt Ihr denn da drin? Ihr werdet doch nicht etwa Mr. Simon bestehlen?“

Sie steht auf und macht einen Schritt auf den Campingbeutel zu. Jenks brüllt Hoppy an:

„Greif sie! Halt sie doch fest! Sorg dafür, daß sie endlich den Mund hält.“

Hoppy packt Susies Arm. Aber da ist er an die falsche Adresse gekommen! Sie mag aussehen wie eine altersschwache Schießbudenfigur – aber der Schein trügt. Seit dreißig Jahren bearbeitet sie ihre Farm. Sie verrichtet schwerste Männerarbeit. Sie reißt sich los, hebt den Regenschirm und läßt ihn voller Wucht auf Hoppys Schädel niedersausen.

Er brüllt auf, aber sein Schmerzgeschrei wird durch ein anderes Geräusch übertönt. Mert Simon hat sich inzwischen an seinen Schreibtisch herangrabt und den Alarm ausgelöst.

Die Sirene heult ohrenbetäubend auf.

In diesem Augenblick sitze ich gerade in Gimpys Imbißstube und beschäftige mich intensiv mit einer Portion gegrillter Leber. Ich springe auf und rase mit gezogener Waffe auf die Sparkasse zu.

Als ich um die Ecke komme, erlebe ich ein aufregendes Brust-an-Brust-Rennen zwischen Jenks und Hoppy. Susie folgt ihnen auf den Fersen und bearbeitet beide abwechselnd mit ihrem Regenschirm.

Ich bremse heftig und ziele, wage aber nicht zu schießen, weil ich Angst habe, Miß Susie zu treffen. Während ich noch dastehe und mit

offenem Mund die sonderbare Gruppe anstarre, höre ich Kugeln um mich herumpfeifen. Die kommen aber weder von Jenks noch von Hoppy, sondern von Lew Abbott, dem dritten Gangster, der von seinem Wagen aus ein lustiges Scheibenschießen veranstaltet. Jenks läßt den Campingbeutel fallen. Geldscheine flattern heraus. Ein sanfter Windstoß treibt sie die Hauptstraße herunter. Hoppy kniet sich nieder und hascht verzweifelt danach, aber Jenks läßt sich nicht aufhalten und rennt weiter. Ich sehe, wie sich der Revolver wieder aus dem Wagenfenster schiebt. Ein Schuß fällt. Jenks bleibt einen Augenblick wie angewurzelt stehen, dann schwankt er und sackt auf dem Kopfsteinpflaster zusammen. Abbott wirft die Waffe weg und gibt Gas. Der Wagen rast mit hundert Sachen die Hauptstraße hinunter. Mit kreischenden Bremsen biegt er um die Ecke. Ich feuere. Die Kugel prallt an einem Kotflügel ab. Dann ist der Wagen außer Sicht.

Ich sehe mich um. Jenks ist tot – daran gibt es keinen Zweifel. Hinter mir stöhnt jemand ganz jämmerlich: Hoppy. Zuerst denke ich, daß ihn auch eine Kugel erwischte hat, aber das ist ein Irrtum. Susie hat so mit dem Schirm auf ihn eingedroschen, daß ihm vorläufig sämtliche Gedanken vergangen sein dürften. Susie schiebt neben ihm Wache, den Schirm griffbereit erhoben, um ihm notfalls noch eine verpassen zu können. Als Hoppy mich sieht, brüllt er verzweifelt: „Schaffen Sie mir das Weibsbild vom Halse!“

Ich gehe zu Susie. Sie ist ganz blaß geworden und hat einen starren Blick. Das macht die Aufregung – denke ich noch. Und dann sehe ich das Blut an ihrem Armel.

Es ist ein Streifschuß. Aber jetzt, nachdem alles vorbei ist, fällt sie glatt in Ohnmacht.

In der nächsten Stunde wußte ich nicht, wo mir der Kopf stand – so viel gab es zu tun. Wir mußten einen Krankenwagen mobilisieren, um Susie und Tom Nash ins Krankenhaus zu schaffen. Hoppy überließen wir großzügig dem Polizeilazarett in Barrow.

Mert Simon lag inzwischen immer noch in seinem Büro in der Sparkasse zu einem säuberlichen Bündel geschnürt. Als wir ihn ausgepackt hatten, stellten wir fest, daß ihm sein Abenteuer nicht geschadet hatte und er frisch und munter war. Auch Lucy Dohm war heil und gesund, wenn auch nicht gerade munter. Sie heulte wie ein Schloßhund – es war sehr wirkungsvoll.

Neun Kilometer hinter Cripes Bend verlor Abbott die Kontrolle über den Wagen und landete an einem Baum. Leicht benebelt durch eine Gehirnerschütterung, wankte er zu Fuß weiter und lief der Polizei geradewegs in die Arme. Damit war die Angelegenheit für uns so ziemlich erledigt. Helden von Cripes Bend war natürlich Susie Sloane. Als die Leute von ihrem Abenteuer hörten, strömten sie ins Krankenhaus und überhäuften sie mit Geschenken, Blumen, Obst, weiß der Kuckuck alles.

Komisch – wir dachten alle, Susie würde eine diebische Freude an dem Theater haben. Aber man kann sich irren.

Nachdem man sie verarztet und ihren Arm verbunden hatte, konnten keine zehn Pferde sie in Cripes Bend halten. Sie hätte die Nase voll von dem verruchten Städteleben, meinte sie, und sehnte sich zurück nach ihrem friedlichen Mount Solomon. Sechs Jahre sind seither vergangen. Und nicht ein einziges Mal hat sich inzwischen Susie Sloane in Cripes Bend sehen lassen. Ich mache mich jedes Jahr einmal auf den Weg nach Mount Solomon. Miß Susie freut sich immer mächtig, wenn ich komme. Aber zu einem Besuch in Cripes Bend habe ich sie nicht wieder überreden können. (Übersetzung: Gerhard Jane)

Carsten Linde

★★★★★

SONG MAGAZIN

„Die Revolution hat sich von den Straßen in die Plattenstudios zurückgezogen. Nach den Knüppelorgien der Cops gab es da keine Ausdrucksmöglichkeiten mehr – außer der Ohnmacht des Wissens, Outsider zu sein.“ So steht es auf der Hülle der CANNED-HEAT-LP „Halleluja“ (Liberty LPs 83239, 19 DM), von und für twen produziert. Die Gruppe aus Los Angeles, die früher mit einer scharfen Mischung von Blues, Beat, Barock und Underground von sich hören ließ, wird hier entschärft und leicht konsumierbar feilgeboten. Trotzdem wurde der mittelmäßigen LP ein revolutionäres Etikett angehängt, um twen-Leser zum Kauf zu bewegen: „Ihr Leben ist das ihrer jäh aufgeweckten Generation. Die Kinder von Karl Marx und Coca-Cola singen das Lied der Revolution.“ Wo bleibt bei diesen Texten unser guter Karl Marx zwischen all den süßen bewußtseinsverkleisternden Coca-Cola Klängen?

JOHNNY WINTER spielt einen hypnotisch-harten Blues, der trotz ausgedehnter Improvisation nie poppig-verspielt wird, sondern streng an den Vorbildern des Chicago-Blues orientiert ist. Ein ausgezeichnetes Stahlgitarren-Solo hört man im traditionellen Blues „Broke Down Engine“. Winter, der auch Mundharmonika und Mandoline spielt, singt den Blues leicht und ohne Schaufeffekte. (The Progressive Blues Experiment – Liberty LBS 83240, 19 DM)

Die deutsche Musikergruppe AMON DÜÜL II beweist, daß auch in Deutschland fortschrittliche Musik ohne Konzessionen an den Publikumsgeschmack gemacht werden kann. PHALLUS DEI („Geißel Gottes“ Liberty LBS 83279, 19 DM) ist eine rhythmische Orgie mit aufregend neuen Klangmustern. Die 10 Musiker von Amon Düüll II wollen „den in die gesellschaftlichen Zwänge eingeordneten und durch sie frustrierten Menschen emotionell ansprechen und ihn zu seinen natürlichen Gefühlen und Reaktionen zurückführen“. Die Musik ist befriedigend für jeden, der aktiv an ihr teilnimmt, mittrommelt oder sich von den Klängen ganz tragen und mitreißen läßt. Die Amon-Düüll betrachten übrigens ihre Musik nicht als losge-

test ist lautstark aber simpel in der musikalischen Form. Die Texte sind an Naivität nicht zu unterbieten: ihre Allgemeinplätze lassen keinen Platz für konkrete Forderungen. Politische Informationen sind nicht enthalten, Möglichkeiten der Veränderung der kapitalistischen US-Gesellschaft werden nicht genannt. Was bleibt ist Protest der schlechtesten Machart. Eine miese Schallplatte!



Einen Wendepunkt in der Musik des „Blueskönigs“ JOHN MAYALL stellt die neue LP „The Turning Point“ (Polydor 184308, 19 DM) dar. In neuer Besetzung und ganz ohne Schlagzeug wirkt Mayalls „London-Blues“ dynamischer und lyrischer als zuvor. Dominierende Instrumente bleiben Mayalls Gitarre und Mundharmonika, aber der Flöte und dem Saxophon John Almonds wird breiter Raum gelassen. Der 18-jährige Bassgitarrist Steve Thompson aus der alten Mayall-Gruppe ist gut auf den „King“ eingespielt und liefert ein wechselndes rhythmisches Gefüge. Höhepunkt der guten LP: „California“ (Saxophon-Solo von Almond) und „mit einem Flaschenhals-Solo Mayalls.“

Bevor sich JULIE DRISCOLL, BRIAN AUGER & THE TRINITY 1969 trennen, machten sie mit dem Doppelalbum „Streetnoise“ (Polidor 184218/19 – 38 DM) einige der besten Aufnahmen des letzten Jahres. Die angejazzte Musik der Trinity ist unverkennbar in der Popmusik. Welche stimmlichen Fähigkeiten Julie Driscoll besitzt, ist kaum zu beschreiben – das muß man hören. Ob Blues-, Gospel-, Jazz- oder Beatmusik – die vielseitige Stimme der Sängerin wird jedem Stil gerecht und bleibt dabei direkt und intensiv. Die Liedauswahl des empfehlenswerten Albums ist hervorragend: die schönsten Songs sind balladeske, unsentimentale Lieder mit sozialkritischen Texten (Save the Country; A word about colours).

Sie stehen an einer belebten Straßenecke und singen das „Streiklied der Fliesenleger“. Sie tauchen vor einem Fabrikator auf, singen „Auf, auf zum Kampf“ und diskutieren mit Arbeitern und Lehrlingen. Fast jeder, der an politischen Kundgebungen und Demonstrationen der Linken teilnimmt, wird irgendwann einmal die Lieder der Düsseldorfer Agitationsgruppe „Die Conrads“ gehört und mitgesungen haben. Mit Banjo, Baß, Gitarren und Verstärkeranlage geben sie vielen Protestkundgebungen musikalischen Ausdruck. Gehört und gesehen haben viele sie. Wer die Conrads sind, wissen wenige. Wo sie stehen und warum sie radikaldemokratische Lieder vor allem auf der Straße singen, zeigen der Beitrag und das Interview, das unser Mitarbeiter Carsten Linde mit den Conrads machte.

Die Conrads: Sagen, was ist!

„Die Conrads“ – das sind zunächst drei Düsseldorfer Brüder über 30. Heinz – der Älteste – ist gelernter Schlosser, heute Hausmeister. Reinhold, ebenfalls gelernter Schlosser ist heute Pförtner. Hermann – der Jüngste – ist Fensterputzer. Ihre politische Entwicklung ging von der Katholischen Jugend über die Falken zur DKP, der sie als Mitglieder angehörten. Politische Repressionen und eigenes Denken machten sie zu überzeugten Kommunisten: Als sie 1958 mit einer Jugendgruppe eine DDR-Reise unternahmen, wurden sie anschließend von der politischen Polizei verhört und Heinz als „Rädelsführer und Anstifter“ der Begegnung mit der FDJ zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. 1961 wurden sie von den Falken ausgeschlossen, weil wie an den Weltjugendfestspielen in Wien teilgenommen hatten. Durch Konflikte mit der Polizei, mit Gruppen, denen sie angehörten und am Arbeitsplatz wurden sie zu Klassenkämpfern, deren Lieder heute anderen Mut und Solidarität geben. Seit 1961 singen sie bei ungezählten Ostermarschkundgebungen und Gewerkschaftsveranstaltungen im Ruhrgebiet.

An der Entwicklung von der reinen Songgruppe zur schlagkräftigen Agitpropgruppe nahmen Josef Schmitz (25) und Norbert Flör (23) teil. „Jupp“ Schmitz ist Schriftsteller und ebenfalls in der DKP. Der Flugzeugmechaniker Norbert Flör las während seiner monatelangen Arbeitslosigkeit sozialistische und marxistische Schriften. Als er nach zweijährigem Aufenthalt aus Australien zurückkehrte, schloß er sich den Conrads an.

Die Conrads singen als Arbeiter für Arbeiter die Lieder der Arbeiterbewegung, die hierzulande schon fast vergessen und totgeschwiegen waren und ihre eigenen Lieder. Sie kennen aus eigener Erfahrung die Probleme der Arbeiterschaft und können sie darum bestens kommentieren. Sie sagen genau, warum „es in unserem Lande stinkt“ und fordern mehr Demokratisierung und Mitbestimmung des Volkes in allen Bereichen. Die Einfachheit und Klarheit ihrer Liedertexte ist kombiniert mit einer großen Musikalität. Kaum eine andere Gruppe ist rhythmisch, melodisch und instrumental so vielseitig wie die Düsseldorfer. Trotz dieser musikalischen Stärke sind die Conrads nicht bei Liedern stehengeblieben, sondern sie haben sich andere zusätzliche Mittel erarbeitet und sich damit zu einer führenden Agitprop-Gruppe entwickelt. Ihre Programme bestehen nur noch zur Hälfte aus Liedern. Sie geben nun politische Informationen (etwa Zeitungsmeldungen) auch durch Sprechtexte oder kabarettähnliche Spielszenen weiter. Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen wird ihre Agitation durch überdimensionale Wandprojektionen (Dias, Photos, Zeitungsbilder, Statistiken, Slogans) optisch unterstrichen und veranschaulicht. Über ihre Verstärkeranlagen können sie Tonmontagen in großer Lautstärke vor ihren Zuhörern ablaufen lassen (etwa bei den Anti-NPD-Aktionen die berühmte Sportpalastrede Hitlers „Wollt ihr den totalen Krieg“). Eine Vervielfältigungsmaschine ist jederzeit einsatzbereit und kann im Verlaufe von Aktionen Flugblätter drucken.

„Die Conrads“ – das ist eine vielseitige, musikalische, konkret-politische Agitprop-Gruppe, von deren Art es mehrere geben sollte.



elan: Ihr singt politische Lieder, in denen viel Sozialkritik enthalten ist. Würdet ihr diese Lieder als „Protestsong“ bezeichnen?

Conrads: Ja und nein. Zwar wird auch in unseren Liedern protestiert, aber das Wort Protestsong hat einen unangenehmen Klang. Die Protestsongs tragen mit wenigen Ausnahmen den Stempel der hilflosen, vergeblichen Klage. Wir hingegen wollen nicht klagen und auch nicht nur protestieren, sondern die Gründe aufzeigen, warum es so ist, wie es ist, und Alternativen zu diesem System bieten, das wir für veränderbar halten.

Wir wissen genau, daß Lieder allein nicht viel ausrichten. Lieder können beispielsweise niemals Diskussionen ersetzen. Andererseits erfüllen sie in bestimmten Situationen bestimmte Aufgaben. Sie können Emotionen ansprechen, können bei Kundgebungen Leute zusammenhalten, kurz gesagt: ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen. Wir versuchen, unseren Liedern konkrete, nachvollziehbare Inhalte zu geben. Während wir früher mehr allgemeine politische Fragen aufgriffen, wie etwa den Vietnamkomplex oder internationale Probleme, sind wir heute bemüht, Lieder und Texte über die Hierarchie in den Betrieben oder das Leben von Arbeitersfamilien zu schreiben.

„Das, was oben ist, trägt sich nicht allein, daß es oben bleibt, müssen unten viele kleine Leute sein. Wenn die sich mal zusammenfinden von unten her, gibt's kein oben mehr.“

elan: Eine Frage zur Entstehung eurer eigenen Texte: Gibt es Spezialisten für Text und Melodie oder arbeitet ihr im Kollektiv?

Conrads: Wir diskutieren zusammen die Probleme und Themen, die wir aufgreifen wollen. Dann versucht jeder – soweit wir freie Zeit und Ideen nach unserer Arbeit haben – einen Text zu schreiben. Wir besprechen die entstandenen „Produkte“ kollektiv und ändern sie, wenn es uns nötig erscheint. Meistens setzt Reinhold die Melodien dazu.

elan: Ist es dabei möglich, Lieder aus anderen Ländern aufzugreifen und auf unsere innenpolitische Situation zu übertragen?

Conrads: Anfangs haben wir beispielsweise Texte von Erich Kästner vertont, die auch heute noch aktuell sind, wie etwa die „Ansprache an Millionäre“. Wir übernahmen auch amerikanische Lieder, wie Bob Dylans „Masters of War“ in der hervorragenden Übersetzung von Fasia. Oder Lieder aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, hauptsächlich von Joe Hill. Diese Art von Liedern paßt auch zu unserer musikalischen Linie. Aber die meisten Texte der Amerikaner sind zu allgemein und zu verwachsen. Sie sind meist unbrauchbar für uns. Es wäre gut, wenn man zu den sicherlich guten Melodien eine Übertragung machen würde, anstatt kritisch die Originaltexte zu übernehmen. Das ist aber eine sehr mühselige Arbeit. Man kann stattdessen gleich eigene Texte und eigene Melodien schreiben.

Bei näherem Hinsehen wird deutlich, daß Protest nur die eine Seite eines Liedes sein kann. Aber besonders die andere Seite muß auch gezeigt werden, nämlich die Lösung der angegriffenen Mißstände. Wir müssen dort beginnen, wo andere aufhören. Wir werden also konkrete Fragen stellen: Wer sind denn die Herren der Kriege? Wer sind die Bankiers? Was machen sie? Unsere konkrete Antwort dient dazu, den Funktionsmechanismus des Kapitalismus aufzuzeigen, nämlich wie der Laden läuft. Es reicht einfach nicht aus, zu sagen, man sei Deserteur geworden, weil man nicht mehr Krieg spielen möchte. Die pazifistische Aussage muß vertieft werden und über das allgemeine Protestgeschwafel hinausgehen. Wir geben dann Informationen, die wir auswerten, und dann erfolgt die Agitation und der Aufruf: Hilf mit, die Welt zu verändern, denn sie ist veränderbar. So ist „Hei, der Büffie kommt“ ein sehr gutes Beispiel, weil da in der letzten Strophe gesagt wird, wie man eine Änderung erreichen kann:

„Das, was oben ist, trägt sich nicht allein, daß es oben bleibt, müssen unten viele kleine Leute sein. Wenn die sich mal zusammenfinden von unten her, gibt's kein oben mehr.“

elan: Eine Frage zur Entstehung eurer eigenen Texte: Gibt es Spezialisten für Text und Melodie oder arbeitet ihr im Kollektiv?

Conrads: Wir diskutieren zusammen die Probleme und Themen, die wir aufgreifen wollen. Dann versucht jeder – soweit wir freie Zeit und Ideen nach unserer Arbeit haben – einen Text zu schreiben. Wir besprechen die entstandenen „Produkte“ kollektiv und ändern sie, wenn es uns nötig erscheint. Meistens setzt Reinhold die Melodien dazu.

elan: Wie äußert sich im allgemeinen die Reaktion eures mehr zufälligen Straßen-Publikums zu euren Agitprop-Texten?

Conrads: Oft begegnen wir dem blauen Haß des Publikums. So z.B. nach den CSSR-Ereignissen. Leute, die sich nicht mit unseren Texten politisch auseinandersetzen wollen, werfen uns dann die bekannten Argumente an den Kopf, wie: „Wenn es euch hier nicht paßt, könnt ihr ja gleich nach drüber gehen.“ Es ist oft sehr nervenaufreibend, mit solchen Leuten zu diskutieren. Trotzdem haben wir ab und zu nachprüfbare „Erfolge“. So spielten wir bei einem Beatafest für „Rocker“, die uns nach Strich und Faden ausspiffen. Wir baten sie, ihre ablehnende Haltung zu begründen und zu sagen, warum ihnen unsere Lieder nicht gefielen. Wir kamen in eine gute Diskussion, wobei wir auf den kommenden Ostermarsch hinwiesen, an dem eine ganze Gruppe dieser „Rocker“ teilnahm, von denen später sogar fünf oder sechs sich der SDAJ anschlossen.

Auf der Straße stoßen wir die Leute nicht mehr auf die großen Weltprobleme, da sie ohnehin den Zeitungen, dem Fernsehen und dem Rundfunk mehr glauben als uns. Wir unterhalten uns mit ihnen über ihre eigenen Probleme: die Arbeit, das Leben in der Familie. Von diesen Bereichen ausgehend können wir ihr Klassenbewußtsein ansprechen und wecken. Man kann nicht leugnen, daß ein gewisser Lebensstandard der Arbeiter heute vorhanden ist. Aber wir fragen, wie der Kühlenschrank, das Auto erworben sind. Wie ungern tun die Leute ihre Arbeit! Wir versuchen, die Buffe-Situation im Betrieb und in der Familie zu zeigen, wo der Familien-„boß“ die Unterdrückung, die er im Betrieb erfährt, an seine Familie weitergibt. Wir gehen gegen Phrasen wie „Das Leben ist nun mal so“ oder „Daran kann man nichts ändern“ an, weil es leere Phrasen sind. Wir propagieren kein Paradies, aber wir zeigen den Weg zu einem besseren Leben, das durch Änderung gewisser Lebensbereiche ermöglicht werden kann.

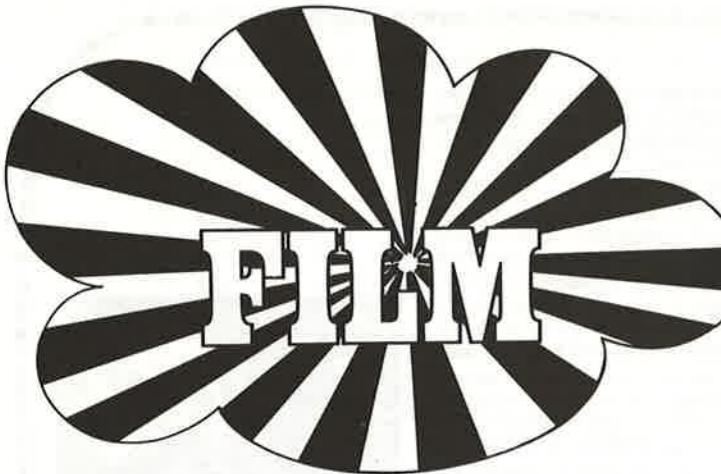
Viele Menschen, mit denen wir sprechen, sehen ein, daß die Lebensbedingungen geändert werden müssen. Wir reden nicht abstrakt von Vietnam oder dem Kapitalismus, sondern von den täglichen Sorgen, wie den Mietpreisen, den Ratenzahlungen, den Preiserhöhungen usw. Man kann nicht sagen „Die Leute sind dumm“ – Nein, sie sind verdummt worden. Dagegen wehren wir uns und geben ihnen Hilfen, daß sie sich selbst dagegen wehren können. Unsere Aufgabe ist es, demokratisches Bewußtsein zu wecken, damit die Menschen mitentscheiden wollen und können, ohne sich noch länger treten und unterdrücken zu lassen.



elan: Zum Schluß noch eine Frage, die euch sicher oft gestellt wird: Ist das System durch Lieder veränderbar?

Conrads: Durch Lieder allein natürlich nicht. Es gibt neben dem Lied noch eine ganze Reihe von Ansätzen, durch die Bewußtsein erzeugt werden kann. Denn nur ein demokratisches Bewußtsein der breiten Masse ermöglicht eine Änderung. Augenblicklich ist dieses Bewußtsein nur schwach entwickelt. Das Lied und die Agitation sind Mittel, um Bewußtsein zu wecken. Das Lied ist praktisch hierbei ein Werkzeug. Wir werden uns dieses Werkzeugs so gut wir können bedienen. Wir können keine Zeitangabe machen, wann das System geändert sein wird. Wir wollen dazu beitragen. Die Kleinarbeit ist wichtig. Die antiautoritären Linken werfen uns oft vor: „Ihr habt ja keine Erfolge mit eurer Agitprop!“ Und es sieht wirklich so aus – denn die spektakulären Aktionen der Studenten stehen ja in allen Zeitungen. Aber wir wissen, daß die Kleinarbeit eines Tages über den Erfolg oder Misserfolg der Linken entscheidet. Das heißt: der Einsatz von jedem an seinem Platz für unsere gemeinsame Sache ist äußerst wichtig. Unser persönlicher Einsatz entscheidet mit, ob hier alles beim Alten bleibt oder ob die Demokratie Stück für Stück verwirklicht werden kann.





Nicht fummeln, Liebling!

Werner Enkes finstere Prophezeiung, daß es „böse enden“ werde, hat sich im zweiten May-Spiels-Film bestätigt. Und Enke selbst ist es, der alles das, was man über dieses lustlos ersonnene und kraftlos in Szene gesetzte Lustspiel berichten kann, auf die kürzeste Formel bringt: „Der alte Schwung ist hin!“ Die Satire auf den kapitalistischen Konsumrummel einerseits und den Ideennebel in den Hirnen manches Pseudorevolutionärs ist arg mißlungen. Einmal, weil das pseudolinke Geschw



fel der Film-Kommunarden weit hinter dem Stand auch des bewußtseinmäßig unbedarftesten Teils der Apo zurückhinkt; zum anderen, weil die Story so, wie sie konzipiert wurde, eher dazu dient, die „Reitet-das-Vaterland“-Parolen der Schnez und Thadden zu untermauern, als dazu, Inhalt und Form des antiautoritären Protests einer kritischen Bilanz zu unterwerfen und Auswegloses, Abenteuerliches per Satire ad absurdum zu führen. Doch damit wären die Autoren sicherlich geistig überfordert gewesen.

So läuft denn ein fadens und lahmtes Filmchen vor dem gähnenden Betrachter über die Leinwand, und die wenigen gelungenen Gags vermögen es nicht, den Gesamteindruck aufzupolieren, sondern unterstreichen in ihrer Rarität nur die Feststellung, daß der alte Schwung endgültig hin ist.

Freiheit für die Liebe

Die Methode, nackte Brüste auf der Kinoleinwand durch Interviews mit wirklichen oder angeblichen Autoritäten der Sexforschung zu „verwissenschaftlichen“, wurde einst von Oswald Kolle, dem hilfreichen Freund der Impotenten und Verklemmten, eingeführt. Und das Ehepaar Krohnhausen, Autoren und Regisseure von „Freiheit für die Liebe“, wollen hinter dem Altmäister der bundesdeutschen Liebeshilfe nicht zurückstehen: ein amerikanischer Jurist, eine Kollegin und Playboy-Boß Hugh Hefner stehen Rede und Antwort, während im Hintergrund oder in der eingeschnittenen Spielhandlung ein Pärchen den guten alten Vandervelde Stellung für Stellung ausprobiert. Gleichzeitig aber war diese Moral ein Mittel der ideologischen Unterdrückung, weil sie die Bindung an Staat und Kirche, die Gralshüter der herrschenden Moral, verinnerlichte. Nachdem das Bürgertum an die Macht gekommen war, wurde die alte Moral auf die neuen Herrschaftsverhältnisse übertragen — aber sie ist nicht mehr haltbar, es bedarf einer neuen Moral. Diese neue Moral und ihre Verbreitung ist zwei Grundgesetzen des Kapitalismus unterworfen: erstens durch die Schaffung einer Vertuschungsideologie die Menschen von den Grundproblemen dieser Gesellschaftsordnung abzulenken, indem man ihnen die Beschäftigung mit Schein- oder Nebenproblemen aufdrängt, zweitens dem, alles zur Ware und damit zur Quelle ungeheuren Reichtums zu machen.

Hier schließt sich dann jener Kreis, der Bastei-Romane, Marie-Louise Fischer und die großen und kleinen Oswalt Kolles einschließt: das Bewußtsein der Menschen muß verkleistert werden, und wenn man dabei noch Profit herausschlagen kann, bleibt die schöne heile Welt, in der Filmproduzenten und Grosschenheftverlage ihre Konsumenten leben lassen müssen, in Ordnung.

Von dieser Position her muß auch der Film „Freiheit für die Liebe“ eingeschätzt werden: Freiheit für die Liebe kann es erst in einer Gesellschaft geben, in der die Menschen frei sind von ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung. In der sie zu Menschen erzogen werden, die sich frei entfalten können gemäß ihrer eigenen Fähigkeiten. Erst wenn die Klassenschränke gefallen sind, können die Menschen ihre Beziehungen untereinander frei gestalten. Im Sozialismus.



Vier für ein Ave Maria

15 Jahre Zuchthaus sind eine verdammt lange Zeit. Und wenn man sie deshalb abgesessen hat, weil man auf der Flucht vor dem Sheriff von den eigenen Kumpanen geopfert wurde, auf daß sie selbst ihr schändiges Leben und die reiche Bankraubbeute retten könnten, dann reichen die 15 Jährchen völlig aus, sich den Tag der Rache in allen Einzelheiten auszumalen. Eli Wallach verkörpert in Sergio Colizzis neuestem Western den



Geprellten: einen Griechen „wie Sokrates und Homer“ der im übrigen von Läusen und einer fatalen Liebe zum Roulette befallen ist. Und als er dann mit drei neuen Kumpels zur Endabrechnung, einer Massenschlägerei in einem Spielsalon, antritt, vergißt er nicht, bei der Kapelle schnell noch einen langsam Walzer zu bestellen: es muß schließlich alles so schön sein, wie er es sich hinter Gittern vorgestellt hat.

Der Leser wird gebeten, seinen erhobenen Zeigefinger wieder einzufahren und dem Schreiber seine Schwäche für Italo-Western zu verzeihen; zumal er diesen für äußerst gelungen hält: nirgends sonst wird die neue harte Welle durch unterschiedliche Ironie derart entbrilliert wie in Colizzis „Ave Maria“.



Katzelmacher

Gruppe. Dieser durchaus systembegründete Teil, die Ausbeutung von wertschaffender Arbeit, bleibt ausgespart — konsequenterweise, da das kleinstbürgische Freizeitverhalten, die verkleimte, kaschierte Besitzsucht interessiert. Fassbinder verweigert die konsequente Analyse der Realität zugunsten einer Konstellation ihrer Bestandteile zu geschlossenen Bildern; Arrangement, Gestik, in der Chiffrierung enthaltende Sprache geben Aufschluß über die darunter liegenden Verhaltensweisen. Die künstlerische Verarbeitung des „Stoffes“ dient seiner Erschließung, liefert eine psychologische Studie. Diese Studie im subjektiven Bereich erlaubt es, objektive Ausflüsse querqueren Bewußtseins, nämlich den Fremdenhaß abzuleiten. Die angestaunten Aggressionen entladen sich — eine Folge weitgehender Tabuisierung und Pervertierung durch Jahrhunderte — als Sexualneid dem Nicht-Integrierten, dem Fremden, der „am Schwanz besser gebaut ist“ gegenüber. Er wird zusammengeschlagen und erfüllt damit die mythische Funktion des Sündenbocks.

Über die psychologische Studie hinaus weist die Verkettung von Misere aufgrund von Ausbeutung aller Art mit verdrängten Aggressionen und deren „Entladung“ auf den Mechanismus gelenkter Feindseligkeit hin: Lenkung nach außen zur Verhinderung von Veränderungen und Abbau der Aggressionsgründe im Innern. Dieser Hinweis auf den Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ kann dem Film entnommen werden, wird nicht artikuliert. Hier zeigt sich eine der vielen Schwächen dieses ansonsten sehenswerten, originellen Films, die alle auf die mangelnde politisch ökonomische „Sicht“ zurückzuführen sind.

„Helft den Genossen Soldaten!“

Im Dezemberheft schrieben zwei Soldaten über die politische Arbeit in der Bundeswehr.

Um eine Politisierung unter den Soldaten zu erreichen, ist es zunächst einmal wichtig, sich eine Grundlage zu verschaffen. Diese Grundlage kann man sich am besten in der eigenen Stube schaffen, indem man mit den Kameraden diskutiert und ihnen einmal den elan oder die UZ zum Lesen gibt. Diese Diskussionen dürfen aber nicht nur in der Stube hängenbleiben, sondern man muß seine Meinung gezielt in den politischen Unterricht bringen. Eine andere Aufgabe wäre es, Kameraden mit zur SDAJ zu nehmen und sie möglichst als Mitglied zu gewinnen. Dazu müßten die Gruppen einmal Gruppenabende über die Bundeswehr machen, wozu dann die Soldaten eingeladen werden. Auch der Vietnamkrieg wird von den meisten Soldaten mit Interesse verfolgt. Eine Aufgabe der SDAJ-Gruppen ist es, die Genossen Soldaten noch mehr zu unterstützen. Regelmäßig müßte Informationsmaterial in die Kaserne geschickt werden. Es wäre zu überlegen, von den Gruppen ein Informationsblatt für Soldaten herauszugeben. Ein gutes Beispiel ist „Barras“ vom RC Köln, das bei den Soldaten gut angekommen ist. Vor den Kasernen müssen öfter Flugblattaktionen gemacht werden. Besonders eignen sich die Tage, an denen Rekruten einrücken. Zu bestimmten politischen Ereignissen sollten ebenfalls Flugblätter verteilt werden.

Die Mißstände in den Kasernen müssen aufgegriffen und an die Öffentlichkeit gebracht werden.

WOLFGANG HOFFMANN,
Funker, z. Z. Köln

POST

An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.

Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

Fortschritt

Ein älterer Leser schrieb ein Gedicht für die Jugend und er bat uns, es abzudrucken.

Junge, mach die Augen auf und zeige Dich als Mann, das Leben bürd't Dir Lasten auf, will wissen was man kann. Die Arme regen und den Geist und sei auf Dich gestellt, Junge, mach die Augen auf, dann paßt Du in die Welt. Junge, mach die Augen auf, die Technik schreitet fort, die Wissenschaft nimmt ihren Lauf bis in den kleinsten Ort. Sie geben beide Dir die Kraft für Deinen Lebenslauf, nur Mut, dann hast Du es geschafft,

und behalt die Augen auf. Junge, komm nur gut zurecht, Fortschritt bedingt die Zeit, für Mitbestimmung gleiches Recht, sei immer kampfbereit. Nimm alle Kraft zusammen, tritt mutig dafür ein, dann wird auch Deine Zukunft stabil und sicher sein.

GUSTAV SCHWARZ, Dortmund

Jetzt bessere Demokratie?

Die 100 Tage Schonzeit der neuen Regierung sind vorbei. Das war Anlaß, über diese neue Regierung nachzudenken.

Bundeskanzler Brandt gab zu verstehen, daß nach zwanzigjähriger Regierungsgewalt der CDU/CSU-Mehrheit nun eine bessere Demokratie durch die sozialdemokratische Führung innerhalb dieser neuen Regierung angestrebt wird. Ich stimme Brandt zu, daß wir über 20 Jahre eine zweifelhafte und auf Sand gebaute Demokratie hatten. Es war eine „Politik der Stärke“ demonstriert worden. Es gab Grundgesetzänderungen im „Namen der Demokratie“.

KLAUS DUTZ, Herten

Wir haben weiterhin eine Demokratie der Reichen, der Besitzenden zu überwältigen. Alle Bundesbürger müssen an den Gütern, die geschaffen werden, gerechten Anteil haben. Wir erwarten, daß bessere demokratische Entscheidungen getroffen werden. Der Wucherei muß ein Ende gesetzt werden. Es muß eine Aufhebung des KPD-Verbotes vorgenommen werden.

Voraussetzung für eine friedliche Verständigung mit den sozialistischen Nachbarländern ist die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. KARL JUNGSHAT, Essen

Briefmarken

Ein Freund aus Polen wandte sich mit einer Bitte an uns.

Ich bitte um die Veröffentlichung meiner Anschrift. Alle, die mir schreiben, bitte ich um Zusendung von 15 ungestempelten Briefmarken aus der Bundesrepublik. Als Gegenleistung schicke ich jedem einen Bogen „Tag der Briefmarke 1968“, der in Polen herausgegeben wurde.

R. MAJER, Ruda Sl. 4, ul. Bytomská 24, Polen

SMV

Zu der Leserbriefseite in der Januar/Februar-Ausgabe bittet einer der Leserbriefschreiber um einen Zusatz.

Es wurde eine neue Schülerzeitung („reagenz“) gegründet. Verantwortlich für den Inhalt ist der Chefredakteur. Der beratende Lehrer ist Zeichenlehrer und hilft bei Umbruch, Grafik usw. Eine Zensur findet nicht mehr statt.

Ich möchte Sie informieren,

daß der Wurm aus der Schülerzeitung heraus ist. In bezug

zur übrigen SMV möchte ich mich hier nicht äußern, da dies nicht hierher gehört.

— Die Red.

Berichtigung

In Heft 1/2-70 schrieben u. a. Dr. Robert Jungk (Westberlin) und Prof. Dr. Josef Schleifstein (Frankfurt/M.) über die Frage „Was bringen die 70er Jahre?“ Leider wurden in der Druckerei die Photos der beiden Wissenschaftler vertauscht. Wir bitten, dieses Mißgeschick zu entschuldigen. — Die Red.

rasche bosch

nummer 1 mit dorfne

estal

4-mal jährlich für 2,- mark pro Heft

im

MARO-VERLAG

8906 GERSTHOFFEN

POSTFACH 1208

postaufschlüssel

nr. 2275 58

(b. kümmey)

REDAKTION UND

MICHAEL CZERNICH

B MÜNCHEN 13

HESSESTRASSE 77

Abonnenten haben's besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
el an.

(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

Weltkreisverlags
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
alle Prospekte
Sommer 70 sind
eingetroffen!
Bitte anfordern!

Agentur Fiegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66

Es lohnt sich!

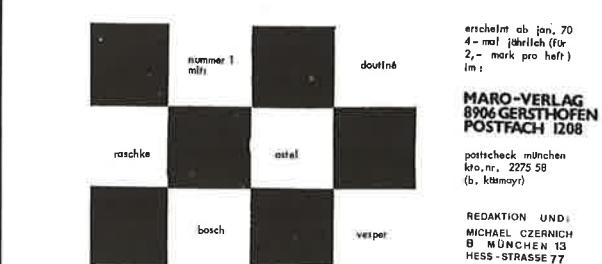
Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog C 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34 GÖTTINGEN, Postfach 601



und

eine Zeitschrift für angebliche literatur und
andere brachenunübliche kommunikationsformen



Das rote Flußtal

Lied eines in Vietnam
gefangengenommenen US-Piloten



Als im Flußtal, im Red River Valley,
brennend stieß die Maschine ins Grab,
dachte ich, jetzt ist alles zu Ende,
und ich sprang in den Dschungel hinab.

Als im Flußtal, im Red River Valley,
vietnamesische Bauern mich sahen,
hob ich furchtsam erschrocken die Hände,
die Pistole fiel tief in den Schlamm.

Als gefesselt im Red River Valley
ich ins Dorf jener Bauern gebracht,
gab man mir aus dem Reistopf zu essen,
hat verbunden die Wunden zur Nacht.

Ich erwachte im Red River Valley,
habe schamvoll den Bauern gedankt,
denn ich hatte behalten mein Leben,
um das viele von ihnen gebangt.

Hier im Flußtal, im Red River Valley,
hab ich sehr viel und oft nachgedacht,
was wir Jankees hier eigentlich wollen,
wo schon lange kein Auge mehr lacht.

Dieses Volk voller Hoffnung und Plänen
voller Kraft und auch voll Zuversicht,
dieses Volk dort am Red River Valley,
dieses Volk, das besiegen wir nicht.

Dort im Pentagon sitzen die Herren,
die das sinnlose Morden befahlen,
eines Tages, und das wird wohl bald sein,
werden sie für die Opfer bezahlen.

Hier im Flußtal, im Red River Valley,
ruf ich laut in die Weite hinaus:
Schließt zusammen zum Kampf euch,
und der Krieg hier in Vietnam ist aus!